D 20930 E

links

Sozialistische Zeitung

Offenbach/Main Nr. 84
Januar '77 DM 1,80

Bonner Einfälle in Sachen Arbeitslosigkeit

Seit dem 3. Oktober hat die regierungsamtliche Beteuerung, der nächste Boom sei gewiß und zum Greifen nahe, ausgedient. Nach dem überstandenen Wahltag gestattet sich die Bundesregierung wieder die Beschäftigung mit Tatsachen. Zu ihnen gehört, daß der nächste Boom keineswegs gewiß ist; und daß, falls er über uns kommen sollte, mit einer spürbaren Verminderung der Massenarbeitslosigkeit nicht zu rechnen ist.

Die Krise verschärft die Konkurrenz der Arbeitskräfte um Arbeitsplätze. Sie nötigt Arbeiter und Angestellte, ihre Einkommensansprüche sowie die Forderungen, die sie an die Qualität von Arbeitsplätzen richten, herabzusetzen. Die Krise tendiert dazu, die gewerkschaftliche Solidarität und Kampfbereitschaft zu untergraben, und sie fördert die Bereitschaft der Gewerkschaften, offensive politische Forderungen (z.B. in Sachen Umweltschutz, Humanisierung, Industriestrukturpolitik) hintanzustellen. Auch vereinzelte Gegenbeispiele sollten niemanden daran zweifeln machen, daß der Zustand massenhafter Arbeitslosigkeit dem durchaus förderlich ist, was die herrschende Klasse in der Bundesrepublik unter "sozia-

IN DIESER AUSGABE: Kommentare Claus Offe: „Arbeitsbeschaffung" 1 · Arno Klönne: Steffen-Rücktritt 3 · D. Diner/J. Huhn: Kreuther Aussichten 3 · Hartmut Bäumer: Richter gegen Repression 4 · Russell Tribunal 5 · Detlev Claussen: DDR-Repression 6 · Renate Damus: Entspannungspolitik und DDR 8 · Michael Gotthelf: Polen 9 · Bettina Decke: Südafrika 10 · **Diskussion** R. Genth/E. Altvater: Krise des Kapitals – Beispiel Italien 11 · Manfred Scharrer: Sowjetgesellschaft 16 · **Organisationen** ISZ Hamburg: Der Kommunistische Bund 14 · **Wissenschaft** G. Becker/K. Oostlander: Wissenschaftlich-technische Intelligenz 19 · **Linke Initiativen** Oskar Franz: Schülerstreik in Kassel 22 · Redakteure verlassen b:e 23 · Brokdorf 24 · Schwulenfilm 24 · Chile-Komitees 25 · J. Arnold/W. Dietrich: Justiz-Kampagne gegen BLATT in München 26 · Helmut Ortner: Peter Schult 27

links
Sozialistische Zeitung

Die sozialistische Bewegung wird heute und hier nur dann reale gesellschaftliche Bedeutung gewinnen, wenn sie

- **aus dem Dilemma unbrauchbarer traditionell-bürokratischer Organisationsvorstellungen hier, ebenso unbrauchbarer „reiner" und teils blinder Spontaneität dort herausfindet;**
- **die chinesische Mauer zwischen isolierten Tageskämpfen einerseits, weitgespannten sozialistischen Zukunftsvorstellungen andererseits durchbricht;**
- **Handlungsmöglichkeiten entwirft, die in hochentwickelten Gesellschaften unter Umständen jene Funktion übernehmen können, die unter anderen historischen und gesellschaftlichen Bedingungen „direkte" Gewalt und „einmalige" Revolutionsakte ausübten oder noch ausüben;**
- **eine neue, nicht autoritäre Antwort auf die Frage nach der internationalen Kooperation der Linken findet.**

●

„links" ist das Organ des Sozialistischen Büros. Durch Information und Diskussion will diese Zeitung politische Praxis und theoretische Verständigung der im SB organisierten oder an ihm orientierten Linken unterstützen. „links" will – über diese Funktion für den Organisierungsprozeß des SB hinausgehend – Erfahrungen aus der politischen Arbeit, Beiträge zur Analyse der Klassenauseinandersetzungen und Berichte aus der internationalen Linken vermitteln und damit zur Erneuerung der Arbeiterbewegung und zum Ausbau der sozialistischen Ansätze in der Bundesrepublik beitragen. „links" geht davon aus, daß die im Organisierungsprozeß der Linken allseits als notwendig anerkannte Verbindlichkeit nur aus der auch kontrovers geführten Diskussion verschiedener Erfahrungen und Einschätzungen entwickelt werden kann. „links" dient nicht der Propagierung andernorts bereits vorgefertigter politischer Linien, sondern will im Rahmen des SB die erforderliche, das Spektrum der verschiedenen Erfahrungen aufhebende Diskussion ermöglichen. Die Zeitung steht deshalb offen für solidarisch geführte Kontroversen zu wichtigen Fragestellungen. „links" berichtet auch über Erfahrungen und Aktionen von Sozialisten, die nicht im SB organisiert sind und steht deren Kritik offen. „links" wird nicht von hauptamtlichen Redakteuren gemacht. Die Zeitung erhält keine Unterstützung durch finanzkräftige Institutionen. Sie ist deshalb auf die publizistische Aktivität und materielle Förderung der Leser angewiesen. Das Sozialistische Büro fordert zur Mitarbeit und Hilfe bei dem weiteren Ausbau und der Gestaltung der sozialistischen Zeitung „links" auf.

Sozialistisches Büro
605 Offenbach 4, Postfach 591

lem Frieden" versteht.
Das bedeutet keineswegs, daß nun die Inhaber von "Regierungsverantwortung" mit diesem Zustand der Massenarbeitslosigkeit bequem leben können; ganz im Gegenteil: mindestens ebenso wichtig wie der Versuch, die Vollbeschäftigung der Arbeitskraft jedenfalls näherungsweise wiederherzustellen, ist für die Regierung der Versuch, glaubhaft zu machen, daß sie mit Ernst und Aussicht auf Erfolg um die fühlbare Verminderung der Arbeitslosigkeit bemüht sei.
Solange das gegenwärtige Niveau der Arbeitslosigkeit besteht, stellen nämlich die (politisch nicht unbegrenzt reduzierbaren) Einkommensersatzleistungen an Arbeitslose schon aus haushaltswirtschaftlichen Gründen ein gravierendes Dauerproblem des Staates dar. Sollte sich zusätzlich der Eindruck verbreiten, daß zu einer Behebung der Massenarbeitslosigkeit die Regierung weder über die geeigneten Mittel noch über die Bereitschaft verfügt, sich geeignete Mittel verfügbar zu machen, dann wäre mit der Dauerhaftigkeit jenes "sozialen Friedens" nicht ohne weiteres zu rechnen. Schließlich ist auch die Besorgnis am Platze, daß mit der Dauer der Krise und der Verschärfung der Konkurrenz der Arbeitskräfte um Arbeitsplätze die Zahl und Größe jener Gruppen zunimmt, für die der Zustand dauernder Arbeitslosigkeit typisch ist. Diese würden dann nicht nur aus der Angebotsseite des Arbeitsmarktes, sondern auch aus der "Reservearmee" ausgemustert, d.h. aus dem Wirkungsbereich jenes fundamentalen Mechanismus sozialer Kontrolle entlassen, der in dem Zwang besteht, die eigene Arbeitskraft verkaufen (und verkäuflich erhalten) zu müssen. (Das allgemeine publizistische Alpträumen über die Frage, was denn wohl aus den arbeitslosen Jugendlichen – oder den Ausländerkindern – werden könnte, wenn nicht Arbeiter, belegt das Gewicht solcher Befürchtungen.)
Angesichts solcher Probleme, welche die staatliche Politik mit der Massenarbeitslosigkeit hat bzw. auf sich zukommen sieht, wundert es nicht, daß die Zahl der unmittelbar nach dem Wahltage von Bonn aus aufsteigenden arbeitsmarktpolitischen Versuchsballons eindrucksvoll war (und auch sein sollte). Als erste platzte die Idee, die insbesondere von SPD/MdB Egon Lutz seit dem Frühjahr 1976 vertreten wird und deren Kerngedanke darin besteht, durch politisch durchgesetzte Begrenzung der (täglichen, wöchentlichen, monatlichen, jährlichen) Höchstarbeitszeit die Unternehmer zu zwingen, eine konstante Zahl von Arbeitsstunden auf eine größere Zahl von Beschäftigten zu verteilen. Die Ablehnung dieser Idee seitens der Unternehmerverbände war voraussehbar und prompt; sie wollen flexibel bleiben, führen organisatorische Schwierigkeiten an und fürchten um die Entschärfung der disziplinierenden Wirkung des Arbeitsplatzrisikos. Die Gewerkschaften hätten bei einer unzweideutigen Übernahme dieses Vorschlages entweder den relativ priviligierten Gruppen von Kollegen den Verzicht auf Lohnanteile (Überstunden-Zuschläge, Sonderschichten) zumuten oder aber den Kampf für einen vollen Lohnausgleich aufnehmen müssen; zu beidem sind sie politisch kaum in der Lage. Solange sie das nicht sind, werden sie die Lehre der Krise beherzigen: daß nämlich die Unternehmer sich für lohnpolitische Erfolge der Gewerkschaften entweder (durch ihr Investitionsverhalten) beschäftigungspolitisch revanchieren und/oder durch ihr Preissetzungsverhalten schadlos halten können.
Als zweite Alternative bietet sich an, das Angebotsvolumen auf dem Arbeitsmarkt nicht zeitlich, sondern personell zu vermindern. Die Einrichtung arbeitsmarktpolitischer "Parkplätze" im zehnten Schuljahr der Hauptschule, in allerlei Weiterbildungsveranstaltungen oder gar in der Bundeswehr wird heute, und nicht nur wegen der zusätzlichen fiskalischen Belastungen, ohne die dies nicht abginge, als zweischneidige und begrenzt praktikable Lösung angesehen. Realistische und einigermaßen "kostengünstige" Strategien zur Verminderung des Arbeitsangebots sind deshalb nur bei den Ausländern (und in engen Grenzen bei den Frauen) in Sicht. Für Anfang 1977 ist die Verkündung eines großangelegten Abschiebe-Programms für Ausländer zu erwarten, das vom Bundesarbeitsminister unter dem feinen Titel "Langfristiges Gesamtkonzept zur Konsolidierung der Ausländerbeschäftigung" in Aussicht gestellt wurde. – Gemeinsam ist zeitlichen und personellen Strategien der Angebotsverminderung die ebenso simple wie perverse Grundvorstellung, man könne Arbeitslosigkeit dadurch "bekämpfen", daß man sie für mehr oder weniger große Gruppen politisch verordnet und administrativ regelt.
Als Alternative kommt, solange die Entscheidungsvorbehalte des Kapitals über Art und Umfang der Nutzung menschlicher Arbeitskraft nicht infrage gestellt werden, nur die vielleicht tröstliche, gewiß unzutreffende – Grundvorstellung in Betracht, daß die Arbeitslosigkeit darauf beruhe, daß die Arbeitskräfte sich im "falschen" Beruf und am "falschen" Ort aufhielten und deshalb gehindert seien, potentiell vorhandene Beschäftigungsmöglichkeiten auch wahrzunehmen. Was geändert werden muß, ist also nicht die gesellschaftliche Verfügungsweise über Arbeitskraft, sondern der berufliche und geographische Aufenthaltsort der Arbeitslosen. Das Stichwort heißt Mobilität. "Schleyer fordert mehr Mobilität", heißt es im Handelsblatt vom 11.11.1976, und mit ihrem Beschluß über "Sonderhilfen des Bundes für die Eingliederung von Arbeitslosen" (Finanzvolumen: zusammen mit den Mitteln der Bundesanstalt für Arbeit 1,6 Mrd. DM) vom 10.11.76 hat sich die Bundesregierung entschlossen, eben diese zu fördern. Mobilitätszulagen, Erstattung von Umzugskosten und Einrichtungsbeihilfen sollen nach diesem Programm längerfristig Arbeitslosen, älteren Arbeitnehmern, Frauen, Jugendlichen und Behinderten zugutekommen.
Wenn dieses Programm überhaupt wirkt, wirkt es folgendermaßen: mit z.T. beträchtlichen finanziellen Anreizen wird längerfristig Arbeitslosen nahegelegt, sich selbst wie ein bewegliches Wirtschaftsgut zu behandeln, zugunsten ungewisser Beschäftigungschancen ihre lokal bzw. beruflich gebundenen Lebensverhältnisse aufzuopfern und die Dürrezonen des Arbeitsmarktes zu verlassen. Ihnen wird ferner nahegelegt, für

Gegen § 88 a - für linke Solidarität!
Poster mit zwei Motiven für zwei Mark
H. Jacobi, M.-Greif-Str. 3, 8 München 2
ab 1o Stück 2o %, ab 2o Stück 3o %,
politische Gruppen 4o % Rabatt.

einen zeitlich begrenzten Lohnausgleich ein langfristig wesentlich schlechteres Lohneinkommen in Kauf zu nehmen. Gegenüber den Unternehmern vertraut das Programm darauf, daß die so erreichte Senkung des Angebotspreises der Arbeitskraft sowie die nach dem Arbeitsförderungsgesetz vorgesehenen bis zu 80-prozentigen Lohnzuschüsse so etwas wie ein internes Billiglohn-Land etablieren, dessen Attraktivität die Unternehmer dann nicht widerstehen können und zusätzliche Beschäftigungsverhältnisse eingehen.

Ob die Rechnung, so zynisch sie ist, jedenfalls stichhaltig ist und aufgeht, steht durchaus dahin. Es hängt davon ab, ob die Unternehmen aus Gründen, die vom Arbeitsmarktprogramm gar nicht beeinflußt werden können, ihr Beschäftigungsvolumen ausdehnen und dabei die staatlichen Lohnkostenzuschläge "mitnehmen". Der Arbeitsminister gibt denn auch seiner "Hoffnung" darauf (d.h. seinem Zweifel daran) Ausdruck, "daß die zusätzlichen Hilfen zur Wiederbeschäftigung voll genutzt werden". Aber man wird zugeben müssen, daß auch dann, wenn diese Hoffnung trügen sollte, das Programm geeignet ist, jenem Ziel staatlicher "Vollbeschäftigungspolitik" zugutezukommen, das für die Dauer der Krise als ultima ratio allein übrigbleibt: dem Ziel nämlich, den Eindruck zu erwecken, daß es eine solche Politik überhaupt ernstlich gebe.

CLAUS OFFE

Rücktritt ohne Folgen?

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, bisher geradezu ein Musterfall dafür, wie eine Partei mancherlei historische Niederlagen überdauern kann, ohne ihr organisatorisches Selbstverständnis einzubüßen, ist nicht mehr das, was sie einmal war – oder was sie einmal zu sein schien. Zwar übernahm SPD-Parteivorsitzender Brandt nun auch auf der internationalen Bühne die Rolle des Integrateurs, in der er sich in der eigenen Partei bewährt hat; in der Sozialistischen Internationale geht es nun darum, Bedürfnisse nach einer Alternative zum kapitalistischen System einzubinden, sie aber gleichzeitig nicht in konkrete politische Aktivitäten oder gar in eine linke Bewegung ausufern zu lassen und überdies die Grenzen nach links hin dicht zu machen. Für die eigene Partei aber hat diese Rolle schon kaum noch Bedeutung; anders wäre es kaum verständlich, daß der SPD-Kanzler Schmidt bei gleicher Gelegenheit alle sozialistische Programmatik ohne viel Rücksichtnahme als bloßes Gequatsche abtun konnte. In der Bundesrepublik macht sich die sozialdemokratische Führung nicht mehr die Mühe, ihre Partei und ihre Politik als Bezugspunkt für Hoffnungen auf eine gesellschaftliche Strukturreform darzustellen.

Derjenige, an dessen politische Position sich im Hinblick auf die SPD-Führung etliche Jahre hindurch noch am ehesten solche Erwartungen knüpften, nämlich der "rote Jochen", hat seinen Genossen den Kram hingeschmissen. Den Vorgang kann man nur so benennen, denn Steffen hat nicht mehr versucht, für das Scheitern seiner bisherigen Perspektiven Gründe anzugeben oder andere Perspektiven zu beschreiben. Er hat noch einmal bewiesen, daß er offene Worte nicht scheut, aber er hat zugleich zu verstehen gegeben, daß ihm zum weiteren Schicksal der Sozialisten in der SPD nichts mehr einfällt, und insofern ist anzunehmen, daß sein Rücktritt in der Tat eine folgenlose Geste bleibt. Dennoch handelt es sich hier nicht um einen privaten Vorfall. Steffens Resignation ist symptomatisch für den inzwischen erreichten Zustand der SPD, und die Form, in der der letzte Repräsentant der Linken sich aus der SPD-Führung zurückzog, ist bezeichnend für die Lage der mehr oder weniger linken Gruppierungen in dieser Partei. Der bisherige Vorsitzende der "Grundwerte"-Kommission der SPD gab seinen Abschied von dieser Funktion in einem persönlich argumentierenden Interview in der ZEIT bekannt, – eine Meinungs- und Willensbildung oder gar ein gemeinsames Vorgehen gegenüber den von Steffen angedeuteten Problemen in und mit der SPD ist in den innerparteilichen Kreisen, die sich einst als "alte" oder "junge" Linke der SPD verstanden, offenbar nicht einmal mehr versucht worden. Rette sich wer kann – der eine (was ihn persönlich sympathisch macht) in die publizistische Einzelexistenz fernab des Parteiopportunismus, die anderen in die von der Partei bereitgestellten Aufstiegsmöglichkeiten (wo der "Sozialismus" dann bestenfalls zur angenehmen Jugenderinnerung verblaßt), wieder andere in die Hoffnung, daß irgendwann die DKP vielleicht doch eine ernstzunehmende Alternative werde (und man es bis dahin zähneknirschend in der SPD aushalten müsse). Kurzum: links in der SPD tut sich organisiert nichts. Diese Feststellung allerdings bedeutet nicht, daß die SPD unverändert bliebe. Vielmehr verliert sie Stück um Stück ihre Identität, und sie verliert auch einen guten Teil ihres Potentials. Dies muß nicht unbedingt Austritt oder gar Wahlverweigerung bedeuten, aber es bedeutet vielfach Entzug der Aktivität. Seit längerem schon gilt für die Mehrheit der SPD-Ortsvereine, daß gewerkschaftlich gebundene Arbeiter oder Arbeiterfunktionäre, die früher das Bild der sozialdemokratischen Basis mitprägten, kaum noch anzutreffen sind. Selbst diejenigen Gewerkschaftsfunktionäre oder Betriebsräte, die nach wie vor politisch auf die SPD setzen, verhalten sich dem "Parteileben" gegenüber zum großen Teil passiv. Das in der Nachfolge der Außerparlamentarischen Opposition bzw. der Studentenbewegung neu zur SPD gestoßene "Reformpotential", der sozialen Rekrutierung nach eher akademisch bestimmt, hat sich ebenfalls überwiegend wieder aus der Aktivität für die Partei zurückgezogen, ausgenommen diejenigen, die ihre Karriere-Absichten mit der SPD verbinden. Daß bei der Bundestagswahl 1976 kaum noch spontane Wählerinitiativen für die SPD auftraten, ist ein Ausdruck dieser Entwicklung. Die "Aktivmitgliederschaft" der SPD ist heute vorzugsweise von Angestellten und Beamten des öffentlichen Dienstes, vor allem der Kommunalverwaltung und der kommunalen Nebenbetriebe und auch von Angestellten der gewerkschaftseigenen Unternehmen geprägt; berufliche Existenz und parteipolitische Aktivität sind hier kaum voneinander zu trennen ...

Es geht mit diesen Hinweisen nicht darum, die "alte" SPD zu idealisieren. Die deutsche Sozialdemokratie hat in ihrer Geschichte zahlreiche Fehlorientierungen und Fehlentscheidungen aufzuweisen, und zwar auch dann, wenn man sie in ihrem reformistischen Anspruch beim Wort nimmt und ihr nicht eine revolutionäre Tradition unterlegt, die sie in Wahrheit nie gehabt hat. Auch die Form der politischen Aktivität und die soziale Struktur der alten SPD sind fragwürdig genug gewesen. Dennoch – diese Partei gründete sich auf das Engagement ihrer Mitglieder, sie bot ihnen Raum für Hoffnungen auf eine "neue Gesellschaft". Heute erinnert daran nur noch der antiquierte Titel der theoretischen Parteizeitschrift. Für die SPD, wie sie jetzt ist, würde niemand mehr Kopf und Kragen riskieren. Die Sichtweise, aus der heraus passive wie aktive Mitglieder die SPD heute betrachten, ist "funktional", wobei das Spektrum von der sehr privaten Funktionalität der Partei bis hin zur Vorstellung reicht, daß eine SPD-geführte Regierung immerhin noch das geringste der Übel sei. Für die politische Landschaft in der Bundesrepublik hat die SPD insofern durchaus Relevanz – aber für die Entwicklung einer sozialen Bewegung ist gerade die westdeutsche Sozialdemokratie kaum noch von Bedeutung. Eben dieser Widerspruch findet seinen Ausdruck in dem Mentalitätsbild, das die SPD gegenwärtig aufweist: sie ist betriebsam und apathisch zugleich.

Bei zunehmendem Problemdruck wird eine solche Partei ihre Position nicht halten können – sie wird nicht einmal mehr das leisten können, was die alte SPD immerhin zuwegebrachte, nämlich: ihre Parteigänger von der Abwanderung ins rechte Lager zu bewahren. Jochen Steffen hat dies mit Namen benannt: Was schon sollte letzten Endes einem Bündnis von Schmidt und Strauß im Wege stehen?

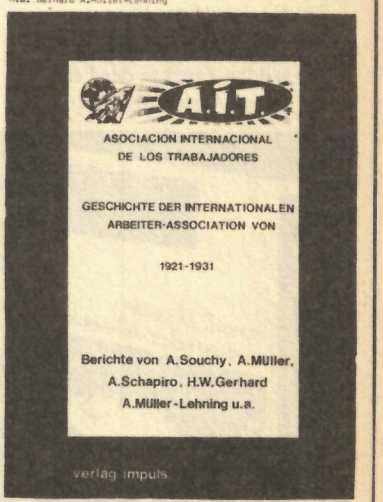
ARNO KLÖNNE

Verlag Impuls Auf den Häfen 105 2800 Bremen

Neuerscheinungen:

Gustav Landauer Rechenschaft Aufsätze aus der Zeitschrift " Der Sozialist " von 1909 - 1914

Geschichte der Internationalen Arbeiter-Assoziation von 1921 - 1931. Berichte u.a. von A. Souchy, A. Müller, A. Schapiro, H.W. Gerhard A.Müller-Lehning



In Vorbereitung:

Cajo Brendel:(Asien) Thesen zur Chinesischen Revolution
Informationen über Korea, Japan u.a.
Spanien: Über aktuelle Kämpfe in Spanien
Souchy : Schreckenherrschaft in Amerika
Rocker : Nationalismus und Kultur, Band 1 u. 2
Colin Ward : Anarchismus in Aktion, Häuserkämpfe
Colin Ward : Anarchismus in Aktion, Häuserkämpfe

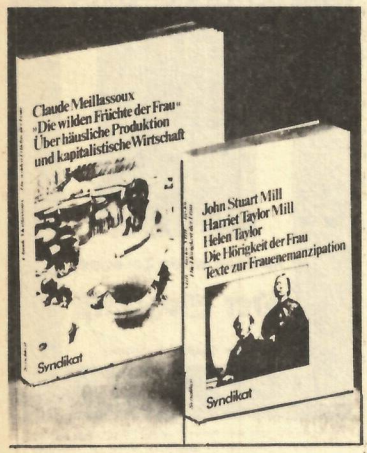
Verlagsprospekt anfordern bei: Verlag Impuls
Auf den Häfen 105
2800 Bremen

Kreuther Aussichten

Wer zu meinen glaubt, die Vereinbarung von CDU und CSU hinsichtlich einer gemeinsamen Fraktion habe die völlige Aufhebung des Kreuther Trennungsbeschlusses zur Folge, der irrt: Denn die markig angekündigte CDU-Offensive nach Bayern ist gestoppt, die Anerkennung der CSU als Partei mit bundesweitem Anspruch, insbesondere ihre Aktivitäten hinsichtlich der "Ausschöpfung" rechter Wählerreserven, ist erfolgt. Also bleiben die Weichen für die Bildung einer der CSU zumindest "wahlverwandten" Partei gestellt. Während alle, CDU, Kohl, Medien und Koalition, gebannt auf das Pokerspiel um die Fraktionseinheit starrten,

Syndikat

Aus dem ersten Programm
Herbst 1976



Die Hörigkeit der Frau
278 Seiten. Broschur. DM 16.–

„Die wilden Früchte der Frau"
208 Seiten. Kartoniert. DM 24.–

Kunst und industrielle Revolution
270 Seiten. 124 Abbildungen. DM 38.

Bitte, fordern Sie unseren Gesamtprospekt an.
An der Arbeit des Syndikats Interessierte werden darüber hinaus regelmäßig durch 'Zirkulare' informiert.

Autoren- und Verlagsgesellschaft
SYNDIKAT
Savignystr. 63
6000 Frankfurt/Main 1

entging ihnen, daß das Verwirrspiel des F. J. Strauß andere als das vordergründige Ziel einer im Parlament eigenständigen CSU hatte. Nicht der von aufgeschreckten Biedenkohlköpfen angedrohte CDU-Einmarsch nach Bayern hat sich vollzogen, nicht der Marsch der CSU über den Weißwurstäquator nach Norddeutschland, sondern der Einmarsch Straußens in die CDU. Helmut Kohl wurde vom gemeinsamen Kanzlerkandidaten zum Vorsitzenden einer Fraktion degradiert, deren gemeinsames Ziel sich nunmehr im Schachern um Ämter und finanzielle Zuschüsse erschöpft. In Fragen von "grundsätzlicher Bedeutung" jedoch, d.h. in Fragen von politischer Wichtigkeit, werden zwei Fraktionen auftreten. Will Kohl die Einheit in wichtigen politischen Fragen wahren, wird er sich an Dregger und Filbinger als der neuen vermittelnden Mitte der Union halten müssen. Das werden insbesondere die Sozialausschüsse (CDA) zu spüren bekommen, die der fast sicheren Trennungsperspektive heute nachtrauern.

Welche strategischen Ziele verfolgte F. J. Strauß, als er die Unionsgemeinschaft in Frage stellte? Schon in der Wahlnacht erklärte er, das Wahlergebnis bestätige seine bereits bekannte Ansicht, daß unterschiedliche politische Standpunkte in der jetzigen Parteienlandschaft nicht mehr angemessen zum Ausdruck kämen. Die Differenzen der Parteien sind so unerheblich geworden, daß dies Folgen für das Verfassungs- und Regierungssystem der BRD nach sich zog. Das verstärkte Einbeziehen des Bundesverfassungsgerichts sowie das anmaßende Begehren des Bundespräsidenten, stärker und politisch auf den Gesetzgebungsprozeß einzuwirken, sind hierfür nur formeller Ausdruck.

Tatsächlich hat das Wahlergebnis die herrschende Tendenz zu einem naturwüchsigen Allparteienregime verstärkt. Die Koalitionsparteien im Parlament, SPD und FDP, bedürfen einer kompromißlerischen Union im Bundesrat, um wichtige Gesetze verabschieden zu können, also überhaupt regierungsfähig zu sein. Deshalb hinderte die SPD ihren Juniorpartner nicht daran, im Saarland und in Niedersachsen Koalitionen mit der CDU zu suchen und einzugehen. Dies bedeutet, daß Entscheidungen immer mehr aus den hierfür verfassungsmäßig legitimierten Institutionen ausgelagert und zu Inhalten von Koalitionspapieren werden. Damit ist die Manövrierfähigkeit der Parteien noch weiter begrenzt, als sie es ohnehin schon war. Sie verlieren noch mehr an sie voneinander trennender politischer Substanz. So wird im Bundesrat, der nunmehr zweiten Kammer, der verfassungsmäßige Einigungszwang in der Gesetzgebung zur informellen Allparteienherrschaft des "lauen" (F. J. Strauß) arithmetischen Mittels. Auch das parlamentarische Gegeneinander der Parteien, ihre legitimatorisch so wichtige Selbstdarstellung, wird noch weiter reduziert. Um diese Entwicklung zu bremsen und eine noch eindeutigere rechte Politik möglich zu machen, wird sich Strauß nunmehr bemühen, die gemeinsame und dennoch getrennte CDU/CSU-Fraktion nach dem gelungenen Coup noch weiter auf seinen Kurs zu bringen.

Der Versuch, eine militantere Rechte – in welcher Organisationsform auch immer – in der BRD zu konstituieren, kann sicherlich nicht als Konterstrategie gegen die hiesige Linke gewertet werden; sie hat in der gegenwärtigen bundesrepublikanischen Realität keinen Grund. Strauß hat deutlich gemacht – und dies wurde im Einigungspapier mit der CDU niedergelegt –, daß die Alternative "Freiheit oder Sozialismus" für ihn eine im wesentlichen europäische Dimension hat. Zwar wies Strauß wiederholt ausdrücklich auf Volksfronten in Europa und den Eurokommunismus hin; seine Befürchtungen gehen aber über das mögliche Ereignis einer kommunistischen Regierungsbeteiligung hinaus. Diese würde sicherlich nicht Sozialismus bedeuten, aber den rapiden Zerfall der dominanten westeuropäischen Herrschaftsideologie nach dem Faschismus, dem Antikommunismus, wesentlich beschleunigen. Der hegemonialen europäischen Kapitalmacht, der Bundesrepublik, wäre ein wichtiges politisches Instrument zur Durchsetzung europäischer Interessen genommen; zumal heute die sozialdemokratischen Interventionswaffen der materiellen Leistungen durch die Finanzkrise des Staates zunehmend stumpf werden. Hier schwebt Strauß eine Alternative vor, die er nur über eine Unionsregierung seines Geschmacks realisieren kann. Diese wiederum könne sich nur über die Mobilisierung des extrem-rechten Wählerpotentials in der BRD erreichen lassen; deshalb die auch nach dem Einigungspapier immer noch mögliche vierte Partei.

Die europäischen Brückenköpfe der Straußchen Strategie haben sich bereits entwickelt: In England hat Margret Thetcher den englichen Kohl, Heath, abserviert, in Frankreich mobilisiert Jaques Chirac gegen die Linke. Franz Joseph Strauß und anderen in Europa geht es nicht nur um die isolierte Eindämmung der verschiedenen nationalen Arbeiterbewegungen, sondern vielmehr um eine reaktionäre Internationale – nach den Vorstellungen von Strauß unter deutscher Führung – die sich nicht nur wie Helmut Schmidt finanzieller Erpressung bedient und auch nicht nur verbal in Italien intervenieren könnte.

DANY DINER/JENS HUHN

Französische Richtergewerkschaft verurteilt politische Repression

Anläßlich des diesjährigen 9. Gewerkschaftskongresses der sozialistischen französischen Richtergewerkschaft Syndicat de la Magistrature wurden u.a. zwei Resolutionen verabschiedet, in denen die "Antiterroristenkonvention" des Straßburger Europarats vom 10.11.1976 und die Berufsverbotspraxis in der BRD scharf verurteilt werden.

Der Kongreß fand vom 26. - 28. November in Paris statt und stand unter dem Motto: Macht und Freiheit. An ihm nahmen neben den französischen Richtern und Staatsanwälten auch Kollegen aus Portugal, Spanien, der BRD und Belgien sowie Vertreter der meisten französischen Gewerkschaften teil. Während der dreitägigen Dauer wurde von den Teilnehmern gegen die in allen kapitalistischen Staaten ergriffenen repressiven Maßnahmen zur Bekämpfung der offenen Austragung von Klassengegensätzen in der derzeitigen Umstrukturierungskrise des Kapitalismus und zur Einschüchterung progressiver Bürger protestiert und jeder weitere Versuch des Abbaus erkämpfter individueller und kollektiver Freiheitsrechte scharf verurteilt. Aufgrund einer eingehenden Analyse von Gesetzes- und Verwaltungsmaßnahmen und ihrer Begründung kamen die Richter zu dem Schluß, daß in den letzten Jahren von seiten der bürgerlichen Staatsapparate ein – krisenbedingt – real vorhandenes Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung unter Einschaltung von Justiz, Presse und manipulierten Verbrechensstatistiken ideologisch in eine angebliche Bedrohung der staatlichen Sicherheit uminterpretiert worden sei, um auf diese Weise die zur dauerhaft autoritären Konfliktregulierung notwendigen repressiven Staatsmaßnahmen legitimieren zu können. Aufgrund der Internationalität dieser Erscheinung müsse der Kampf gegen den Abbau politischer Freiheitsrechte international geführt werden und vor allem Entwicklungen im Ausland, die entweder unmittelbare Auswirkungen auch auf die innerstaatliche Situation hätten oder aber durch ihren Modellcharakter eine Bedrohung darstellten, rechtzeitig aufgegriffen und bekämpft werden. In diesem Sinne verurteilt der Kongreß die Berufsverbotspraxis in der BRD und versichert alle Richter und Beamten(bewerber), die gegen diese autoritären und antidemokratischen Praktiken kämpfen, seiner gewerkschaftlichen Unterstützung und Solidarität.

Die Resolution gegen die europäische "Terroristenkonvention" hat folgenden Wortlaut: "Der Kongreß alarmiert alle seine Mitglieder, Organisationen und Vereinigungen, die sich die Verteidigung der Freiheiten zum Ziel gesetzt haben, und darüber hinaus die öffentliche Meinung wegen der schweren Gefahren, die die am 10.11.1976 in Straßburg vom Ministerrat angenommene 'Europäische Konvention zur Bekämpfung des Terrorismus' bedeutet. Diese Konvention stellt eine schwere Gefahr dar, da sie – unter dem Vorwand eines Kampfes gegen den Terrorismus – eine dauernde Bedrohung für die zahlreichen politischen Flüchtlinge in Europa und der Welt, einen außergewöhnlichen Angriff auf das Prinzip der politischen Freiheit und der Legitimität des politischen Kampfes bedeutet. Die Konvention stiftet eine vollkommene Verwirrung hinsichtlich

Redaktionelle Mitteilung: "links"-Sondernummer

Mit der Erstellung der längst überfälligen Broschüre über den Pfingstkongreß hat es erhebliche redaktionelle Schwierigkeiten gegeben. Obwohl konkret an die Gruppen und auch allgemein (z.B. über "links") dazu aufgefordert wurde, Materialien, Berichte, Protokolle etc. an das SB zu schicken, war das Ergebnis dieser Aufforderung zwar nicht umfangmäßig unzureichend, aber doch im Verhältnis zur politischen Vielfältigkeit des Kongresses zum Teil recht einseitig. Wir haben deshalb mehrfach nachfassen müssen und sind erst jetzt soweit, daß das vorliegende Material, auch wenn es dem Pfingstkongreß immer noch nicht voll gerecht wird, insgesamt doch eine brauchbare Dokumentation abgeben dürfte. Wir haben zudem vorgesehen, die Dokumentation des Pfingstkongresses zu verknüpfen mit einer Fortschreibung der "links"-Sondernummer vom Januar 1976, zwar nicht zu allen Themen, die in der Sondernummer behandelt wurden, aber doch in bezug auf einige wichtige Entwicklungstendenzen, die sich in der Repression im letzten Jahr ergeben haben. Außerdem sollen einige Orientierungspunkte aufgezeigt werden, die sich besonders auf die Fortführung der Antirepressionskampagne und auf die Organisierung von Rotarbeit und Unterstützungsfonds beziehen. Das gesamte Produkt wird wieder als eine "links"-Sondernummer zur politischen Repression herausgegeben, und zwar für die Abonnenten als reguläre Februar-Ausgabe von "links". Diese Sondernummer wird ca 100 Seiten Umfang haben ("links"-Format mit verstärktem Umschlag), und sie soll wiederum weit über den Abonnentenkreis hinaus verbreitet werden (die Antirepressions-Sondernummer vom Januar 1976 hat eine verbreitete Auflage von 80 000 Exemplaren erreicht). Das Einzelheft dieser Sondernummer kostet DM 5,–; ab 10 Stück gibt es 20%, ab 20 Stück 30% und ab 30 Stück 40% Rabatt. Die Lieferung erfolgt ausschließlich gegen Vorauszahlung (Scheck, Bargeld oder Briefmarken der Bestellung beilegen) durch Verlag 2000 GmbH, 605 Offenbach 4, Postfach 591. Soweit ihr jetzt schon einen Überblick über euren ersten Bedarf an dieser Sondernummer habt, bitten wir um Vorausbestellung bei Vorauszahlung bis zum 20. Januar 1977. Bei Vorausbestellung mit Vorauszahlung bis zu diesem Termin geben wir (weil wir dies effektiv an Druckkosten einsparen) nochmals zusätzlich 10% Rabatt, also in diesem Fall gibt es für 10 Stück 30%, ab 20 Stück 40% und ab 30 Stück 50% Rabatt. Die Auslieferung der Sondernummer soll zwischen dem 5. bis spätestens 10. Februar 1977 erfolgen.

Zusätzlicher Hinweis:

Mit der vorliegenden Ausgabe und mit früheren Ausgaben von "links" sind gegenwärtig im wesentlichen drei Themenbereiche ausdrücklich zur Diskussion gestellt. Es handelt sich um die Diskussion um die gesellschaftliche Funktion von Hausarbeit und um die Positionsbestimmung im Verhältnis von Sozialisten zum "realen Sozialismus" und zum Eurokommunismus im Zusammenhang mit der westeuropäischen Entwicklung. Diskussionsbeiträge zu diesen Themen sowie auch andere Beiträge für die nächste aktuelle "links" (das ist die März-Ausgabe) müssen der Redaktion bis 1. Februar 1977 vorliegen, damit sie in die Redaktionsplanung einbezogen werden können.

Redaktion "links"

der Ausweisungsgründe zwischen politischen und kriminellen Straftaten und führt zu einem totalen Wegfall 'einer politischen Straftat', deren Realität (und Schutz) in einer liberalen Tradition verankert ist, die bis ins 19. Jahrhundert zurückgeht. Sie führt folglich zu einem Verschwinden des politischen Asylrechts, eines internationalen Rechtsprinzips, das in der Menschenrechtskonvention, in zahlreichen anderen Vereinbarungen, wie der europäischen Ausweisungskonvention von 1957, festgelegt ist und von zahlreichen Institutionen anerkannt und vor allem in der französischen Verfassung verankert ist.

Art. 5 der Konvention stellt lediglich eine Verschleierung dar, indem er glauben machen will, daß genau die Straftaten, auf die die Konvention im übrigen abstellt, nicht zu Ausweisung führen sollen. Der Kongreß beauftragt den Gewerkschaftsrat, umgehend mit allen französischen und europäischen Organisationen und Vereinigungen, deren Ziel die Verteidigung der Freiheitsrechte ist, Kontakt mit dem Ziel aufzunehmen, durch eine gemeinsame Position die Unterzeichnung und Ratifikation der Konvention zu Fall zu bringen."

HARTMUT BÄUMER

Russell-Tribunal – wie weiter?

Die Hoffnung, in Paris eine Entscheidung erreichen zu können, die es ermöglicht hätte, die Vorarbeiten für ein Russell-Tribunal zur Untersuchung der Repression in der BRD in Gang zu setzen, hat getrogen. Die Gespräche am 28. November in Paris haben zwar die Bereitschaft der Russell-Foundation deutlich gemacht, unter bestimmten Bedingungen ein solches Tribunal einzusetzen. Auch die Bereitschaft westeuropäischer Gruppierungen und Komitees zur Unterstützung eines Russell-Tribunals ist sichtbar geworden. Es hat sich aber zugleich gezeigt, daß die Vertreter von Gruppierungen aus der BRD sich nicht in der Frage einigen konnten, wie eine breite nationale Unterstützung zu erreichen ist. Was war der Grund?

In der Dezember-Ausgabe der "links" wurde schon darauf hingewiesen, daß zwei Modelle der Unterstützung eines Russell-Tribunals zur Diskussion standen. Nach dem einen Modell sollten die bestehenden Komitees gegen die Repression eingeladen werden, die dann bei einer Arbeitstagung ein nationales Unterstützungs-Komitee wählen sollten, dessen Aufgabe es wäre, über die Unterstützung des Tribunals hinaus eine gemeinsame Kampagne der Linken gegen die Repression zu organisieren. Einige Vertreter dieser Konzeption erinnerten in diesem Zusammenhang an Kampagnen der 60er Jahre.

Das SB hat sich mit anderen Gruppierungen aus folgenden Gründen gegen ein solches Unterstützungskonzept gewandt: Dieses Modell würde sehr wahrscheinlich dazu führen, daß nicht alle radikdemokratischen Kräfte das Tribunal unterstützen würden; außerdem ist nach den bisherigen Erfahrungen davon auszugehen, daß die bei einem solchen Vorgehen fast unvermeidlichen Fraktionsauseinandersetzungen denjenigen willkommenen Anlaß bieten würden, die nur darauf warten, das Tribunal diffamieren zu können. Eine Beschädigung der radikaldemokratischen Institution "Russell-Tribunal" muß aber – nicht zuletzt im Interesse der Linken – auf alle Fälle vermieden werden. Es muß deutlich sein und bleiben, daß es sich bei einem Russell-Tribunal nicht um eine Veranstaltung der Linken handelt, sondern um ein Gerichtsverfahren auf Grundlage der selbst beanspruchten Normen von Demokratie, Menschenrechten und Rechtlichkeit der bürgerlichen Gesellschaft. Deshalb kann ein Russell-Tribunal nicht der Punkt sein, von dem aus sich eine linke Kampagne organisieren läßt. Ein solches Tribunal ist nur denkbar, wenn es eine entsprechend breite Unterstützung findet. Sie muß alle radikaldemokratischen Kräfte umfassen, was nach Auffassung des SB sozialistische und kommunistische Kräfte einschließt.

Das andere vom SB vorgeschlagene Modell geht davon aus, daß eine solche Zusammenfassung von Kräften in der gegenwärtigen politischen Landschaft der BRD nicht auf der Ebene von Organisationen möglich ist, zumal sich gerade in größeren Organisationen sowohl Gegner wie Befürworter von repressiven Maßnahmen finden. Diesem Modell zufolge kann ein nationales Unterstützungskomitee nur aus einzelnen Personen gebildet werden, die allerdings jeweils bestimmte, gegen die Repression gerichtete Kräfte in den Organisationen repräsentieren. Die Aufgaben eines solchen Personenkomitees wären wesentlich enger begrenzt als es im ersten Modell der Fall wäre: Das Komitee sollte zur Unterstützung des Tribunals aufrufen, seine Finanzierung sichern helfen und durch Einberufung einer Arbeitskonferenz zum frühestmöglichen Zeitpunkt die Voraussetzungen zu Koordination und Absprachen aller arbeitenden Kräfte und Gruppierungen schaffen. Außerdem sollte es Materialien zur Repression in der BRD herausgeben, die der Information des Tribunals und der Öffentlichkeit im In- und Ausland dienen, wobei insbesondere dem letzteren große Bedeutung zukommt, und es sollte zum Abschluß des Tribunals eine große Veranstaltung vorbereiten und organisieren, auf der die Ergebnisse des Tribunals und politische Stellungnahmen dazu öffentlich gemacht werden würden.

Das SB ist nach wie vor der Meinung, daß nur auf diesem Wege eine Isolierung der Linken vermieden und die Unterstützung des Tribunals und damit der Kampf gegen die Repression in der BRD auf eine breite Basis gestellt werden kann. Nur auf diese Weise kann auch vermieden werden, daß sich die verschiedenen Grup-

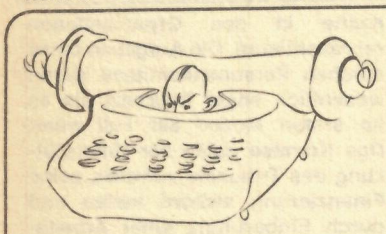
pierungen in internen Diskussionen über Minimal-Konsense und Dünnest-Plattformen verschleißen und dadurch an politischer Arbeit behindert werden. Unser Vorschlag würde nämlich allen Gruppierungen und Kräften erlauben, ihre jeweiligen spezifischen Arbeitsweisen, Möglichkeiten und Einflußbereiche in geeigneter Weise zu nutzen, um die Mobilisierung gegen die Repression auf allen Ebenen voranzutreiben.

In Paris wurde jedoch keine endgültige Entscheidung getroffen, obwohl klar war, daß für mehrere Organisationen eine andere Form nicht in Frage kommt. Die Russell-Foundation wird erst dann tätig werden, wenn eine breite Unterstützung in der BRD gesichert ist, wie und durch wen immer sie zustande kommt.

In einer auf Anregung des SB-Arbeitsausschusses gebildeten zentralen SB-Projektgruppe zur Unterstützung des Russell-Tribunals ist nach Paris intensiv die Frage der verbleibenden Möglichkeiten zur Durchsetzung eines Tribunals erörtert worden. Dabei ist die Projektgruppe zu dem Ergebnis gekommen, daß schnellstens mit verschiedenen interessierten Kräften Kontakt aufgenommen werden soll, um ein breites und tatsächlich repräsentatives Personen-Komitee zu bilden, das aufgrund seines politischen Rückhalts an die Russell-Foundation die Aufforderung richten kann, ein Tribunal zur Untersuchung der Repression in der BRD einzusetzen.

Unter diesem Aspekt sind nach Paris die Gespräche mit denjenigen aufgenommen worden, die die erstgenannte Vorgehensweise vertreten hatten. Diese Gespräche wurden von beiden Seiten mit dem Wunsch geführt, einen ständigen Konflikt oder gar eine Spaltung der Unterstützungsarbeit für ein Russell-Tribunal zu vermeiden, da dies möglicherweise das Tribunal selbst gefährden würde. Die Gespräche führten zur Erarbeitung einer gemeinsamen Vorgehensweise. Danach soll in einem ersten Schritt möglichst schnell ein Unterstützungskomitee auf breiter Basis aus Repräsentanten unterschiedlicher politischer Kräfte und Gruppierungen gebildet werden. Gelingt dies, so soll das Komitee spätestens Anfang Januar einen Aufruf an die Russell-Foundation richten, ein Tribunal zur Untersuchung der Repression in der BRD abzuhalten. Entspricht die Foundation diesem Aufruf und ist also mit dem Russell-Tribunal zu rechnen, so wird das Komitee möglichst bereits zu Beginn des neuen Jahres Vertreter interessierter Kräfte, Gruppierungen und Komitees zu einer Arbeitskonferenz einladen, auf der Möglichkeiten von Kooperation erörtert und besprochen werden können. Auf dieser Arbeitskonferenz soll von den Anwesenden beschlossen werden, ob sich das Personen-Komitee zum Nationalen Unterstützungskomitee umbilden soll und ob es gegebenenfalls noch ergänzt werden sollte. Das Nationale Unterstützungskomitee sollte dann die oben genannten Arbeiten, Aufruf zur Unterstützung des Tribunals, Herausgabe von Materialien usw. übernehmen. Es ist damit ein arbeitendes, nicht etwa nur ein repräsentatives Gremium. Die ersten Schritte zur Verwirklichung unseres gemeinsamen Beschlusses sind schon eingeleitet. Es steht zu hoffen, daß so trotz aller Schwierigkeiten das Russell-Tribunal doch noch seine Arbeit rechtzeitig und wirksam aufnehmen kann.

SB-PROJEKTGRUPPE
RUSSELL-TRIBUNAL



Gegendarstellung zum "links"-Artikel über das geplante Russell-Tribunal (Dezember-Ausgabe)

1. Der Artikel erweckt den falschen Eindruck, als handele es sich bei den Auseinandersetzungen um eine Antirepressionskampagne anläßlich des geplanten Russell-Tribunals über die BRD um einen reinen Konflikt zwischen SB und KB. Überhaupt muß dem Leser der "links" die ganze Initiative als Angelegenheit von SB und KB erscheinen (gewissermaßen mit Statistenrollen für den ID und die GIM). Tatsächlich sind an der Initiative neben den Genannten bisher beteiligt: die ESG, das Aktionskomitee gegen die Berufsverbote an der Westberliner FU, mehrere Anwaltskollektive, ehemalige Spontis-Arbeitskreise und das Westdeutsche-Irland-Solidaritätskomitee, die sich zu einer Frankfurter Initiative gegen die Repression zusammengeschlossen haben. Die Basisgruppen-Fraktion der vds entsandte einen Beobachter. Eine nicht unbeträchtliche Zahl von weiteren Gruppen hat ihre Unterstützung bzw. ihr Interesse erklärt, z.B. die Aktion Dritte Welt/IZ 3 W, um nur eine zu nennen. Die Initiative ist also bereits jetzt schon in der BRD erheblich breiter, als es nach dem "links"-Artikel erscheint. Dies gilt auch für die internationale Beteiligung. Die Differenzen über das geeignetste Vorgehen bestehen keineswegs nur zwischen SB und KB; vielmehr werden die entgegenstehenden Positionen jeweils von mehreren Gruppen mehr oder weniger einheitlich vertreten, auch auf internationaler Ebene. Es ist daher völlig unangebracht, diese Differenzen als "Versuch des KB, seine Organisation auszuweiten", abzuhandeln.

2. Es hat eine fehlerhafte Meldung im ID (Nr. 140/141) gegeben. Der Fehler bestand darin, daß in einer Überschrift von einer "Gründung" eines Russell-Komitees die Rede war. Im dazugehörenden Artikel wurde jedoch richtig von einem Aufruf dazu gesprochen. Ferner wurde von SB-Vertretern ein angeblich in Schleswig Holstein herausgegebenes KB-Flugblatt bemängelt, das jedoch nicht vorliegt. Daraus den Vorwurf zu konstruieren, KB und ID hätten bewußt "Falschmeldungen" herausgegeben, um das SB als "Bremser" hinzustellen, ist absurd.

3. Nach Auffassung des Artikels widerspricht eine "vorzeitige" Publizierung und Mobilisierung den "Prinzipien eines Russell-Tribunals". Tatsächlich war vereinbart worden, die Ergebnisse des 1. Pariser Treffens im Oktober noch nicht in der Presse zu publizieren, da man mit einer baldigen Einigung auf einem weiteren Treffen rechnete. Dieser Beschluß, der allerdings nicht mit "Prinzipien" begründet wurde, ist von allen Beteiligten eingehalten worden. Auf dem 2. Pariser Treffen wurde beschlossen, sofort mit der öffentlichen Mobilisierung zu beginnen.

4. Die Auffassung, das Russell-Tribunal thematisch auf die Berufsverbote einzugrenzen, wogegen sich der Artikel abgrenzt, wird lediglich von der GIM (und sonst niemandem) vertreten. Dies wird in dem Artikel "sonderbarerweise" nicht erwähnt, so daß der Eindruck entsteht, als würde diese Position ebenfalls zum Sündenregister von KB und ID zählen.

5. und letztens: Prinzipiell ist zu begrüßen, daß von seiten des SB eine öffentliche Auseinandersetzung aufgenommen wird. Dies muß allerdings in einer sachlichen Weise und nicht mit Unterstellungen geschehen, die keinem nützen.

KB, ID, Westdeutsches Irland Solidaritätskomitee, Berufsverbotegruppe Uni Ffm

DDR-Repression

"Es wird Zeit, daß Sie Farbe bekennen, daß Sie einen klaren Klassenstandpunkt äußern, es wird Zeit, daß Sie unserer Meinung sind. Und wenn nicht, tragen Sie alle Konsequenzen, haben Sie sich selbst alles zuzuschreiben." – Der Autor dieser Zeilen (es handelt sich um einen Auszug aus einem Prosastück von Jürgen Fuchs, das die FAZ am 27. Nov. veröffentlicht hat) trägt die Konsequenzen seiner Solidarität mit Wolf Biermann. Jürgen Fuchs ist von den Staatsorganen der DDR verhaftet worden, weil er anderer Meinung ist. Es wird Zeit, damit aufzuhören, die Ausbürgerung Wolf Biermanns als bloße Frage nach der Sympathie oder nach der Freiheit der Kunst zu diskutieren. Gegen die Ausbürgerung ist ein gesellschaftlicher Protest in der DDR entstanden, der nur schwer zu unterdrücken ist. Aber es wird versucht, einzelne Personen zu unterdrücken. Die Sänger Gerulf Pannach und Christian Kunert sind verhaftet, Robert Havemann von der Außenwelt isoliert worden.

Heinrich Böll: Und wer jetzt triumphieren möchte über diese Schäbigkeit, über diese Unmenschlichkeit der DDR, der müßte sich überlegen, daß Biermann, wäre er Bürger der Bundesrepublik, wahrscheinlich nicht mal Volksschullehrer werden dürfte.

Trotzdem hat es weiter Proteste in der DDR gegeben. Unsere Solidarität gilt uneingeschränkt jenen, die jetzt nicht mit ihrem Mut warten.

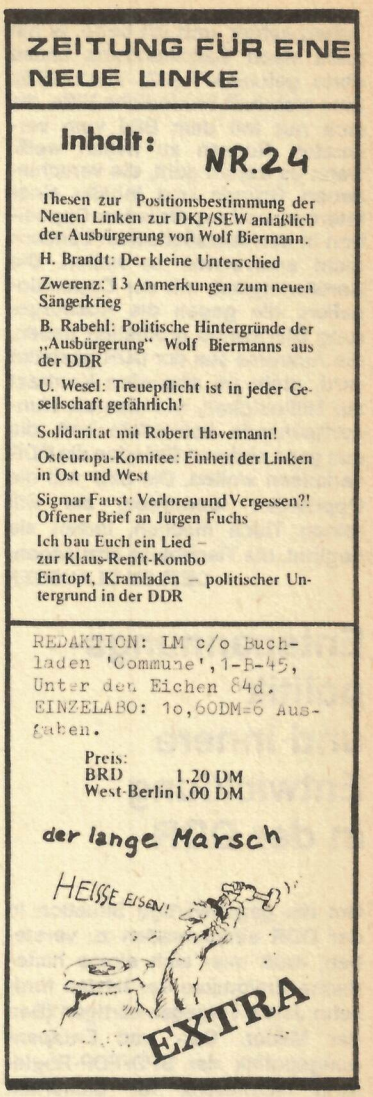
Wir verteidigen sie gegen jene, die sie scheinheilig angegriffen haben. Biermann und den 13 ist vorgeworfen worden, sie hätten sich "kapitalistischer Verstärkeranlagen" bei ihrer DDR-Kritik bedient. Dieses Argument ist unmoralisch und falsch zugleich. Es ist durch die Erklärung von vier Schauspielern an die Presseagentur Reuter, in der sie eine öffentliche Diskussion mit Biermann im Palast der Republik fordern, politisch entkräftet worden: "Wir begrüßen die Möglichkeit des offenen Meinungsstreites innerhalb unserer Presseorgane". (FR, 23.11.76) Unter der Überschrift "Wir sind es gewohnt, mitzudenken!" hatte das "Neue Deutschland" begonnen, Solidaritätsadressen mit der Staats- und Parteiführung, die allerdings nicht immer so ausfielen wie gewünscht, abzudrucken – über einen Fall Biermann, der ohne die kapitalistischen Verstärkeranlagen gar nicht vor die Augen und Ohren der DDR-Öffentlichkeit gelangt wäre. Das abrupte Ende der Anti-Biermann-Kampagne wirft ein Licht auf eine sozialistische Öffentlichkeit, die ohne kapitalistische Verstärkeranlagen wesentliche Teile der sozialistischen Gesellschaft gar nicht zu Wort kommen läßt. Die Logik der Argumentation ist völlig auf den Kopf gestellt: für die Ausbürgerung Biermanns mit seinem vom Westfernsehen verbreiteten "antikommunistischen Auftritt" in Köln begründet, die Waschkörbe von militanter Anti-Biermann-Post an die Redaktionen des WDR und des "Spiegel", die Proteste namhafter CDU-Politiker gegen die Übertragung des "kommunistischen Spektakels" müßten allein ausreichen, alle Maßnahmen gegen ihn und die, die mit ihm solidarisch sind, zurückzunehmen.

Eine unannehmbare Maßnahme

Unsere Position zum "Fall" Biermann ist glasklar. Wir unterstützen die Freiheit, die eigenen Meinungen in Zeitungen und in Büchern, in politischen Reden und in Kunstwerken auszudrücken: in Zeichnungen und Bildern, Gedichten und Liedern. Wir sind für die Freiheit, zuzustimmen und abzulehnen. Wir sind dafür, daß alle die Freiheit haben, sich zu äußern, auch die, mit denen wir nicht übereinstimmen. Wir glauben nicht nur an das Recht, sondern an die Pflicht zu diskutieren, und daran, daß die Wahrheit sich aus der Auseinandersetzung zwischen auch entgegengesetzten Vorstellungen herausentwikkelt. Wir sind gegen den Konsens, der mit Zwang auferlegt wird.
Diese prinzipielle Position ist deutlich in den auf unseren letzten Kongressen diskutierten und gebilligten Beschlüssen ausgedrückt worden und auch in dem Dokument, das "Erklärung von Livorno" genannt wurde, und das die Unterschriften von Enrico Berlinguer und Santiago Carillo trägt. Das Recht von Biermann, in poetischer Form, in Liedern, seine politischen Vorstellungen auszudrücken, steht für uns daher außer Frage. Die Strafmaßnahme, mit der die Machthabenden in der DDR beschlossen haben, ihm die Rückkehr ins Land zu versperren und ihm so die Äußerungsmöglichkeiten in seinem Land zu nehmen, ist unannehmbar.
(aus: Unita, Zeitung der KPI, 20.11.76

**Die DDR-Führung und ihre Verteidiger im Westen befinden sich in einem verzweifelten Kampf mit der Realität. Im Falle Biermanns ging es um die Einheit von republikanischer Freiheit der Kritik und Sozialismus. Daß Biermanns kommunistische Kritik und die Solidarität mit ihm unterdrückt wird, ist nur die groteske Seite eines Klassenstandpunktes, der die Arbeiterklasse selbst zum Klassenfeind erklärt. Sozialismus kann doch nur sinnvoll als die gesellschaftliche Bewegung begriffen werden, die durch Klassenkampf die materiellen Voraussetzungen einer klassenlosen Gesellschaft erkämpft. Solange Staat, Partei, Recht, Geld und Ware noch existieren, ist Kritik notwendig, wenn man nicht ein bestimmtes Gesellschaftssystem, d.h. eine Form von Herrschaft, Ausbeutung und Entfremdung festschreiben will. In einer sozialistischen Gesellschaft muß Freiheit der Kritik uneingeschränkt gelten, nicht nur für Sozialisten und Kommunisten. Die sozialistische Gesellschaft ist jedenfalls auf Sand gebaut, die sich durch Propaganda für die Wiedereinführung des Kapitalismus aus den Angeln heben ließe. Der DKP-Vorsitzende Herbert Mies macht uns in seiner Rede "Unser Klassenstandpunkt" (UZ, 3.12.76) aber deutlich, daß er zwischen der Freiheit der Kritik, wie sie in der DKP erlaubt ist und wie sie in einer sozialistischen Gesellschaft sein soll, nicht unterscheidet: "Für uns Marxisten hat die Kritik dort ihr Ende, wo unter dem Stichwort 'Freiheit der Kritik' etwa Grundsätze der DKP, so wie sie von dem Bonner Parteitag bekräftigt wurden, verändert werden sollen". Diese völlig engstirnige Auffassung der Freiheit der Kritik will er uns mit drei langen Luxemburg-Zitaten belegen, die sich aber gegen Bernsteins parteiinterne SPD-Kritik und seine Abwendung vom Klassenkampf richten. Nicht nur Kenner der Geschichte des Sozialismus lassen sich nicht mehr mit aus dem Zusammenhang gerissenen Zitaten abspeisen, wenn es um eine konkrete Antwort geht: Freiheit der Kritik an den gesellschaftlichen Zuständen in der DDR – ja oder nein?
Die Verhaftung der Schriftsteller und Liedermacher in der DDR und die den Sozialismus diskreditierende Behandlung von Robert Havemann nötigen uns, die öffentliche Diskussion über sozialistische Praxis und Solidarität auch als Teil unseres Klärungsprozesses in der BRD zu begreifen.**

**Der Berliner "Extra-Dienst" hat in den letzten fünf Heften viele Stellungsnahmen veröffentlicht, die sich kritisch mit Biermann aus DKP-, SEW- oder DDR-Nähe auseinandersetzen. Die windigste Position in dieser Debatte nimmt Wolfgang Harich ein, der 1956 bis 1964 wegen "Bildung einer konspirativen staatsfeindlichen Gruppe" in der DDR eingesessen hat. Er versucht, Biermann als eitlen Künstler darzustellen, aber schlimmer noch: "Anders mit seinem langjährigen Freund Havemann, der schon immer, egal ob linientreu oder Dissident, als Einzelwissenschaftler mittelmäßig, als Philosoph ein Ignorant, eine Null gewesen ist. Ihm tut unlautere Werbung bitter not". (Extra-Dienst, 26.11.76) Wenn man in einer solchen Situation sich als ein Dialektiker erweist, der Kollegen denunziert und ihnen die eigene devote Haltung als Krone marxistisch-realitätsgerechten Verhaltens anpreist, geht man nur seinen gekrümmten sozialistischen Gang weiter.
Wolfgang Harich hat in seinem Buch "Kommunismus ohne Wachstum?" mit der Ökologie die Ewigkeit gesellschaftlichen Zwanges begründet. Ein politischer Kritiker des in der DDR herrschenden Produktionsfetischismus wie Robert Havemann (vgl. Havemanns Aufsatz "Freiheit als Notwendigkeit", in: Dutschke, Wilke, Die Sowjetunion, Solschenizyn und die westliche Linke) kann mit der Solidarität eines solchen Philosophen der sozialistischen Unterdrückung nicht rechnen.
"Die SED-Führung hat auf dem 4. Plenum ihres Zentralkomitees klargestellt, daß die Ausbürgerung des Liedermachers Wolf Biermann keine kulturpolitische Maßnahme war, sondern der Auftakt einer breit angelegten Auseinandersetzung mit dem Eurokommunismus italienischer Prägung". (Der Spiegel, 13.12.1976) Harich macht sich mit seiner Biermann/Havemann-Kritik zu einem bewußten Rädchen einer Politikmaschinerie, die den Kotau der Oppositionellen braucht, den Harich Biermann empfiehlt. Diejenigen, die sich weigern, ihre Unterschrift zurückzuziehen oder ihre Erklärungen zurückzunehmen, werden aus der Partei ausgeschlossen, weil sie unter Sozialismus politisch etwas anderes verstehen als die kritiklose Unterwerfung unter die herrschende Linie. Die Kritiklosigkeit hat mit Peter Hacks' Polemik gegen Biermann ihre Triumphe gefeiert; sie kam zu uns über die sozialistischen Verstärkeranlagen. Er unterstellt, daß die Kritik westeuropäischer kommunistischer Parteien an den sozialistischen Ländern als eine Empfehlung zur Wiedereinführung der kapitalistischen Wirtschaft zu verstehen sei. Höhepunkt seiner Satire: Biermann hat in Bölls Bett**



Walter Moßmann: Offener Brief an die Bürgerinitiativen zur Verteidigung demokratischer Grundrechte

Liebe Kämpfer gegen Berufsverbote und Zensur, Liebe Zensoren! Ihr habt mich am Montag sehr dringend aufgefordert, am Samstag in Stuttgart bei Eurer Veranstaltung zu singen. Ich nehme an, Ihr wolltet was vom Hexenhammer und Schießerlaß, von der Gedankenfreiheit, auch was aus Wyhl und Brokdorf hören. Ich habe zugesagt und auch noch die 'Ermunterung' von Wolf Biermann angekündigt. Der Gedanke hat Euch nicht geschmeckt, und schon war ich wieder ausgeladen. Gründe weiß ich nicht, ich verstehe nur, daß Euer Aktionsbündnis keine 'Ermutigung' aushält. Wie wollt Ihr denn, derart mutlos, gegen die Repression in der BRD kämpfen? Wie kräftig werdet Ihr denn die Zensur kritisieren, wenn Ihr sie selber braucht? Oder gibt es etwa in Eurem Bündnis ein Vetorecht des Politbüros der SED, das bekanntlich jede linke Solidarität mit Biermann totschweigt, um die Lüge vom antikommunistischen Biermann besser verbreiten zu können? Glaubt Ihr im Ernst, daß die Bewegung gegen die Berufsverbote in der BRD dadurch breiter wird, daß Ihr Euch an der Empfindlichkeit der UZ orientiert? Ich fürchte, was Ihr da macht, ist eine Abmagerungskur.
Euer Stuttgarter Maulkörbchen wird mich nicht daran hindern, weiterhin gegen die Berufsverbote in der BRD zu kämpfen und freie Berufsausübung für DKP-Lehrer zu fordern. Deshalb werde ich noch lange nicht verschweigen, daß mein Freund, der Liedermacher Gerulf Pannach, in einem DDR-Knast sitzt, weil er frei seine Meinung geäußert hat. Und ich weiß, es gibt noch mehr Leute, die keine Scheuklappen brauchen, um auf ihrem Weg zu bleiben. Wie schwach muß die Hoffnung auf den Sozialismus sein, wenn sie schon durch einen unverstellten Blick auf die DDR-Wirklichkeit erschüttert werden kann!
Übrigens: eine halbe Stunde nach Eurem Anruf klingelte das Telefon schon wieder. Diesmal war es ein Rundfunkredakteur, der wollte eigentlich den KKW-NEIN-RAG für eine Brokdorf-Sendung. Aber leider wurde ihm das Lied verboten, er mußte mich wieder ausladen. Na ja, von dieser Ecke bin ich sowas gewohnt, eingeladen, ausgeladen.
Aber daß Ihr Helden im Kampf gegen die Berufsverbote Euch selber verladet, daß Ihr unsere Solidarität für ein Linsengericht verscheuert, das ist schon traurig... ■

"übernachtet, und ich hoffe, er hat nicht noch Solschenizyns Läuse darin gefunden" (UZ, 13.12.1976). Eine wahrhaft brüderliche Hilfe, die sich nur mit dem Bild vom verlausten Russen zu helfen weiß, wenn es darum geht, die verschiedenen Gründe und Inhalte einer internen und expatriierten Opposition in den sozialistischen Ländern nicht analysieren zu wollen. Die Bereitwilligkeit, mit der Oppositionellen, die gegen die Ausbürgerung Biermanns protestiert haben, die Ausreise aus der DDR gestattet wird, steht im absurden Kontrast zur Hilflosigkeit, wie man die Hunderttausende behandeln soll, die aus ganz anderen Gründen die DDR verlassen wollen. Die SED will die Opposition loswerden, sie will reinen Tisch machen, indem sie beginnt, die Tischbeine abzusägen.

DETLEV CLAUSSEN

Entspannungspolitik und innere Entwicklung in der DDR

Um die gegenwärtige Situation in der DDR einigermaßen zu verstehen, muß man sich einige historische Ereignisse der letzten fünfzehn Jahre vergegenwärtigen (Bau der Mauer, Ost- und Entspannungspolitik der SPD/FDP-Regierung, Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) und zugleich eine theoretische Einschätzung des sog. realen Sozialismus vornehmen. Der Bau der Mauer war für das bestehende Herrschaftssystem in der DDR eine wirtschaftliche und damit auch eine politische Notwendigkeit. Mit dem Bau der Mauer waren zugleich neue Voraussetzungen gegeben für die Herausbildung einer inneren, auf Veränderungen in der DDR ausgerichteten Opposition. Jegliches Wiedervereinigungsdenken erwies sich nun als illusorisch und die Möglichkeit, Opposition, individuelle Kritik und daraus entstehende individuelle Probleme durch "Abhauen" zu lösen, war verbaut. Mit dem Einmauern der Menschen wurde es aber zugleich schwieriger, sich der Kritik und Opposition mit der Behauptung zu entziehen, daß Kritik und Opposition von außen kommen und auf die Beseitigung der DDR, auf die Wiedervereinigung nach westlichen Vorstellungen abzielen.

Das Streben nach Sicherung des eigenen Machtbereichs und nach Anerkennung fand seinen krönenden Abschluß in der internationalen Anerkennung der DDR, in der Aufnahme in die UNO, der Teilnahme der DDR an der KSZE. Die Position der SED wurde gestärkt, dadurch daß die DDR völkerrechtlich allen anderen Staaten gleichgestellt wurde, BRD und DDR formal gleichwertig auf der internationalen Bühne agieren. Abgesehen von der inneren und äußeren politischen Notwendigkeit internationaler Anerkennung zwecks Überlebens des Systems bzw. Anerkennung als eines gleichwertigen Partners in West und Ost war diese Politik auch unter wirtschaftlichen Aspekten für die DDR erforderlich. Die DDR ist aufgrund der systembedingten sog. technologischen Lücke auf einen Transfer westlichen know-hows angewiesen – und dies auf Dauer. Das politische und wirtschaftliche Erfordernis der internationalen Gleichstellung dient also einerseits der Stabilisierung von Herrschaft, führt aber andererseits auch zu deren Gefährdung. Zum einen ist die DDR gezwungen, sich auf der internationalen Ebene gegen Praktiken zu wenden, die sie zur Sicherung des eigenen Systems verwendet (vgl. die DDR-Unterstützung der UNO-Resolution gegen die Ausbürgerung von Chilenen aus Chile und die Ausbürgerung Biermanns aus der DDR). Zum anderen – und das ist entscheidend – kann sich bürgerliche wie sozialistische Opposition bzw. Kritik in der DDR auf die internationalen Abkommen und Deklarationen berufen, die ja nun von der DDR mitunterzeichnet werden. So schaffen die Herrschenden die formalen Voraussetzungen für Kritik, die die bestehenden Herrschaftsverhältnisse mehr oder weniger in Frage stellt.

Bürgerliche Beobachter der DDR-Entwicklung seit 1971 (VIII. Parteitag), aber auch linke, nicht parteimäßig organisierte Kritiker in der BRD interpretierten diese Entwicklung größtenteils als "Liberalisierung" des Systems. Davon kann für Teilbereiche der Kulturpolitik in der Tat gesprochen werden. Man muß jedoch, um sich nicht zu falschen Schlußfolgerungen bezogen auf die Vergesellschaftungsmechanismen des Systems verleiten zu lassen, nach den Ursachen dieser "Liberalisierung" fragen. Und man darf die gegenläufigen Tendenzen nicht außer acht lassen: die verschärfte Auseinandersetzung mit der "Ideologie des Sozialdemokratismus", die Polemik gegen den "ultralinken und zugleich kleinbürgerlichen Maoismus" und damit die zunehmende Verketzerung der undogmatischen westlichen Linken; zugleich wird es unmöglich, über den Eurokommunismus stillschweigend hinwegzugehen. Die Liberalisierungstendenzen in der DDR seit 1971 werden aber nicht nur von gegenläufigen "ideologischen" Maßnahmen zwecks Abschreckung begleitet, vielmehr auch von realen Gegenmaßnahmen. Dazu gehören in der Wirtschaft die teilweise Rezentralisierung, die verstärkten Kompetenzen der Zentrale. Dazu gehören im politischen Bereich die Betonung der verstärkten Rolle der Partei, die Betonung von Klassenauseinandersetzungen zwecks Legitimierung der verstärkten Rolle der Partei.

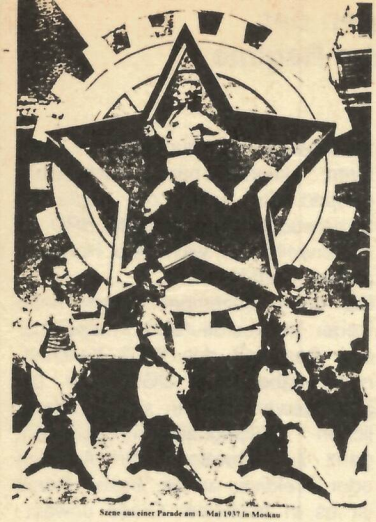
Die Liberalisierungstendenzen fallen 1971 nicht vom Himmel, hängen auch nicht mit dem Wechsel in der Führungsspitze der SED (von Ulbricht zu Honecker) primär zusammen. Diese Liberalisierungstendenzen sind vielmehr seit der ersten Hälfte der 60er Jahre zu beobachten (Wirtschaftsreformen). Politisch ist die "Liberalisierung", die auf den passiven Bürger abstellt, darin begründet, daß ein System nicht ohne eine zumindest teilweise Zustimmung der Beherrschten auszukommen vermag. Die Alternative zu dieser partiellen Zustimmung ist die direkte Zwangsanwendung bzw. vornehmlich Zwangsandrohung, die potentielle physische Gefährdung aller Nichtangepaßten. Die teilweise Zustimmung des passiven, auf privaten Konsum ausgerichteten Bürgers (und damit die Möglichkeit, die direkten Zwangsmittel zeitweilig in den Hintergrund treten lassen zu können) wird einerseits erreicht durch den Wandel von der Politik der positiven (Zwangs)setzung zur negativen Ausgrenzung. Jenseits des direkt politischen Bereichs gibt man sich zufrieden, wenn bestimmte Tabus nicht berührt werden. Diese Tabuzonen werden eher respektiert, wenn es dem auf das Private reduzierten Bürger wirtschaftlich ständig etwas besser geht.

Wirtschaftlich sind die Liberalisierungstendenzen darin begründet, daß ohne stärkere Befriedigung privater materieller und immaterieller Bedürfnisse die "materielle Interessiertheit" als Mittel zur Steigerung der Akkumulation bzw. des Wirtschaftswachstums nicht zieht. Auf diese materielle Interessiertheit ist aber das System zunehmend angewiesen, da die immer komplizierteren und komplexeren ökonomischen Prozesse ohne breite Leistungsbereitschaft weniger denn je zentral zu meistern sind. Zur Interessiertheit und Leistungsbereitschaft gehören für eine "gehobenere" Schicht, deren Bereitschaft noch stärker gegeben sein muß, da sie nicht über eine sog. wissenschaftliche Arbeitsorganisation wie die Arbeiterklasse gegängelt werden kann, auch immaterielle Freizeit-

Todesurteile gegen die Murrays vorerst aufgehoben

Marie und Noel Murray wurden vor einem knappen halben Jahr wegen Polizistenmordes zum Tode verurteilt. Diese Strafe kann in der Republik Irland nur verhängt werden, wenn Polizisten, Gefängniswärter oder Diplomaten Opfer sind. Die Verhaftung, das Verhör und die Verurteilung sollten als Exempel dienen, um die im August letzten Jahres verabschiedeten Notstandsgesetze "praktisch" zu legitimieren. Zum einen war nämlich der angeblich von den beiden Murrays Getötete außer Dienst und in Zivil, zum zweiten gibt es für die angebliche Tat keine Zeugen, drittens wurde Marie und Noel Murray mit den Methoden der Folter und der Erpressung ein Geständnis abgepreßt, das sie sofort widerriefen, als sie dieser "Sonderbehandlung" nicht mehr ausgesetzt waren. Und schließlich wurden sie, unter weitgehendem Ausschluß der Öffentlichkeit – die irische Presse erhielt Berichterstattungsverbot – von einem Sondergericht verurteilt. Seit ihrer Festnahme sitzen sie in strenger Isolationshaft. Ihr Einspruch gegen die Todesurteile vor dem Obersten Gerichtshof hatte – entscheidend aufgrund des Drucks der internationalen Öffentlichkeit – insofern Erfolg, als die Todesstrafe für Noel Murray am 9.12.76 in lebenslange Haft umgewandelt wurde; gegen Marie Murray muß erneut verhandelt werden, wobei es immer noch darum geht, ob sie "einfachen" oder "Polizistenmord" begangen habe. Für sie droht also weiterhin der Tod!

Protestiert gegen die Urteile und schreibt an den ●Irischen Botschafter, Kölner Straße 54, 5300 Bonn-Bad Godesberg, ●Premierminister Cosgrave, Leinster House, Dublin, Republik Irland. Laufende Informationen sind zu erhalten über: Westdeutsches Irlandkomitee, Postfach 35, 6370 Oberursel.



Szene aus einer Parade am 1. Mai 1937 in Moskau

werte, die zumindest partiell befriedigt werden müssen. Diese politischen und ökonomischen Bedingungen bewirken, daß trotz der Ende 1970 einsetzenden Rücknahme der Wirtschaftsreformen (aus systembedingten ökonomischen Erfordernissen) keine allgemeine Verhärtung des Klimas zu verzeichnen ist. Solange es massenhaft nur um die Befriedigung privater Konsumbedürfnisse geht und nur eine kleine Schicht das breitere Angebot immaterieller Werte – und dies zumeist nur als Freizeitbeschäftigung – wahrnimmt, sieht sich das System nicht gefährdet. Gezwungenermaßen sorgsam verpackte kritische Einstellungen in der Literatur der DDR mit kleinen Auflagen, zu deren Verständnis eine gute Portion Ausbildung erforderlich ist, kann das System verkraften, ja dient der Imagepflege. Wo es hingegen einzelnen oder Gruppen gelingt, entweder durch Auftritte in der DDR oder (vom DDR-System praktisch erzwungen) auch durch westliche Massenkommunikationsmittel an die Massen heranzukommen, da zeigt das System sein unverändertes Gesicht (Renft-Gruppe, Biermann etc.).

Die Sanktionen zielen nicht in erster Linie gegen die namentlich genannten, direkt Betroffenen. Es geht vielmehr um die Masse der Unzufriedenen, die sich von der äußeren Stabilisierung der DDR mit ganz verschiedenen Erwartungen Veränderungen erhoffen – bis hin zur Erlaubnis, in die BRD übersiedeln zu können. Die tatsächlichen wie potentiellen, nicht oder wenig bekannten Kritiker wie diejenigen, die dem System ganz den Rücken kehren wollen, sollen eingeschüchtert werden. Die Funktion ist dieselbe wie bei den Berufsverboten in der BRD und auch der Gesamtzusammenhang ist zum Teil derselbe: die ("nüchterner" gewordene)Entspannungs- bzw. Koexistenzpolitik nach außen ist begleitet von Unterdrückungsmaßnahmen im Innern. In der BRD ist der Zusammenhang auch zeitlich unmittelbar, in der DDR ist er etwas verschoben, da die einzelnen, Gruppen wie die Bevölkerung insgesamt sich erst auf die neuen Bedingungen, die sich aus der internationalen Anerkennung und der Beteiligung der DDR an internationalen Verträgen ergeben, einstellen mußten. Dieser innere Prozeß wird von für die SED unangenehmen äußeren Faktoren begleitet, die ebenfalls mit und durch die Entspannungs- bzw. Koexistenzpolitik freigesetzt wurden. Die Anerkennung der DDR ermöglichte der Linken in der BRD jenseits der DKP eine offenere Auseinandersetzung mit der DDR; es besteht kein Grund mehr, der in der Situation des Kalten Krieges hätte liegen können, zu einer abstrakten Parteinahme für die DDR bzw. zur Nichtäußerung linker Kritik am "realen Sozialismus". Zum anderen hat der Eurokommunismus mit der Absetzung vom Sowjetmarxismus (insbesondere durch die Ereignisse in der CSSR 1968) an Anziehungskraft als "dritter Weg" auch im "Osten" gewonnen.

So also stellt sich der widersprüchliche Zusammenhang zwischen Entspannungspolitik und innerer Entwicklung der DDR her: Die im Sinne der Herrschaftserhaltung betriebene Politik im außenpolitischen, innenpolitischen und wirtschaftlichen Bereich schafft im Gegensatz zur Phase des Kalten Krieges und zur ökonomischen Wiederaufbauphase – entgegen der Intention – auch Möglichkeiten und Spielräume für bürgerliche und sozialistische Opposition. Von daher ist der "reale Sozialismus" aber auch immer wieder gezwungen, seine konstitutiven Vergesellschaftungsmechanismen, die nicht evolutionär durch einen sog. Liberalisierungsprozeß überwunden werden, zu offenbaren – nämlich die Mechanismen direkten Zwangs.

RENATE DAMUS

Polnisches "Komitee zur Verteidigung der Arbeiter"

Dauernder latenter und periodisch offen aufflammender Widerstand gegen die polnische Version des "realen Sozialismus" kennzeichnen die Geschichte Polens seit dem Ende des 2. Weltkriegs.

Der latente Arbeiterwiderstand zeigt sich in den Abteilungen der Fabriken durch Verschwendung von Material, Vergeudung von Arbeitszeit, Zurückhaltung von Arbeit, hohe Zahlen von Krankmeldungen und Fluktuationsraten der Arbeiter. Neben diesen latenten Formen proletarischer Verweigerung stehen periodisch offene Formen der Auseinandersetzung, wie Streiks und Demonstrationen.

Letzter offener Ausbruch des Arbeiterwiderstands entzündete sich im Juni 1976: Giereks Versuch, durch Preiserhöhungen vor allem bei Lebensmitteln den Lebensstandard der Arbeiter massiv zu senken, wurde – trotz seiner 5-jährigen Politik der konsumtiven Befriedigung – zurückgeschlagen. Spontane Streiks im ganzen Land, schwerpunktmäßig in Ursus und Radom, die zum Teil durch brutales Vorgehen der Miliz eskalierten, zwangen die Partei zur Rücknahme der vorher angekündigten Preiserhöhungen (vgl. "links" 9/76).

Spendenaufruf

Aus seinem Arbeiter-Solidaritäts-Fonds hat das Sozialistische Büro an das polnische "Komitee zur Verteidigung der Arbeiter" DM 2.000 gespendet. Wir halten es für dringend erforderlich, daß gerade in der aktuell zugespitzten Situation die Sozialisten in der BRD für die sozialistische Opposition in Polen politische und materielle Solidarität leisten. Wir haben deshalb im Rahmen des Arbeiter-Solidaritäts-Fonds des SB einen aktuellen Sonderfonds zur Unterstützung des Komitees zur Verteidigung der Arbeiter in Polen eingerichtet. Wir rufen auf, hierzu zweckgebundene Spenden zu überweisen, die direkt an das Komitee in Polen weitergeleitet werden. Spenden sind einzuzahlen an Arbeiter-Solidaritäts-Fonds des Sozialistischen Büros, 605 Offenbach 4, Postfach 591, Girokonto bei Bank für Gemeinwirtschaft Nr. 17413263-11 mit dem Vermerk: Polen-Sonderfonds.

Mittlerweile kündigen sich, wenn auch verspätet, personelle Konsequenzen an. Bedeutende Umbesetzungen in der Führungsspitze der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PVAP) sollen mit dazu beitragen, die politischen und ökonomischen Probleme des Landes durch verstärkte Kontrolle und Disziplinierung zu lösen. Die Ablösung des ZK-Sekretärs für den Wirtschaftsbereich Szydlak durch den bisherigen Außenministers Olszowski kann hier als einschneidendste Maßnahme genannt werden.

Parallel hierzu wird versucht, zukünftigen Konflikten prophylaktisch durch eine verbesserte Versorgung der Bevölkerung mit Konsumgütern entgegenzuwirken. Hier ist eine teilweise Umverteilung von Neuinvestitionen vom Investitionsgütersektor zum Konsumgütersektor geplant. Ergänzend soll verstärkt die "motivierende Funktion der Löhne" in den Vordergrund gerückt werden.

Ungeachtet dieser Pazifizierungsmaßnahmen formiert sich in Polen der Widerstand. Als eine wesentliche sich abzeichnende Veränderung in den polnischen Klassenauseinandersetzungen ist hierbei das sich neu definierende Verhältnis Intelligenz – Arbeiterklasse zu betrachten. Alleiniger Träger des Widerstandes während der Juni-Kämpfe war zunächst die Arbeiterklasse. Im September 76 gründeten dann Warschauer Intellektuelle, in der Mehrzahl prominente Widerstandskämpfer aus der Zeit des Hitler-Faschismus, ein "Komitee zur Verteidigung der Arbeiter". Die älteren Mitglieder des Komitees waren zumeist Mitglieder der nach dem Krieg mit der KP verschmolzenen Polnischen Sozialistischen Partei, die jüngeren zum Teil Aktivisten der Studentenbewegung. Mit diesem Schritt wurde auch das Monopol konservativer, katholischer Kreise auf oppositionelles Verhalten in Polen gebrochen.

Ziel des Komitees ist es, "rechtliche, ärztliche und finanzielle Hilfe für die Verfolgten des Juni-Protestes zu leisten; in einer Situation, in der Gewerkschaften, die Sozialhilfe-Ämter und andere zur Unterstützung und Verteidigung der Staatsbürger berufene Organisationen ihre Funktionen nicht erfüllen... In dem Augenblick, in dem die Verfolgungen aufhören, eine Amnestie in Kraft tritt, alle

1000 BERLIN 61
MEHRINGDAMM 51
Tel. 030 693 16 60
FACH-WERK
VISUELLE KOMMUNIKATIONSPRAXIS GmbH

ENTWURF
Plakate · Illustrationen · Karrikaturen · Buchumschläge
LAYOUT
Zeitungen · Bücher Broschüren · Prospekte
FOTOARBEITEN
Reproduktionen · Papier · und Kunstoffvergrößerungen
REPROARBEITEN
Filme für Sieb · und Offsetdruck bis DIN A1
SIEBDRUCK
Ein · und mehrfarbig bis DIN A1 Überformat
SPIEL · UND TOBERAUME
ALTERNATIVE KUNST AM SCHULBAU
PROJEKTENTWICKLUNG

Der Name „Fach-Werk" steht für eine Gruppe von Malern, Grafikern, Architekten, die sich zusammengeschlossen haben, um der im Kultursektor vorherrschenden Berufsmisere eine politische Alternative entgegenzusetzen.

von Repressalien Betroffenen rehabilitiert sind und ihre Arbeitsplätze zu den vorherigen Bedingungen, bei Anerkennung der Beschäftigungskontinuität, zurückbekommen, der Umfang der Juni-Repressalien bekanntgegeben wird und die Schuldigen für die Rechtsverletzungen und das Foltern der Arbeiter zur Strafverantwortung gezogen werden – wird das Komitee seine Daseinsberechtigung verlieren. Bis dahin aber, der Verleumdungen, Fälschungen, Einschüchterungsversuche und Repressalien ungeachtet, fühlt sich das Komitee gegenüber der Bevölkerung, die durch ihre Opferbereitschaft ihre Solidarität mit dem Komitee unter Beweis stellt, verpflichtet, seine Tätigkeit fortzusetzen". (Kommuniqué des Komitees zur Verteidigung der Arbeiter", zitiert nach Spiegel Nr. 49/76 S. 170)

Dabei fällt auf, daß das herrschende System nicht frontal angegriffen wird, sondern vielmehr versucht wird, ohne die Legalität des Systems zu verletzen, materielle Hilfe für von der Repression Betroffene zu leisten sowie Informationen über Verfolgungsmaßnahmen, Berufsverbote, Gefängnisstrafen und Folterungen zu verbreiten. Dabei handelt es sich nicht um einen einmaligen Protest, sondern durch die Kontinuität der Aktivitäten sollen Bewußtseinsprozesse ausgelöst oder vertieft und die gesellschaftliche Solidarisierung als erster Schritt in Richtung einer sozialistischen Demokratie vorangetrieben werden.

"Das spontane Wiedererstehen von Formen gemeinschaftlicher Verteidigung ist der erste Schritt auf dem Weg zur Bildung einer authentischen Repräsentation der Werktätigen. Nach dem Dezember 1970 wurde diese Rolle in der Stettiner Werft von einer Arbeiterkommission übernommen, die von den Arbeitern selbst gegründet wurde. Das Entstehen und Funktionieren einer solchen Kommission ist eine unumgängliche Voraussetzung für eine Lösung der gegenwärtigen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Krise in unserem Land". (Kommuniqué des "KomzVDA" zitiert nach Spiegel Nr. 49/76 S. 174)

Die Bevölkerung wird zu eigenem Handeln aufgefordert; es organisiert sich Widerstand in einem System, in dem ein solches gesellschaftliches Verhalten nicht vorgesehen ist. Diese kalkulierte Herausforderung an die Staatsgewalt ist nicht ohne Risiko. Obwohl das Komitee in seinen Informations-Kommuniques betont zurückhaltend argumentiert, bleiben Angriffe seitens der Staatsorgane nicht aus: Behinderungen bei der Arbeit des Komitees, Fälschungen von Informations-Material, vorübergehende Festnahmen und Einschüchterungsversuche sowie Entlassungen von Komitee-Mitgliedern. Weitergehende Unterdrückungsmaßnahmen sind bisher unterblieben, möglicherweise auch deshalb, weil erstmals seit Jahrzehnten Ansätze einer Verbindung zwischen sozialistischer intellektueller Opposition und Arbeiterklasse zu beobachten sind.

Maßnahmen größeren Umfangs gegen die Komitee-Mitglieder könnten bei den Arbeitern in Ursus und Radom nicht zu kontrollierende Reaktionen hervorrufen.

Als Indiz für eine Tendenz zur verstärkten Zusammenarbeit kann die im Dezember angelaufene Initiative zur Einberufung eines Parlamentsausschusses zwecks Überprüfung und Verurteilung der vorausgegangenen Rechtsbrüche und Repressionen angesehen werden. Es handelt sich hierbei um eine parallele Aktion von Radomer Arbeitern und Arbeiterfrauen, die brieflich einen Parlamentarischen Untersuchungsausschuß fordern und um das "Komitee zur Verteidigung der Arbeiter", das in Flugblättern die gleiche Forderung stellt.

Einen absoluten Schutz vor härteren Maßnahmen bietet aber diese sich abzeichnende Solidarisierung von Arbeiterklasse und Intellektuellen nicht. Auf der Plenarsitzung des Zentralkomitees der PVAP deutet Parteichef Gierek ein schärferes Vorgehen gegen die Opposition an: "Seit zwei Jahrzehnten mißbrauchen immer dieselben Leute die Privilegien und demokratischen Freiheiten, vergiften die Volksdebatten und versuchen, die Grundlagen des Systems anzugreifen. Diese Leute erheben in Wirklichkeit die Hand gegen das Vaterland". (FR 3.12.76)

MICHAEL GOTTHELF

Woche gegen das südafrikanische Regime

Am 25.11.1976 beschloß der Internationale Bund Freier Gewerkschaften (IBFG) eine internationale Woche der "industriellen Aktion" gegen das südafrikanische Regime. Sie soll am 17.1.1977 beginnen. In Solidarität mit den verhafteten Gewerkschaftern und politischen Opponenten in Südafrika sollen Hafenarbeiter und Flughafenpersonal südafrikanische Schiffe und Flugzeuge bestreiken. Die Ausführung dieses Beschlusses des IBFG bleibt den jeweiligen assoziierten nationalen Einzelgewerkschaften überlassen. Die bundesrepublikanischen Gewerkschaften sind nicht nur eine große Finanzstütze des IBFG und damit eine bedeutende Pressuregroup – von ihren Aktionen hängt auch weitgehend der Erfolg der geplanten Streikwoche ab. Denn die BRD ist mittlerweile der wichtigste Handelspartner Südafrikas.

Bis Mitte Dezember jedoch hatte weder die westdeutsche Presse über den Beschluß des IBFG berichtet, noch haben der DGB oder die Einzelgewerkschaften sich in öffentlichen Stellungnahmen geäußert, ganz zu schweigen von Aufrufen oder Direktiven an die "Basis". Damit ist es in höchstem Grade unwahrscheinlich, daß der Beschluß des IBFG über die Demonstration des guten Willens hinausgeht.

Massenverhaftungen von Jugendlichen in Südafrika

Tausende von Jugendlichen zwischen 15 und 20 Jahren werden in südafrikanischen Gefängnissen gefangengehalten. Im Gefängnis des Polizeipräsidiums von Johannesburg müssen sich etwa 30 Jugendliche jeweils eine Zelle teilen. Die Zellen sind zu den Kontrollgängen hin "offen", d.h. wie Käfige mit starken Gitterfronten.

Die Verhaftungswelle unter den schwarzen Jugendlichen Johannesburgs begann während der Aufstände im Sommer dieses Jahres. Anfang November kämmte dann die Polizei im Laufe einer Woche systematisch die Wohnviertel Sowetos durch und verhaftete eine große Anzahl von Jugendlichen. Dabei hagelte es Prügel; in den Gefängnissen wurden junge Mädchen vergewaltigt. Die Mitglieder des "Schülerrats" von Soweto, einem Organisationskern des Widerstandes, sind bisher vom Geheimdienst BOSS noch nicht aufgespürt worden. Auf der Flucht vor der Polizei leben sie ganz oder teilweise im Untergrund; sie wechseln ständig ihre Schlafplätze und befinden sich in einer sehr prekären materiellen und psychischen Situation. Ähnlich ist die Lage Hunderter von Schülern, die Verhaftung und Folter fürchten.

Seit Juni gehen die Schüler Sowetos nicht mehr in ihre Schulen. Der Schulstreik soll so lange dauern, bis die diskriminierende "Bantuerziehung" abgeschafft ist. Es ist jedoch zu befürchten, daß die Aktionseinheit langsam zerbröckelt. U.a. deswegen, weil die Schüler durch die Meidung der Schulen sich gleichzeitig eines wichtigen Kommunikationsrahmens berauben. Die Form des "externen Schulstreiks" ist daher höchst ambivalent. Dies haben sowohl die Schüler als auch die Polizei begriffen. Als nämlich der Schülerrat Anfang November zu einem – dann nicht wie Ende August erfolgreichen – Generalstreik aufrief, appellierte er gleichzeitig an die Schüler der wichtigen Morris-Schule, den Unterricht wieder aufzunehmen. Auf diese Weise sollte, vermittelt über das Kommunikationszentrum" Schule, eine möglichst breite Mobilisierung erreicht werden. Die Polizei jedoch reagierte mit einer Besetzung der Schule, worauf die Schüler aus berechtigter Furcht vor Verhaftungen der Schule fernblieben.

Von der jüngsten Repressionswelle sind nicht nur die Jugendlichen, sondern auch Gewerkschafter und kritische schwarze Journalisten betroffen.

Die brutale Unterdrückung der Selbstbefreiungsversuche der Schwarzen Südafrikas zeigt, daß das rassistische Regime – mit geringen Konzessionen – seinen harten Kurs entschlossen weiter verfolgt. Dabei ist bemerkenswert, daß gegenwärtig auf die südafrikanische Regierung – die mit einer gefährlichen Wirtschaftskrise fertig zu werden hofft – ein Regen von Krediten von seiten internationaler und transnationaler Banken niederfällt. Diese Kredite für das Regime bewirken indirekt, daß die weißen Herren weiterhin genügend Finanzen flüssig halten können, um den rasanten Ausbau ihres Repressionapparates weiterzubetreiben.

BETTINA DECKE

ENTWICKLUNGSPOLITISCHE KORRESPONDENZ

bietet Materialien zur Theorie und Praxis der Entwicklungspolitik, zur entwicklungspolitischen Strategiediskussion, zu aktuellen Problemen in Entwicklungsländern, zur Entwicklungspolitik der Industrieländer, zur entwicklungspolitischen Öffentlichkeitsarbeit, zur kirchlichen Entwicklungspolitik und für Unterricht und Seminare.

- Nairobi 75 EPK 1/76 32 S. DM 2,50
- Neue Weltwirtschaft EPK 2/76 24 S. DM 2,50
- Südliches Afrika EPK 3,4/76 48 S. DM 4,00
- Habitat EPK 5/76 24 S. DM 2,50
- Transkei SONDERHEFT DM 2,50
- Menschenrechte EPK 6/76 24 S. DM 2,50

Jahresabo DM 14,– kostenloses Infoblatt
ENTWICKLUNGSPOLITISCHE KORRESPONDENZ
POSTFACH 2846 · 2000 HAMBURG 19

Das Beispiel Italien

Renate Genth
Elmar Altvater

Die Krise des Kapitals als politische Chance der Arbeiterbewegung

Bislang wurden in der westdeutschen Linken die italienische Arbeiterbewegung und ihre Organisationen fast ausschließlich als Bewegung in der Offensive wahrgenommen. Dabei ist jedoch über den Erfolgen der Gewerkschaften und autonomer Arbeitergruppen in den Betrieben und über den immensen Wahlerfolgen vor allem der Kommunistischen Partei – mit Erfolgen kann man sich leichter identifizieren – der Tatsache kaum Beachtung geschenkt worden, daß in der gegenwärtigen Krise auch seitens der Bourgeoisie alle Anstrengungen unternommen werden, die Krise nicht nur als ökonomischen, sondern auch als einen politischen "Bereinigungsmechanismus" gegen die Arbeiterbewegung einzusetzen. Daraus ergeben sich Konsequenzen für die Arbeiterbewegung, die analytisch in den von der westdeutschen Linken aus Italien übertragenen Kategorien – Arbeiterautonomie, Klassenoffensive – nicht erarbeitet werden können und als unkritische Orientierungen an den Organisationen der neuen Linken (Lotta continua, Avanguardia operaia, Manifesto, PdUP) fragwürdig geworden sind. Daher wird ein Prozeß der genaueren Einschätzung und der politisch gerechtfertigten Begründung unserer politischen Orientierung notwendig. Mit diesem Beitrag wollen wir in "links" eine Diskussion einleiten, in der es zwar hauptsächlich um eine Einschätzung der italienischen Klassenkämpfe gehen soll, aber in der auch der Versuch gemacht werden muß, die aus der Einschätzung für unsere eigene politische Praxis folgernden Konsequenzen zu entwickeln.

Austerity in Westeuropa

Die Linke in Westdeutschland ist auch deshalb gehalten, sich mit der Entwicklung der Arbeiterbewegung und ihrer Organisationen in den anderen westeuropäischen Ländern ernsthaft auseinanderzusetzen, weil mittlerweile klargeworden sein dürfte, daß "Eurokommunismus" nicht nur ein von bürgerlichen Journalisten erfundenes politisches Schlagwort, sondern eine politische Bewegung geworden ist, die – insofern sie auch Teile der westdeutschen Linken ergriffen hat – plötzlich und weitgehend unerwartet zu einem Problem für uns geworden ist. Darauf soll jedoch an dieser Stelle nur hingewiesen werden.

Wir sehen noch einen weiteren Anlaß, uns mit der Situation der italienischen Klassenbewegung auseinanderzusetzen, weil in der gegenwärtigen Weltwirtschaftskrise (die keineswegs überwunden ist, die sich im Gegenteil in einer Reihe von Ländern eher noch zuspitzt) die bürgerlichen Regierungen der westeuropäischen Länder in beinahe frappierender Gleichzeitigkeit und Gleichgerichtetheit ökonomische Restriktionsmaßnahmen durchführen, um – nach dem Versagen der keynesianischen Politik – mit den traditionellen Methoden der Austerity aus der Krise herauszukommen (übrigens, wir benutzen hier den englischen Begriff der Austerity, weil er sehr viel genauer als die bei uns geläufige Bezeichnung "Restriktionspolitik" auch die politische Seite der "Strenge" und der "Härte" einer ökonomischen Sparpolitik betont). Letzlich sind diese in allen Ländern praktizierten Programme einer europäischen Austerity ein massiver Angriff auf die ökonomischen und politischen Errungenschaften der Arbeiterbewegung. Dies gilt für die Steuererhöhungen, Konsumbeschränkungen, Lohnkürzungen und den Abbau von demokratischen Mitentscheidungsmöglichkeiten der Arbeiter in den Betrieben in Portugal ebenso wie für die Maßnahmen zur Kürzung des Energieverbrauchs in Spanien oder für die Beschränkungen des Massenkonsums in England oder für die Versuche, die Reallöhne direkt zu kürzen, in Frankreich oder für die Politik der "stangata" (eine Politik des Knüppelschlags, des Neppens) in Italien. Es ist auch kein Zufall, daß in den meisten Ländern dieser ökonomischen Austerity-Politik eine Polarisierung im politischen Leben mit einer klaren Neugruppierung (siehe die Gaullisten in Frankreich) und Rechtswendung der bürgerlichen Parteien und zunehmender politischer Repression gegenüber demokratischen und fortschrittlichen Kräften entspricht. Die haben wir nicht zuletzt auch in der BRD erfahren müssen, wo der Zusammenhang von politischer Repression und ökonomischer Krise gerade von seiten des SB immer wieder thematisiert worden ist.

Die Linke im "Mahlstrom der Krise"

Bei den wirtschaftspolitischen Maßnahmen handelt es sich also keineswegs nur um ökonomische Stabilisierungsaktionen, mit denen der Arbeiterklasse lediglich materielle Opfer abverlangt würden. Die Politik der Austerity ist vielmehr ein Generalangriff auf politische Errungenschaften, die sich die Arbeiterbewegung seit der zweiten Hälfte der 60er Jahre erkämpft hatte. Die Schwierigkeit der Linken insgesamt besteht darin, diese Errungenschaften auf politischen Ebenen und mit Mitteln zu verteidigen und möglicherweise auszubauen, die sich deutlich vom Kampfterrain und von den Mitteln der 60er Jahre unterscheiden. Rossana Rossanda hat dies in einem bemerkenswerten Kommentar (Il Manifesto, 29.10.76) etwa so beschrieben: In den 60er Jahren während des Aufschwungs war der Arbeitsplatz das Produkt des Kapitals in seiner Expansion, die Lohnerhöhungen wurden auf dem Hintergrund einer allgemeinen Prosperität erkämpft. Der vom Betrieb ausgehende Kampf und der ihm entsprechende "revolutionäre Syndikalismus" mit den neuen Organisationen hatte hier seine Voraussetzung und Basis. In der Krise jedoch verkehren sich die Kampfmöglichkeiten; Arbeitsplätze werden vernichtet, Lohnerhöhungen können allenfalls die noch beschäftigten Arbeiter erzielen, die Arbeitslosigkeit droht zu einer Spaltung der Arbeiterklasse und so zu einem manipulierbarem Instrument des Kapitals zu werden, soziale Errungenschaften werden durch staatliche Maßnahmen beseitigt oder doch eingeschränkt. In der Krise geht also das Kapital auf Gebieten in die Offensive, auf denen die Arbeiterklasse in der Prosperität gar nicht kämpfen mußte. Darauf gilt es sich einzustellen, um nicht – wie Rossana Rossanda schreibt – im "Mahlstrom der Krise" unterzugehen.

Dieses so bezeichnete Problem stellt sich für alle sozialistischen und kommunistischen Kräfte in der kapitalistischen Krise. Wie stark und massiv die Angriffe des bürgerlichen Staates in Italien auf die Errungenschaften der Arbeiterklasse sind, geht schon aus dem im Oktober von der Minderheitsregierung Andreotti vorgelegten Austerityprogramm hervor: Mit Steuererhöhungen, Steigerungen der Gebührensätze für Telefon, Eisenbahn, Energie usw., Senkung der Staatsausgaben vor allem im sozialen Bereich, Zinssteigerung und Kreditverknappung sollen rund 6.300 Mrd. Lire (rund 18 Mrd. DM) aus den Taschen der Bevölkerung, also vor allem der Arbeiterklasse gezogen, "geneppt" werden. Gleichzeitig versucht die Regierung, durch eine politisch verordnete Blockierung der "scala mobile" (Lohngleitklauseln, nach denen vierteljährlich, neuerdings halbjährlich, entsprechend der Inflationsrate automatisch die Nominallöhne erhöht werden) die Reallöhne zumindest der etwas besser verdienenden Arbeiter zu reduzieren. Dies alles geschieht, um die Inflationsrate zu senken, das Defizit im Staatshaushalt zu verringern und die Zahlungsbilanz aus der Dauerkrise herauszuführen. Politisch handelt es sich bei diesem Programm um einen Angriff auf die Arbeiterklasse und speziell auf die KPI. Denn die Einsparungen gehen fast insgesamt auf Kosten der Arbeiter und der kleinen und mittleren Bourgeoisie, also auf Kosten eines großen Teils der sozialen Basis der KPI-Mitglieder und -Wähler. Und daß fast alle Gemeinden und Städte Italiens knapp vor dem Bankrott stehen und jeden Monat erneut kaum in der Lage sind, die Gelder zur Zahlung der Angestelltengehälter aufzubringen, kommt den Christdemokraten sicher nicht so ungelegen. Denn damit wird die Reformpolitik der KPI in den Städten – Bürgermeister Argan von Rom sprach von einem "Stalingrad" der Kommunalpolitik – in Frage gestellt und mit ihr eine der wichtigsten Grundlagen der Wahlerfolge in den vergangenen Jahren.

Das Klientelunwesen der DC als politischer Machtfaktor

Gleichzeitig mit dem breiten ökonomischen Angriff auf die Machtpositionen der Arbeiterbewegung und ihrer Organisationen wird in der Krise der Versuch gemacht, die durch die Politik der Arbeiterbewegung gespaltenen Organisationen der bürgerlichen Klasse neu zu formieren. Die Krise wird dabei gleichzeitig zum Hebel der Neuformierung der politischen Rechten.

Da dieser Versuch aus der DC kommt, soll kurz auf Entwicklung und Zustand dieser Partei hingewiesen werden. Die DC ist eine Partei, die selber ein Bündnis unterschiedlicher Fraktionen darstellt, wodurch sie in der Tat in fast allen Klassen und Schichten verankert ist. Dabei haben vor allem die reaktionären Fraktionen ihre spezifische politische Methode der Verankerung ihrer Macht mit großer Geschicklichkeit angewandt: den Klientilismus, d.h. die Verteilung der Pfründe, die durch das System parastaatlicher Vereinigungen, die noch aus dem Faschismus stammen und das System sozialer Sicherungen darstellen, und durch den großen Staatssektor in der Industrie ausreichend vorhanden sind. Man kann ohne jede Übertreibung behaupten, daß sämtliche wichtigen Positionen im gesamten staatlichen Bereich – mit Ausnahme derer, die über einen öffentlichen Wahlmodus zu besetzen sind oder unter Verfügung der lokalen Verwaltungen in den "roten Zonen" stehen – von der DC besetzt sind. Von diesen wichtigen Positionen aus hat die DC dann ein dichtes klientelistisches Netz entwickelt, durch das eine Fülle von öffentlichen Geldern aufgefangen werden und schließlich politische Erlasse und Gesetze bei ihrer Durchsetzung so gefiltert werden, daß nur noch ein dünnes Rinnsal durchfließen kann. Kurz gesagt: durch das klientelistische System kann die DC beispielsweise die Verwirklichung von progressiven Gesetzen schlicht verhindern. So kommt es, daß die DC statt der ihr durch allgemeine Wahlen verliehenen 38% der Stimmen in der Tat über die berühmten 80% der Macht in Italien verfügt. Die Arbeiterbewegung muß damit ihre Rechnung machen. Der "historische Kompromiß" also kann auch als ein Versuch verstanden werden, die reaktionären Teile der DC, die vor allem im Süden bei der dort hohen Arbeitslosigkeit das klientelistische System perfekt ausgebildet haben, von denen

abzuspalten, die in der katholischen Tradition des italienischen Volkes stehen und teilweise selber von der Disfunktionalität der italienischen Verwaltung betroffen sind.

Die "Strategie des Katastrophismus" der neuen Rechten

Dieser Zustand der DC stellt sich nicht nur für die Arbeiterbewegung als eine Schranke dar, sondern auch für die bürgerliche Klasse selber. Die totale Disfunktionalität der staatlichen Verwaltung wird gleichzeitig zu einem sperrigen Felsblock auf dem Weg zu einer autoritär befriedeten Gesellschaft, in der das Kapital die alleinige Verfügungsgewalt über die Arbeitskraft zurückgewinnt. Denn bei der in den westeuropäischen Staaten fortgeschrittenen Vergesellschaftung würde eine gewaltige chilenische Lösung unübersehbare Folgen zeitigen; bei den hiesigen Verhältnissen gehört zur Peitsche das Zuckerbrot. Das aber läßt sich nicht backen, wenn die DC alles vorher auffrißt. Daher wird seit einigen Monaten in Italien der Versuch in Gang gesetzt, die Rechte aus allen bürgerlichen Parteien neu zu formieren zu einer katholisch-laizistischen Organisation, die vor allem einen antikommunistischen Block gegen den Vorschlag des "historischen Kompromisses" bilden will. Finanzielle Unterstützung kommt von der gesamten privaten wie staatlichen Industrie; außerdem wird der Plan von der CSU, mit der sein Urheber De Carolis, ein Christdemokrat aus Mailand, laut italienischen Zeitungsberichten gute Beziehungen hat, und von den USA gestützt.
Dieser Plan einer autoritär befriedeten Gesellschaft in Italien ist nach breiter Einschätzung auch in den bürgerlichen Parteien nur dann möglich, wenn zunächst die Krise voranschreitet. Denn die Krise ist nicht nur Begründung, sondern auch Hebel der Durchsetzung dieses Planes. Nach der früheren Strategie der Spannung wird daher im Augenblick eine "Strategie des Katastrophismus" und der Krisenschürung verfolgt. In diesem Zusammenhang spielen auch die autonomen und faschistischen Gewerkschaften und Standesorganisationen im öffentlichen Dienst eine negative Rolle. Der korporativistische Syndikalismus mit seinen vor allem gegen die Strategie der Arbeiterbewegung und der Klassengewerkschaften gerichteten hohen Lohnforderungen ist ein wichtiger Stein in diesem Planspiel. Der Plan besteht also im wesentlichen darin: zunächst ein ökonomisches, politisches, gesellschaftliches und kulturelles Chaos zu produzieren und dem gleichzeitig einen festen breiten antikommunistischen Block entgegenzusetzen, der dann mit ausländischen Geldern als rettende Ordnungsmacht der bürgerlichen Klasse wie Phoenix aus der Asche ersteht. In der Tat ist die weitere Krisenschürung notwendige Bedingung zur Durchsetzung dieses Plans, denn ein großer Teil der Führer der DC zeigt gegenwärtig noch kein gesteigertes Interesse an dieser Strategie; ebensowenig wie die meisten kleineren bürgerlichen Parteien.

Die Auseinandersetzungen um die politische und wirtschaftliche Linie in der KPI

Diesen ökonomisch-politischen Hintergrund muß man vor Augen haben, um die Auseinandersetzungen innerhalb der italienischen Linken um die angemessene Reaktion auf die Strategien des Kapitals und der bürgerlichen Klasse und ihrer politischen Organisationen mit dem daran hängenden Machtapparat zu begreifen. Die Fragen, die sich in dieser Situation der Arbeiterbewegung aufdrängen, können allgemein so formuliert werden: Welche Veränderungen der gesellschaftlichen Strukturen sind anzustreben, um in der Krise politische Alternativen der Arbeiterklasse durchzusetzen und eine bürgerlich-faschistische Katastrophenpolitik verhindern zu können? Welche ökonomischen und politischen Forderungen sind aufzustellen, um in der Krise entgegen den Tendenzen zur kapitalistischen Form der Bereinigung sozialistische Alternativen einen Schritt vorwärts zu bringen? Kann es überhaupt einen erneuten Aufschwung geben, wenn die Arbeiterklasse zwar Opfer bringt, aber am kapitalistischen Entwicklungsmodell nichts geändert wird? Stellt sich nicht gerade in der Krise die Alternative Sozialismus oder Barberei in erneuter Dringlichkeit? Und wie müssen zur Realisierung sozialistischer Ziele die unmittelbaren Probleme der ökonomischen Krise gelöst werden, damit die Machtposition der Arbeiterklasse gestärkt und diejenige des Kapitals und der bürgerlichen Klassen geschwächt wird?
Die Beantwortung dieser gemeinsamen Fragen ist keineswegs einheitlich, wie gerade die Kontroverse um die wirtschaftspolitische Programmatik der KPI angesichts der "stangata" der Andreotti-Regierung zeigte. Ein Teil der KPI, vor allem um Giorgio Amendola und um das ökonomische Forschungsinstitut (Cespe) der Partei, reagierte verständnisvoll. Amendola ging sogar so weit, die Regierung zu kritisieren, weil das Sparprogramm nicht hart genug sei, die Opfer nicht ausreichten, um mit dem Erzübel der Inflation fertigzuwerden. Diese schockierenden Überlegungen, die schon in der Wahlplattform vom Juni 1976 grundsätzlich enthalten waren, begründen sich aus der Befürchtung, daß eine wilde Inflation die "republikanischen Institutionen unterminieren" könnte, wie es nach dem ersten Weltkrieg schon einmal geschehen sei. Zur Abwendung dieser Gefahr müßten die Massen sich "selbstdisziplinieren" und die KPI müsse dabei vorangehen, um auf diesem Wege ihre hegemoniale Stellung zu erhalten und auszubauen.

Die Strategie der Opfer und der Gegenleistungen

Um solche Vorstellungen, wie sie Amendola vortrug und wie sie modifiziert und akademisch verpackt vom ökonomischen Forschungsinstitut der KPI (Cespe) entwickelt worden sind, entbrannte in der KPI eine breite und kontroverse Diskussion, die keineswegs beendet ist. Praktisch wurde diese Vorstellung nach dem Erlaß des Austerity-Programms in einer Vielzahl von spontanen Streiks kritisiert, die die Gewerkschaften sehr bald zu Aktivitäten zwangen. Bis in den November hinein wurde zunächst von Mitte Oktober an eine Welle von regionalen Generalstreiks, von Branchenstreiks, von Demonstrationen und Kundgebungen organisiert, um dem Protest der Arbeiterbewegung gegen die Politik der Regierung Ausdruck zu verschaffen. Auch in der KPI selbst entstand Bewegung, die sich sehr deutlich in einer Reihe von Massenveranstaltungen artikulierte, die die Partei zur Vermittlung ihrer Linie durchführte. In diesen Massenveranstaltungen, über die breit in der Parteipresse berichtet wurde, kam immer wieder folgende Position mehr oder weniger deutlich zum Ausdruck: Krise und Inflation können so wie bisher nicht weitergehen, nicht zuletzt deshalb, weil die Zahlungsbilanzkrise und die Zerrüttung der Staatsfinanzen das Land immer mehr in Abhängigkeit und an den Rand des Bankrotts bringen. Die Arbeiterklasse komme bei der Bewältigung der Krise nicht um materielle Opfer herum. Aber diese Opfer werden nicht gebracht, um damit das alte System der Korruption, des Klientelunwesens, der parasitären Schichten, der Mafia und der politischen Gauner zu sanieren! Für diese Opfer sollen Gegenleistungen als grundlegende Reformen am politischen, sozialen und ökonomischen System gefordert und durchgesetzt werden!
Dieser Position verschaffte der Präsident und ehemalige Vorsitzende der KPI, Luigi Longo, auf einer Mitte Oktober eilig einberufenen ZK-Sitzung in einem scharfen Angriff auf die Vorstellungen von Amendola und anderer Parteiführer Ausdruck (Die Rede Longos liegt mittlerweile übersetzt vor: extradienst vom 19.11.76). Er habe den Eindruck, daß es in der Partei "einige" gebe, die in der Frage des Opferbringens unbedingt die "Klassenersten" sein wollten. Aber es sei den Arbeitern nicht klarzumachen, wieso sie für ein System des Lockheed-Skandals, der Geheimdienstaffären, der Spekulation Opfer bringen sollten. Es reiche nicht aus, den Arbeitern zu sagen: "Überwinden wir erst einmal die Krise, und dann werden wir schon weitersehen". Um nicht Zweifel an der Partei in der Basis aufkommen zu lassen, komme es vielmehr auf die Art und Weise der Krisenüberwindung an. Der Kampf gegen die Inflation sei sicher notwendig; aber er müsse gleichzeitig für ein neues Italien geführt werden. Das sei die historische Aufgabe der KPI heute. Mit dieser Intervention formulierte Longo ganz zweifelsfrei die Mehrheitsmeinung der Partei.
Wenn auch der Parteivorsitzende Berlinguer zwischen diesen Positionen zu vermitteln sucht, und wenn auch beide "Flügel" der Partei in Berlinguers Rede ihre Vorstellungen aufgehoben sehen, wie sie – im Interesse der Einheit der Partei – betonten, so ist doch in dieser schärfsten Kontroverse in der KPI seit dem Ausschluß der Manifesto-Gruppe 1969 klargeworden, daß gerade die strategischen Vorstellungen zur Überwindung der Krise mit einer Strategie der gesellschaftlichen Strukturreform integral verbunden werden müssen. Von Berlinguer wurden als Reformziele insbesondere hervorgehoben: die Erhöhung der Produktivität und der Effizienz des produktiven Apparats durch eine entsprechende Industriepolitik, die Reform und Rationalisierung des Staatsapparats, des staatlichen Sektors und die Verbesserung der öffentlichen Dienstleistungen, die Reform des Finanzsystems, nicht zuletzt, um die Steuerflucht der hohen Einkommensbezieher zu verhindern, die Einbeziehung des Mezzogiorno in die ökonomische und politische Entwicklung des Landes, die Sanierung der lokalen Finanzen, die größere Autonomie der Regionen gegenüber der römischen Zentralgewalt, die Hebung des Beschäftigungsniveaus, eine Programmierung der ökonomischen Entwicklung, kurz: eine "politische und moralische Erneuerung des Landes".

Die Positionen der Vertreter des PdUP

Wenn auch mit unterschiedlichem politischen und theoretischen Hintergrund, so sind doch auch die Positionen zu den oben aufgeführten Fragen in der Partei der proletarischen Einheit für den Kommunismus (PdUP) keineswegs einheitlich. Im Gegenteil, die Auseinandersetzungen der letzten Wochen, in denen nicht zuletzt die strategische Position zur Krise, zur bürgerlichen Krisenüberwindungspolitik und zur KPI strittig war, hat es eine solche Zuspitzung gegeben, daß die Spaltung der Partei nicht mehr auszuschließen ist (vordergründig hat sich der Streit an der Frage der Vereinheitlichung mit der Gruppierung von Avanguardia Operaia entzündet).
Daher ist es nicht leicht, eine einheitliche Position des PdUP zu referieren. Hinsichtlich der ökonomischen Vorstellungen der KPI, wie sie vor allem vom Cespe ausgearbeitet und von Amendola oder Peggio vertreten werden, meint der Sekretär der PdUP Lucio Magri (am 1.12. zurückgetreten), daß die hinter den Vorstellungen der KPI zur Wirtschaftspolitik – ein "capitalismo orientato" mit einem "politisch konditionierten Markt", wie es Claudio Napoleoni ausdrückte – stehende Logik nicht nur falsch, sondern obendrein gefährlich sei. Denn der Konsumverzicht, von dem auch die KPI spreche, müsse schon sehr groß sein, um eine bedeutsame Umverteilung in Richtung auf die Investitionen zu erzielen. Es ist aber keine Garantie dafür gegeben, daß aus den durch Konsumverzicht ersparten Mitteln tatsächlich investiert würde. Und selbst wenn investiert wird, dann bleiben die Investitionen nach Umfang, Richtung, Art doch unter der Verfügungsgewalt des Kapitals. Ein politisch konditionierter Markt, so kritisiert August Graziani (ein links von der KPI einzustufender bekannter Ökonom), erzwingt kein zum kapitalistischen alternatives Akkumulationsmodell. In dieser Alternativlosigkeit aber liege eine Gefahr, weil letztlich kein wirklicher Ausweg aus der Krise des Landes gefunden werden könne. Eine Verlängerung der Krise ohne wirkliche Entwicklungsperspektive fördere aber eher die latenten autoritären Tendenzen in der italienischen Gesellschaft.
Demgegenüber halten die Vertreter der KPI daran

fest, daß wirtschaftspolitische Alternativen mit konkreten Reformzielen, wie sie etwa von Berlinguer benannt worden sind, verbunden sein müßten, um die Krise doch einer Lösung im Interesse der Arbeiterklasse näher zu bringen. Napoleoni hat diese Vorstellung sehr klar in einer Kontroverse mit Graziani so formuliert: Die Krise sei zwar aufgrund der Klassenkämpfe der Arbeiter herbeigeführt worden. Aber in der gegenwärtigen Krise seien noch keineswegs die hinreichenden Bedingungen zur unmittelbaren Errichtung einer höheren Form sozialer Verhältnisse geschaffen worden. Daher müßten sich die Arbeiterparteien auf eine Wiederankurbelung der Wirtschaft in einer "Perspektive des Übergangs" einlassen, in der Markt und kapitalistische Effizienz gleichberechtigt neben starken Elementen der politischen Orientierung des ökonomischen Prozesses stehen (vgl. dazu Rinascità, 6.8.76, 15.10.76, 22.10.76, 12.11.76). Mit anderen Worten: Der wirtschaftspolitische Pragmatismus der KPI resultiert aus der Einschätzung, daß die Zeit für eine Revolution in Italien noch nicht reif sei und infolgedessen allenfalls gesellschaftliche Reformen auf der Tagesordnung stünden.

Dieser Vorstellung halten die Vertreter des PdUP nun keineswegs eine abstrakte Revolutionsprogrammatik entgegen, wenn auch – seit den Manifesto-Thesen von 1970 die "Aktualität des Kommunismus" immer wieder betont wird; vielmehr versuchen sie, in einiger Übereinstimmung mit den Reformvorstellungen der KPI, die Klassenperspektive der Politik in der Krise deutlich zu formulieren. Auch das keineswegs sensationelle Reformprogramm der KPI zur Überwindung der Krise hätte bereits größte gesellschaftliche Konsquenzen. Denn die Verwirklichung des Programms würde – wenn vielleicht nicht die Wählerbasis –, so doch die Machtbasis der DC in Frage stellen. Denn die geplante Reform des Staates würde die Bastionen der Klientel der DC angreifen, und eine neue Politik im Mezzogiorno würde den auf Korruption beruhenden Einfluß der christdemokratischen Parteiorganisation verringern. Eine auf Effektivität drängende Reform der Staatsbeteiligungen würde nicht darum herum kommen, die Pfründe anzugreifen usw. So stellen die Forderungen der KPI trotz ihres reformistischen Charakters einen frontalen Angriff auf die DC dar, und die Reaktionen sind dementsprechend. An dieser Tatsache sind nicht nur die vielen Reformversuche der letzten Jahre gescheitert. Daran scheitert auch gegenwärtig der von der KPI seit 1973 propagierte "historische Kompromiß".

Im PdUP geht man davon aus, daß es notwendig sei, der kapitalistischen Logik ein alternatives politisches Konzept entgegenzustellen. Denn nur dann könne eine Niederlage der Arbeiterbewegung verhindert werden. Ein solches politisches Konzept, so führt Rossana Rossanda aus (Il Manifesto, 6.11.76), erfordere aber die Herstellung eines "antikapitalistischen Blockes" auf der Grundlage – und hier sind die Unterschiede zu linken Strömungen in der KPI nicht sehr groß – eines alternativen "Konsummodells" (wie es in der Frauen- und Jugendlichenbewegung schon teilweise praktiziert würde), eines Plans zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit, wie ihn die Gewerkschaften schon vorgelegt hätten, usw. Während also die KPI versucht, ihre Reformvorstellungen auch auf der parlamentarisch-politischen Ebene (also verbunden mit dem ganzen System von Verhandlungen, Kompromissen, abgehobenen Diskussionen, aber auch wirksame Einflußmöglichkeiten) mit Hilfe des "historischen Kompromisses" durchzusetzen, gehen die Vertreter von PdUP eher davon aus, den "antikapitalistischen Block" als Massenbewegung "von unten" zu schaffen. Eine fundamentale Alternative zu den Vorstellungen der linken KPI (wenn auch zu derjenigen von Amendola usw.) ist dies tatsächlich nicht. So kann Magri auch in einem Interview mit der Zeitung "La Republica" (21.10.76) nach der Kontroverse im Zentralkomitee der KPI sich in vielen Punkten mit der von Luigi Longo vorgetragenen Position einverstanden erklären. Denn darin komme die alte klassenkämpferische Tradition sowie der Wille, die italienische Gesellschaft im Interesse der Arbeiterklasse umzustrukturieren, deutlich zum Ausdruck.

Die Probleme der gewerkschaftlichen Einheit in der Krise

Wenn von "antikapitalistischem Block" als Massenbewegung von unten die Rede ist, dann müssen unbedingt die Probleme diskutiert werden, vor denen die Gewerkschaften in der Krise stehen. Gerade an den Massenorganisationen der Arbeiterbewegung zeigt es sich, an welchem Kreuzweg sich heute die Klassenbewegung in Italien befindet. Die zunehmende Bedeutung der horizontalen Organisationsinstanzen der drei Gewerkschaftsbünde zur Herstellung der Einheit der Gewerkschaftsbewegung wird gleichzeitig durch eine wachsende Spaltungsgefahr konterkariert. Denn da die Führungsinstanzen die Initiativen zur Herstellung eines politischen Konsenses ergriffen haben, ist gerade die politische Initiative in den Betrieben, dort wo sich die Einheit nach Erfahrung der italienischen Gewerkschaftsbewegung überhaupt erst begründet, vernachlässigt worden. Die Folge sind ein starkes Auseinanderdriften der verschiedenen Gewerkschaftsströmungen einerseits und betriebsegoistische Tendenzen andererseits. Die Arbeiter und Angestellten versuchen auf eigene Faust, sich durch Lohnkämpfe das wieder hereinzuholen, was sie zähneknirschend an Opfern dem Staat geben müssen. Die Aktivität der Gewerkschaften konzentriert sich dann darauf, Lohnforderungen herunterzuschrauben, und zwar in der Einsicht (aufgrund einschlägiger Erfahrungen), daß unkoordinierte Lohnforderungen die schon vorhandene Spaltung der Arbeiterbewegung zwischen Arbeitslosen und Arbeitern in der Klein-, Mittel und Großindustrie, zwischen Industrie und öffentlichem Dienst, zwischen Norden und Süden so verschärfen würden, daß die schon vorhandene gesellschaftliche Auseinanderentwicklung zu eben dem Chaos werden könnte, das die reaktionären Kreise anstreben.

Bis zur Krise sahen die Gewerkschaften ihre Aufgabe vor allem darin, in der Fabrik, im Produktionsbereich und schließlich auch im gesamten Reproduktionsbereich alternative Lösungen im Sinne der Arbeiterbewegung und mit den Arbeitern und Angestellten zu entwickeln. Neben dem System differenzierter Lohnverhandlungen (contrattazione articolata) entstanden im Gefolge des großen Aufschwungs der Klassenkämpfe Ende der 60er Jahre ein Ensemble aufeinander bezogener Forderungen – Lohnforderungen, Forderungen nach Veränderung der Arbeitsorganisation, der Qualifikation, der Produktions- und Investitionsentscheidungen, Reformvorstellungen –, die insgesamt auf eine neue selbstbewußte und nicht mehr allein über das Kapital vermittelte Vergesellschaftung der Arbeiterklasse zielten. Da grundsätzlich materielle Forderungen mit Forderungen nach Verstärkung der Machtpositionen der Arbeiterbewegung verbunden wurden, konnte die Arbeiterbewegung in einigen Bereichen der italienischen Gesellschaft eine Macht entfalten, die bisher keine sozialistische Arbeiterbewegung in hochentwickelten kapitalistischen Staaten erreicht hat.

Doch als die allgemeine Krise auf Italien übergriff, konnte die Arbeiterbewegung zwar zunächst die Angriffe auf die Reproduktionsbedingungen der Arbeiterklasse in hohem Maße abwehren, der Aktionsraum aber verschmälerte sich zusehends zu einer Gratwanderung. Denn die Krise bot dem Kapital erstmals wieder die Möglichkeit, seine Macht voll auszuspielen.

Das entscheidende Problem besteht also heute nicht darin, daß die KPI um irgendwelcher parlamentarischer Manöver willen "abwiegeln" will oder daß die Gewerkschaften sich in diese "Abwiegelungsmanöver" einbinden lassen und die Interessen der Arbeiter verraten, daß etwa nur eine Massenmobilisierung ausreiche, um die Ziele der reaktionären Kreise zunichte zu machen. Es besteht im Grunde darin, daß die Strategie der italienischen Arbeiterbewegung an dieser Stelle einen qualitativen Sprung machen muß. Dieser Sprung besteht in der Überwindung der Schwierigkeit, die differenzierte Demokratisierungsstrategie in Betrieben und Kommunen jetzt auf die zentrale Ebene zu heben, sie dort wirksam werden zu lassen, und das bei dem beschriebenen Zustand des italienischen Staatsapparats – Klientilismus, DC-Übermacht etc. Die Schwierigkeit besteht darin, die dort aufgerichteten Schranken als wesentliche Momente in die Strategie einzubeziehen. Der Klassenzusammenstoß ist durch die zugespitzte Krise und durch die politischen Wahlerfolge auf die zentrale Ebene gehoben worden, er findet nicht mehr nur im Betrieb oder in den Kommunen statt. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, die vielfach differenzierten Initiativen zusammenzufassen und zu koordinieren, sie aber gleichzeitig dabei zurückzuschrauben, wenn die Gefahr des Betriebsegoismus und damit der Spaltung und somit einer gefährlichen Schwächung entstehen könnte. Andererseits aber läßt sich bei den Spaltungswirkungen der Krise gerade in den unmittelbaren Lebensbereichen der Arbeiter und Angestellten die notwendige Einheit in erster Linie nur " von unten" herstellen.

Diese Widersprüchlichkeit verdeutlicht, daß die Problemlage der italienischen Arbeiterklasse keineswegs einfach ist und mit den schematischen Kategorien von Reform und Revolution, von Revisionismus oder Sozialdemokratismus nicht adäquat beschrieben werden kann. Das Problem in der Krise besteht gerade darin, wie gegen eine offensive Bereinigungspolitik, durchgeführt als Austerity-Programm, eine politische Alternative der Arbeiterklasse entwickelt und durchgesetzt werden kann, durch die gleichzeitig mit der Überwindung der kapitalistischen Krise politische Machtpositionen für die Arbeiterbewegung – durch gesellschaftliche Reformen und Demokratisierung – erkämpft werden.

Theaterrundreise: Bezahlt wird nicht

Im Kammerspiel des Schauspiels Frankfurt wird seit November "Bezahlt wird nicht", eine Farce von Dario Fo (aus dem Italienischen von Peter O. Chotjewitz) gespielt. Es ist ein sehr lustiges Stück über die Aneignung neuer Formen des Widerstandes, die sich in Italien als Antwort auf eine verfehlte Lohnpolitik entwickelt haben. Die Frau eines Arbeiters beteiligt sich an der "Ausräumung" eines Supermarkts. Wie die anderen Frauen eines von der "Lohnpolitik" besonders betroffenen Stadtviertels hat sie sich die Sachen "angeeignet" bzw. eine eigene "Preisregelung" getroffen. Sie sucht nun nach einer Erklärung, die sie ihrem Mann, einem ordnungsliebenden Arbeiter und Mitglied der Kommunistischen Partei dafür geben kann. Der Inhalt des Stückes besteht praktisch in der Austragung dieses Konfliks, in dessen Verlauf der Mann nicht nur die Beweggründe seiner Frau begreifen lernt, sondern auch seine eigenen Ansichten zu überprüfen beginnt.

DieSchauspielerbeabsichtigen,dieses Stück auch außerhalb Frankfurts zu spielen und suchen Kontakt zu Gruppen, die entsprechende Veranstaltungen (in Jugendzentren, Schulen, Kommunikationszentren, Theatern etc.) mit ihnen organisieren.

Mögliche Veranstaltungstermine: Januar: 2., 11., 17., 18., 24., 31.; Februar: 1., 6., 14; März bis Juni: bei rechtzeitiger Anmeldung können alle Termine noch vereinbart werden. – Plakate und Programme werden zur Verfügung gestellt. Requisitenmaterial kann bei Bedarf mitgebracht werden. Kosten nach Vereinbarung.

Gruppen, die Interesse an einer Aufführung an ihrem Ort haben, wenden sich bitte an Thomas Ott, Stegstr. 37, 6000 Frankfurt, Telefon 0611/618790 oder an Sozialistisches Büro, c/o Günter Pabst, Postfach 591, 6050 Offenbach 4, Telefon 0611/832593.

Der Kommunistische Bund

ISZ-Hamburg im SB

Informationen zum KB

Der KB wurde 1971 in Hamburg gegründet. Er versteht sich als eine demokratisch-zentralistisch organisierte Kaderorganisation, die sich – allerdings noch als Zirkel – an dem Prozeß der Schaffung einer nationalen Partei (mit Kaderstamm, Programm, Statut) zu beteiligen hat. Er unterscheidet sich damit von den neuen 'Parteien' (KPD/ML, KPD-Rote Fahne, etc.) und vom KBW, der sich als Quasi-Partei gebärdet, in Konkurrenz zu denen sich der KB allerdings zunehmend gezwungen sieht, sich über den Hamburger Raum hinaus national auszudehnen (Gruppen u.a. in Frankfurt, Berlin). Im Gegensatz zu diesen ist der KB weder programmatisch noch organisatorisch eindeutig festgelegt (das wenig präzise Gründungsstatut hat keine praktische Relevanz). Anfangs stärker maoistisch orientiert, kritisiert der KB heute die VR China ziemlich scharf.

Im Zerfallsprozeß der Studentenbewegung ist der KB aus dem Versuch entstanden, in Betrieben und Gewerkschaften Fuß zu fassen, der in Hamburg zuerst vom SALZ und BALZ (Sozialistisches bzw. Bergedorfer Arbeiter- und Lehrlingszentrum, im wesentlichen Arbeiterjugendliche und Studenten) unternommen wurde. Nach einigen Abspaltungen bildeten SALZ und BALZ zusammen mit einer Gruppe theoretisch versierter Leute aus dem KAB (Kommunistischer Arbeiterbund, ursprünglich Mitbegründer der KPD/ML) die heutige Führungsgruppe, die somit über 8 bis 10 Jahre politisch-praktische Erfahrung verfügt, wodurch eine gewisse Kontinuität und Stabilität gewährleistet ist. Schon damals haben sich die wesentlichen Fixpunkte KB-spezifischer Ideologie herausgebildet, worunter zu verstehen sind:

1. Die *Faschisierungsthese,* die von einer – von der Bourgeoisie *bewußt* vorgenommenen – fortschreitenden Faschisierung von Staat und Gesellschaft ausgeht. Der Faschismus ist also das von der Bourgeoisie im niedergehenden Kapitalismus eingesetzte politische Mittel zur Abwehr der revolutionären Tendenz auf der Welt. Bekanntlich hatte schon die Studentenbewegung die erfahrene Repression und zunehmende Isolierung als allgemeine Faschisierung der BRD interpretiert. Aus der Faschisierungsthese leitet der KB die Notwendigkeit der *konspirativen Arbeit* ab, was teilweise Geheimbünden entsprechende Verhaltensweisen hervorruft und die innerorganisatorische Demokratie unter dem Hinweis auf die faschistische Gefahr einschränkt.

2. Die These von *SPD und Gewerkschaftsführung als 'Agentur der Bourgeoisie'.* Die Schwierigkeiten in der Gewerkschaftsarbeit und die reform-kapitalistische SPD-Politik werden als Beleg für die Thesen aus der Thälmann-Remmele-Neumann-Periode der KPD, an der ein Teil der KB-Führungsgruppe sich orientiert, betrachtet, worin die SPD als 'Agentur der Bourgeoisie' dargestellt wird, die dann in Aktion treten muß, wenn die bürgerlichen Agenturen verbraucht sind und eine benötigt wird, die in die Arbeiterklasse hineinreicht. Der KB versucht folglich wie damals die KPD, SPD- und Gewerkschaftsführung zu *entlarven* und die Arbeitermitglieder so für sich zu gewinnen. Der KB ist vor allem nach Betriebs- und Branchenzellen (Grundeinheiten genannt) und Stadtteilgruppen, aber auch nach speziellen Interessen (Frauen) organisiert, in die man in der Regel erst aufgenommen wird nach der Mitarbeit in einer der 'Massenorganisationen' ('Initiativkomitee Arbeiterhilfe', 'Kreis Konsequenter Gewerkschafter', ...), die nicht als kommunistische Organisationen auftreten, in denen sich aber meist nach kurzer Zeit die Linie des KB durchsetzt (vgl. den Zerfallsprozeß des RBJ in Hamburg). Wie weit die innerorganisatorische Demokratie so fortgeschritten ist, daß das Leitende Gremium (LG) heute wählbar ist, bleibt ein Geheimnis des KB. Faktisch zählen die unseres Wissens 12 Mitglieder des LG größtenteils zu den Gründungsvätern.

Propagandistisch-agitatorisches 'Massenorgan' ist der 'Arbeiterkampf', der 14-tägig erscheint und dessen Stärke in der Informationsvielfalt, nicht aber in der Analyse liegt. Der Versuch einer eher politisch-prinzipiellen Klärung des Selbstverständnisses und der theoretischen Auseinandersetzung scheint, wenn man die Entwicklung von 'Unser Weg', dem 'theoretischen Organ' des KB, betrachtet, aufgegeben worden zu sein.

Betrachtet man den Besuch von Veranstaltungen und die Beteiligung an Demonstrationen, die vom KB zu aktuellen politischen Fragen initiiert werden, so ist festzustellen, daß er in Hamburg die stärkste Position unter den linken Organisationen hat.

Wir verzichten an dieser Stelle auf eine exakte theoretische Einschätzung des KB (Entwicklungstendenzen des Kapitalismus, Rolle des Staates, Faschismusverständnis, Handlungsmöglichkeiten der Bourgeoisie, Rolle der Befreiungsbewegungen, Revisionismusverständnis, SPD, etc.), da sie zu viel Raum einnehmen würde.

Erfahrungen im Umgang mit dem KB

Der folgende Erfahrungsbericht soll exemplarisch die Schwierigkeiten im Umgang mit dem KB aufzeigen. Die im Hamburger SB-Zusammenhang mitarbeitende Internationalismusgruppe hatte – im Gegensatz zu den meisten Hamburger SB-Gruppen – beschlossen, sich an einer Demonstration gegen das Vorster-Kissinger-Treffen im Juni in der BRD zu beteiligen, um möglichst eine große, von vielen getragene Aktion zu erreichen. Dem Aufruf des KB zu Aktionseinheits(AE)-Gesprächen waren zahlreiche Ausländergruppen, GIM, ESG und KBW gefolgt. DKB, KPD/AO und KPD/ML veranstalteten ihre eigenen Miniaturdemonstrationen. Es fanden 2 Sitzungen von jeweils 6 Stunden statt, die trotz mehrfachen Protests formal und inhaltlich vom KB bestimmt wurden. Dies ist möglich auf Grund des Informationsvorsprungs des KB (er unterrichtete uns über SB-Aktivitäten an anderen Orten) und wird durch machtpolitische Tricks abgesichert, denn an beiden Tagen sind so viele studentische und Frauengruppen des KB anwesend, daß schon ohne sympathisierende Ausländergruppen die Abstimmungsmehrheit des KB gesichert ist. Bekanntermaßen werden unterschiedliche Standpunkte beim KB nie außerhalb der Organisation geduldet.

Zu Beginn der Gespräche setzt der KB durch, daß unser Flugblattentwurf, nicht diskutiert wird (er selbst hat keinen), sondern die allgemeine Stoßrichtung an Hand einer Plattform. Dies ist nicht nur unserer Meinung nach zu grobschlächtig, ungenügend und fehlerhaft: Sie interpretiert das Treffen als Kriegsvorbereitung und enthält die KB-Position zu Angola ("Angola ist der Beherrschung durch den Imperialismus entrissen"). Es kristallisiert sich bald heraus, daß die Plattform nicht der Klärung der gemeinsamen Grundlage für die Aktion, sondern dem Ausschluß des KBW dient, weil sie von vornherein ein Zusammengehen mit dem KBW unmöglich macht. So wird mehrheitlich beschlossen, daß kein Mitglied der AE Forderungen gegen den Sozialimperialismus in die Demonstration hineintragen dürfe, was der KBW nicht akzeptieren kann, da der die Angolaposition des KB ablehnt.

Nachdem dieser *einzige* Punkt aus der Plattform abgestimmt ist, wird sie wieder fallengelassen, weil nun Übereinstimmung erreicht sei! Wir haben zusammen mit der GIM zwar gegen das undemokratische Vorgehen, diese Abstimmung überhaupt durchzuführen, protestiert, aber selbst der KBW will über seinen Ausschluß abstimmen.

Mit diesem glorreichen Ergebnis geht man nach Hause. Am zweiten Verhandlungstag sind trotz eines offenen Briefes der KB-Studenten, in dem sie zu einer breiten AE aufrufen, keine weiteren linken Organisationen vertreten. In diesem Brief heißt es übrigens umstandslos, *das* SB nehme auch teil.

Diesmal erscheint der KB mit einem Flugblatt, das nicht mehr gegen die imperialistische Kriegstreiberei gerichtet ist und auch die Vermittlungsproblematik beachtet. Aber die KB-Frauen legen alternativ ein (inakzeptables, platt agitatorisches und fehlerreiches) Flugblatt vor, das von den KB-Studenten unterstützt wird, weil es sprachlich besser und kämpferischer sei, die Empörung schüre ... Schnell ziehen wir unseren Entwurf zurück, damit die KB-Frauen dasselbe tun. Selbst die KB-Leitung spricht sich gegen ein KPD/ML-Flugblatt aus.

Wir diskutieren also den KB-Entwurf, an dem die GIM kritisiert, daß Südafrika als faschistisches Regime bezeichnet werde, denn sie habe bekanntlich einen anderen Faschismusbegriff als der KB und sei in einer AE nicht bereit, Positionen anderer Organisationen zu übernehmen. Es ginge um einen Minimalkonsens (und keine Unterord-

links

"links" 1976 gebunden!

Der Jahrgang 1976 von "links" (Nummern 73 - 83) liegt bereits gebunden vor. Die gebundene Jahrgangsausgabe kostet DM 30,–. Die Preise sind Selbstkosten, also Herstellungskosten der Zeitungen, Bindekosten (sehr stabiler Karton mit Leinenrücken) und Versandkosten. Die Lieferung erfolgt ausschließlich über unseren Verlag (also kein Buchhandelsvertrieb) gegen Vorauszahlung des Preises (Verrechnungsscheck beifügen oder Bestellung gegen Vorausrechnung). Erhältlich sind zur Zeit außerdem noch folgende früheren gebundenen Ausgaben: Jahrgang 1973 (enthält die Nummern 40-50 und ist nur noch in geringer Auflage vorrätig) zum Preis von DM 25,–; Jahrgang 1974 (enthält die Nummern 51-61), Preis ebenfalls DM 25,–; Jahrgang 1975 (enthält die Ausgaben 62-72) zum Preis von DM 30,–. Bestellungen an Verlag 2000 GmbH, 605 Offenbach 4, Postfach 591.

nung), der auch einen Pakt mit des Teufels Großmutter nicht ausschließe, wenn zum konkreten Punkt gemeinsame Forderungen bestünden. Unser inhaltlich für alle akzeptabler Kompromißvorschlag (terroristisches Regime mit faschistischen Methoden) wird vom KB abgelehnt, weil es wichtiger sei, die Sache beim Namen zu nennen, als die GIM in der AE zu haben: Die GIM liege weltweit falsch, denn die sich entwickelnde *Generallinie* sei *Faschismus gegen Sozialismus.* Hier liege – wie zum KBW – ein *antagonistischer Widerspruch* vor, denn der KB vertrete, wie sich auch hier bei den Abstimmungen zeige, die *Massenlinie.*

Die Abstimmung über dieses angebliche *Essential* führt zum Ausscheiden der GIM. Inhaltlich können wir zwar nicht der GIM zustimmen, aber die Vorgehensweise, die sich nicht gegen uns wendet, sondern gegen die dem KB *zur Zeit* mißliebigen Organisationen, erregt – leider nur – unseren Protest. Resigniert und abgeschlafft unterschreiben wir und überlassen dem KB freiwillig die Organisation der Demonstration. Wir sind halt Amateure.

Einige allgemeine Anmerkungen sollen den Bericht erzänzen:

1. Der KB ist zur Zeit zumindest taktisch auf eine Zusammenarbeit mit dem SB eingestellt, die besonders bei größeren Aktionen sehr wohl möglich und sinnvoll ist, wenn wir selbst in der Lage sind, Bedingungen zu setzen, und wenn wir uns nicht durch Druck oder Tricks KB-Positionen aufzwingen lassen. Hat man der Machtposition des KB nichts entgegenzusetzen, wird man zu seinem Vollzugsgehilfen gemacht. Es ist aber falsch, den KB einfach als K-Gruppe abzutun, weil er eine ernstzunehmende, lernfähige Organisation mit vielen guten Genossen ist, von denen auch wir (z.B. in puncto Einsatz oder Standfestigkeit) lernen können. In seinem konkreten Bündnisverhalten muß der KB noch viel von der alten, bei Stalin ausgeprägtesten Tradition bürgerlicher Machtpolitik mit autoritärem Beherrschungsstreben, Konkurrenzverhalten und Ausgrenzungsmechanismen ablegen, aber wir dürfen deshalb nicht in schlicht antikommunistische Ablehnung verfallen, denn auch wir sind nicht frei von derartigen Mechanismen.

2. Der KB hat noch nicht begriffen, daß wir ein anderes Organisationsprinzip verfolgen und kein einförmiger Block sind, der immer nur mit einer Stimme spricht. So macht er den Fehler, unseren Arbeitsausschuß mit seiner Leitung gleichzusetzen, obwohl er weiß, daß wir ein Zusammenschluß von zahlreichen Gruppen und Einzelkämpfern sind. So verwundert ihn, daß "das Prinzip der Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit *möglicherweise*" noch nicht verwirklicht sei, obwohl er weiß, daß wir den "Demokratischen Zentralismus" ablehnen, einerlei ob stärker demokratisch wie bei den Trotzkisten oder zentralistisch wie bei den Maoisten. Im KB hat sich schon häufiger die Mehrheit unterordnen müssen. Uns geht es jedoch um eine Organisation, in der die Entscheidungsstrukturen nicht von oben nach unten verlaufen und die hierarchischen Befehlsstrukturen kapitalistischer Gesellschaft nicht reproduziert werden.

3. Der KB ist einer der eifrigsten Propagandisten von Aktionseinheiten, ohne dazu in gleichem Umfang fähig zu sein, da es ihm vorrangig um die taktische Verbesserung seiner Position geht (eine Art Unterschriftensammlung). Eine Aktionseinheit mit dem KB hält häufig nur so lange, wie sie von ihm dominiert wird. Es gibt neuerdings auch andere Erfahrungen. Der KB hat starke Ausgrenzungsmechanismen und setzt seine Position über das Majorisieren von Veranstaltungen durch, wo die "Konkurrenz" sogar schon demagogisch niedergeschrieen wurde. Er tut auch viel dafür, Differenzen innerhalb der Linken aufzudekken, indem er überall "antagonistische Widersprüche" herausarbeitet und einen Schwerpunkt seiner Arbeit auf die "Kritik" linker Gruppen legt. Desto geringer ist das Differenzierungsvermögen innerhalb der Bourgeoisie.

Einschätzung der Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit des KB

Die Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit ist ein Knotenpunkt der Politik des KB und für ihn selber das Zentrum seiner Strategie. Der KB behauptet die Notwendigkeit, politisches Klassenbewußtsein durch eine kommunistische Partei, als deren Vorläufer er sich betrachtet, in die Arbeiterklasse hineinzutragen. Das führt mitunter auch dazu, daß KB-Genossen vor Betrieben Flugblätter verteilen, ohne in diesen Betrieben eine nennenswerte Basis zu haben. Allgemein propagiert der KB die Arbeit in der Gewerkschaft, seine zentrale Parole ist: "machen wir die Gewerkschaften zu Kampforganisationen der Arbeiterklasse". (AK 40, S. 8)

"Das bedeutet beim jetzigen Stand, Kampf um eine mehr an den Arbeiterinteressen orientierte Politik, Kampf um die betriebliche Gewerkschaftsorganisation (Vertrauensleute), Kampf um die innergewerkschaftliche Demokratie, Kampf gegen die von der Bourgeoisie gekauften Gewerkschaftsführer, Kampf gegen die Ausschlüsse, Organisierung der Ausgeschlossenen, Kampf um die Gewerkschaftseinheit gegen die von der Bourgeoisie gekauften Führer". (AK 40, S.8)

Der KB betont dabei immer wieder, daß er nicht die Illusion hat, "dieses Ziel innerhalb der bestehenden DGB-Gewerkschaften zu erreichen". (AK 40, S.8). Er ist davon überzeugt, daß die Gewerkschaftsführung auf eine Spaltung hinarbeitet, sobald der Einfluß der Kommunisten in den Gewerkschaften bedeutsam zu werden droht. In der Einschätzung des KB ist die "Eroberung der Gewerkschaften" nicht möglich, da die von der Bourgeoisie gekauften Gewerkschaftsführer nicht abwählbar sind, und zwar deshalb, weil die Gewerkschaften in sich undemokratisch sind und die Gewerkschaftsführer keine demokratischen Spielregeln, sondern nur den Auftrag der Bourgeoisie anerkennen.

Er lehnt eine RGO-Politik (Revolutionäre Gewerkschaftsopposition) ab, "weil dadurch der Eindruck erweckt wird, als würden die Kommunisten von sich aus die Spaltung der Gewerkschaften anstreben" (AK 40, S.7), trotzdem wird gefolgert, "daß sich die Bildung gewerkschaftsoppostioneller Gruppen und Organisationen langfristig zwingend als Aufgabe stellt, unmittelbar heute schon dort, wo Mitglieder ausgeschlossen werden oder wo die Gewerkschaftsführung die Gewerkschaften spaltet". (AK 40, S.7) Die Praxis des KB zeigt, daß er den Aufbau einer eigenen einheitlichen revolutionären/kommunistischen Kampffront in den Betrieben neben den gewerkschaftlichen Organisationen anstrebt. So existiert zum Beispiel im Bereich der Gewerkschaft HBV der "Kreis Konsequenter Gewerkschafter". Das birgt die Gefahr der Loslösung von der Masse der Lohnabhängigen in sich.

Über diese Konzept muß angesichts der herrschenden Gewerkschaftspolitik auch im SB diskutiert werden. Aber eines steht fest: Es geht nicht um Bekenntnisse zu dieser oder jener Organisation, sondern darum, für die gegenwärtigen und in der weiteren Auseinandersetzung zu erwartenden Bedingungen Formen organisierten politischen Handelns zu entwickeln. Diese müssen sich gleichermaßen an zwei Zielsetzungen orientieren: erstens am Ziel einer möglichst einheitlichen Aktion der Arbeiterklasse, zweitens am Ziel selbständigen und selbstbewußten politischen Verhaltens. Abzulehnen ist jede Art politischer "Stellvertretung".

Die Praxis des KB im Gewerkschaftsbereich wird stark durch eine "Entlarvungsstrategie" bestimmt. So wird innergewerkschaftliche Arbeit, die mit kleinen Schritten die Lohnabhängigen in ihren Gewerkschaften stärker macht, von den KB-Genossen zu wenig praktiziert. Stattdessen wird das Schwergewicht darauf gelegt, politische Themen, die nicht aus den praktischen Erfahrungen und Zusammenhängen der Gewerkschafter erwachsen, aber die vom KB als wichtig angesehen werden, in die tägliche Gewerkschaftsarbeit hineinzutragen. Wir bezweifeln nicht die Wichtigkeit von allgemeinpolitischen Themen für die Gewerkschaftsbewegung. Aber wir sehen zwei Gefahren: Erstens mißlingt häufig die Vermittlung, zweitens bleibt zuwenig Energie für die Durchsetzung vorrangig gewerkschaftlicher Ziele.

Im Rahmen ihrer Entlarvungsstrategie kommt es in der Auseinandersetzung mit fortschrittlichen Kollegen oft zu besonders scharfen Konfrontationen, in denen diese Kollegen von den KB-Genossen heftiger bekämpft werden als eindeutig reaktionäre Gewerkschafter.

Die hauptsächliche Ausrichtung auf die Entlarvung ist auch ablesbar an den Inhalten der Branchen- und Betriebszeitungen der KB. Hier wird immer wieder pauschal die Gewerkschaftsführung der Zusammenarbeit mit dem Kapital bezichtigt, als arbeiterfeindlich entlarvt, weil sie eben Agent der Bourgeoisie ist. Die Ideologie des KB schlägt hier so durch, daß er Gewerkschaftspolitik und Arbeiterbewußtsein nicht mehr richtig analysiert. Anstatt die Aktivitäten der Mitglieder in den Gewerkschaften zu entfalten und diese dadurch in ihrer Kampfkraft zu stärken, versucht er, die Kollegen auf die Oganisation KB zu orientieren. Es wird zur Mitarbeit in Arbeitskreisen und Initiativen aufgefordert, in denen dann ständig mit dem "Arbeiterkampf" und KB-Flugblättern agitiert wird, ohne daß diese Arbeitskreise und Initiativen als KB-bestimmt gekennzeichnet sind.

Anläßlich einer Betriebsratswahl bei der TEXACO fanden sich KB-Genossen und andere Linke zu einer oppositionellen Kandidatenliste zusammen. Der KB veröffentlichte das im "Arbeiterkampf" als einen seiner Erfolge, worauf die anderen Linken ihre Kandidatur zurückzogen. Innerbetriebliche und gewerkschaftliche Reaktionen lassen sich denken. So ist auf Absprachen in der Gewerkschaftsarbeit mit dem KB oft wenig Verlaß, da z.B. Material, das für die innergewerkschaftliche Diskussion bestimmt ist, plötzlich in KB-Publikationen veröffentlicht wird. Daß Material dadurch teilweise wertlos wird und Kollegen gegen ihren Willen in die Nähe des KB gerückt werden, zählt nicht. Wir sind der Meinung, daß eine *umfassende* Zusammenarbeit mit dem KB im Bereich Betrieb und Gewerkschaft zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht möglich ist, ohne wesentliche eigene Positionen aufgeben zu müssen. Das schließt nicht aus, daß wir im Einzelfall mit KB-Genossen zusammenarbeiten. Ansätze hierfür, die stark praxisbezogen und durch die betrieblichen und gewerkschaftlichen Notwendigkeiten erforderlich sind, bestehen auch hier und da. Vorsicht ist dabei geboten – Erfahrungen müssen gemacht werden.

Die vorliegende Einschätzung ergibt sich aus den Erfahrungen, die die Hamburger Genossen aus dem Arbeitsfeld Betrieb und Gewerkschaften gewonnen haben. Sie läßt sich mehr oder weniger auf die anderen Arbeitsfelder übertragen, wobei deren spezifische Bedingungen allerdings eine Rolle spielen, denn sozialistische Politik unterliegt zum Beispiel an den Hochschulen geringeren Repressionen als im Betrieb, so daß eine Zusammenarbeit mit der Studentenorganisation des KB zwar nicht einfacher, aber eher möglich ist.

Pflasterstrand ist da! HURRA!

Einzelex. 2 DM
In vielen linken Buchläden der BRD!

ZEITUNG DER SPONTIS UND LINKSRADIKALEN IN FRANKFURT

Jetzt gibt es sie endlich: Pflasterstrand soll ab Januar 14-tägig erscheinen. Sie soll das, was sich in Frankfurt an Bewegung abspielt, nach innen und außen transparent machen. Sie soll das Spektrum von der Alternativbewegung bis zum Widerstand auf der Strasse thematisieren. Themen: Linke Kultur, Zentren, Männer- Frauenproblematik, Kinder und Genossen, Ökologie, Gegenökonomie, Landkommunen, alternative Ernährung, Medizin und Therapie u.v.m.

Die Nummer 1 ist am 8. Dezember erschienen.
KONTAKTADRESSE: 6 Frankfurt/Main, Kurfürstenstr. 16 (Hinterhof) c/o Kulturzentrum. Schreibt uns doch mal!

Gefahren der Dialektik

Zur neuen Diskussion der Sowjetgesellschaft

Manfred Scharrer

Die Biermann-Ausbürgerung hat erneut ein zentrales Problem der sozialistischen Linken in der Bundesrepublik und im Westen deutlich gemacht: mehr als reaktionäre Parolen und Verleumdungen sind die Taten der Herrschenden im sogenannten realen Sozialismus geeignet, den Sozialismus und Kommunismus im Bewußtsein der Massen zu diskreditieren. Zu den dunkelsten Kapiteln des „realen Sozialismus" gehören die „Arbeits- und Erziehungslager" in der Vergangenheit, aber auch noch in der Gegenwart. Ihre Realität hat mehr als alles andere dazu beigetragen, den Sozialismus als eine Form der Barbarei erscheinen zu lassen. Dies wirkt sich, darüber müssen wir uns im klaren sein, in der Bundesrepublik aufgrund der Spaltung Deutschlands mehr als in den meisten Ländern aus.

Die sozialistische Linke hierzulande hat dieses Problem großenteils verdrängt. Sie sprach und spricht auch heute oft noch verschämt von „kritischer Solidarität" mit der Sowjetunion, das heißt mit der Sowjetbürokratie (vgl. dazu auch die These 62 in den „Thesen des Sozialistischen Büros"). Die Lebensbedingungen der Unterdrückten und Beleidigten gehen dabei im Schweigen unter. Dieses Problem anzugehen, soll der folgende Beitrag, den wir dem „Langen Marsch" (Nr. 23, September 1976) entnehmen, erneut anregen, obgleich er die in „links" in den Jahren 1973 und 1974 geführte Diskussion über die Sowjetgesellschaft verkürzt, unsolidarisch und teilweise schlicht falsch widergibt. Die Personalisierung auf Brecht und Bloch läßt darüber hinaus die politisch folgenreichen Diskussionen über die Sowjetunion (z. B. in den zwanziger Jahren: Korsch, Lukács, Pannekoek u. a.; in den vierziger und fünfziger Jahren: Merleau-Ponty, Sartre u. a.) unberücksichtigt. Trotz dieser gewichtigen Einwände glauben wir, daß dieser Beitrag die überfällige politische Diskussion über den „realen Sozialismus" vorantreiben könnte.

„links"-Redaktion

Ausgangspunkt: Ein Sozialismus mit Arbeitslagern und psychiatrischen Anstalten für Oppositionelle ist kein Sozialismus!

These: Die Stalinschen KZs sind der Schlüssel zum Verständnis der Sowjetunion.

Frage: Was treibt westeuropäische marxistische Intellektuelle dazu, in der Sowjetunion eine sozialistische Gesellschaft zu vermuten?

Thema: Der Marxismus als Legitimationsideologie für ein terroristisches anti-proletarisches Herrschaftssystem.

Warum eignete sich der Marxismus, genauer der Marxismus/Leninismus, als Legitimationsideologie für ein Herrschaftssystem, das die gesellschaftlichen Beziehungen der Arbeiter überwiegend terroristisch, d. h. mit Polizeigewalt, herstellt – warum eignet er sich für das genaue Gegenteil von dem, was Marx als Kern einer sozialistischen Gesellschaft bezeichnete: die freie und bewußte Assoziation der Produzenten? Marx ist kein Marxist, schon gar kein Marxist/Leninist. Davon geht auch Glucksmann aus. Wenn er von Marxismus spricht, meint er also die sozialistische Theorie, wie sie von Kautsky und vor allem Lenin dann formuliert worden ist. Es ist dieser Marxismus, der nicht von den Stalinschen Lagern zu trennen ist: „Unmöglich, einen Marxismus in Ruhe zu lassen, aus dem Lagerwärter, ob Bürokraten oder nicht, ihre Überzeugungen gewinnen."

Dieser Marxismus ist auch heute bei den Sozialisten der Neuen Linken noch längst nicht überwunden. Er bindet diese undogmatische, parteiunabhängige Linke immer noch an die Geschichte der Lagerwelt, an die modernen psychiatrischen Anstalten für Oppositionelle. „Dieser Knoten wird immer enger und bindet uns an die schlechte Seite, an die der Henker." Diesen Knoten zu zerschlagen, ist das Anliegen von Glucksmann.

Die revolutionäre Seite – wo diese Linke stehen will und für die es zu kämpfen gilt –, ist die Seite der Beherrschten, der Ausgebeuteten, der Entwürdigten, das ist die Seite ihres Widerstandes. Sozialistische Theorie kann nur hier ihren Bezugspunkt haben.

In der Nach-Oktober-Zeit trat nun diese Theorie zunehmend zur Rechtfertigung einer angeblich notwendigen Unterdrückung der Arbeiter und Bauern auf. Dazu waren dann allerdings einige Umdeutungen der Marxschen Theorie notwendig. Lenin hat hier entscheidende Vorarbeiten geleistet: Er bringt es fertig zu behaupten, daß „es entschieden keinerlei Widerspruch (gibt) zwischen dem sowjetischen (d. h. dem sozialistischen) Demokratismus und der Anwendung der diktatorischen Gewalt einzelner Personen." (1) Gleichermaßen ist für ihn die Diktatur des Proletariats identisch mit der Diktatur der Partei. Dieser Marxismus, der dann einem Stalin sehr gelegen kam und von ihm als Marxismus/Leninismus kanonisiert wurde, ermöglichte ihm, seine Diktatur als Diktatur des Proletariats, als Sozialismus auszugeben.

Schließt man sich dieser offiziellen Meinung an, dann heißt dies, die Arbeiter und Bauern sperren sich selber in Lager ein und lassen sich zu Hunderttausenden von der GPU abmurksen. Solches Verhalten ließe dann nur den Schluß zu: „Dieses Volk ist eine Ausgeburt an Doofheit." So dumm ist kein Volk. Das Stalinsche Herrschaftssystem kann deshalb nur bedeuten: Es gibt eine neue Herrenklasse, die die Produzenten weiter unterdrückt und ausbeutet. Historisch neu an dieser antiproletarischen Herrschaft ist, daß sie nicht über das Wertgesetz organisiert wird (Glucksmann ist hier anderer Meinung) und daß sie sich rechtfertigt mit der Theorie derjenigen, die sie unterdrückt. Der Marxismus/Leninismus und damit sozialistische Theorie wird auf diese Weise verknüpft mit den Leichenfeldern des Archipel Gulag. Der Marxismus wird zur Herrschaftsideologie. Damit wurde gleichzeitig dem arbeitenden Volk eine revolutionäre Sprache genommen. Der plebejische Widerstand, die revolutionäre Seite, konnte nur noch anti-marxistisch sein.

Glucksmann begreift in diesem Zusammenhang die Bücher von Solschenizyn: „Ein Tag im Leben des Iwan Denissowitsch", „Der erste Kreis der Hölle" und „Archipel Gulag" als plebejische Kritik. Diese Kritik steht auf der Seite des Widerstandes. Auch der Marxist Lukacs sieht darin den Kern von Solschenizyns Arbeiten, ohne daß er jedoch die logische Folgerung auf das Gesamtsystem zu ziehen wagt. Seine These lautet deshalb: Sozialismus trotz KZ.

Diese Formel, vielfältig variiert, mit zum Teil schwindelerregenden Begründungen, kennzeichnet die Haltung der meisten kritisch-marxistischen Intellektuellen Westeuropas bis heute. Die Unglaubwürdigkeit, die sie sich damit einhandeln, das Mißtrauen der proletarischen Schichten ihnen gegenüber, besteht zu Recht. Ihr kritischer Marxismus ist immer noch nicht auf der Widerstandsseite.

Was sind die Ursachen für diese Haltung?

Eine Antwort: Die Dialektik macht's möglich.

Schon Hegel erlaubte sie, den preußischen Staat auch als Ausgeburt der Vernunft zu sehen. Dem entsprach sein Haß auf den „gesunden Menschenverstand", der ja vor allem dem einfachen Volke eigen ist, und dem natürlich eine solche Sicht verschlossen blieb.

Als ein Meister der Dialektik in unserem Zusammenhang: in der Sowjetunion herrscht ein Trotz-alledem-Sozialismus, muß Bert Brecht genannt werden: „Über Volksherrschaft: Zu der Zeit der großen Umwälzung, sagte Me-ti, eroberten Mi-en-leh (Lenin) und seine Freunde soviel Macht, als sie Menschen überzeugten. Die Befehle Mi-en-lehs waren kurz gefaßte Überzeugungen. Mi-en-leh konnte nicht sagen, die Übermacht seiner Gegner zwinge ihn, zu befehlen. Sie zwang ihn, zu überzeugen. Ni-en (Stalin) hatte weniger Gegner und befahl." Noch eindringlicher ist das folgende Beispiel Brechtscher Dialektik: „Die Widersprüche in SU: Der Entschluß des Vereins in SU, die Große Ordnung zu verwirklichen, liegt wie ein Alpdruck auf dem Volk von SU. Die fortschrittlichen Tendenzen bringen die Leute zum Stolpern. Das Brot wird mit solcher Wucht ins Volk geworfen, daß es viele erschlägt. Die segensreichsten Einrichtungen werden von Schurken geschaffen, und nicht wenige tugendhafte Leute stehen dem Fortschritt im Wege." (2)

Wolfgang Haug bezeichnet das „Buch der Wendungen", dem die obigen Beispiele entnommen sind, als ein „kasuistisches Lehrbuch über objektive Dialektik und zugleich über Dialektik als Methode des Begreifens und Sagens und als politische Verhaltensstrategie." Dies drückt sich bereits im Titel aus. Dieser „Titelbegriff ‚Wendungen', der ein Programm beinhaltet, faßt beides zusammen: die Wendigkeit, zu der die Individuen genötigt sind, um ihrer Vernichtung zu entgehen, und die Wendungen im Prozeß der Geschichte." (3) Er vergaß hinzuzufügen, daß selbst diese Wendungen Brecht in dem von ihm besungenen Land der ‚großen Ordnung' das Genick gebrochen hätten – Lukacs hatte hier schon das Urteil gesprochen – und daß Brecht es deshalb auch vorzog, im Land der unbegrenzten Möglichkeiten den Faschismus zu überleben. Zynisch an der Dialektik von Brecht ist, daß sie nur eine private Verhaltensstrategie abgibt, und zwar auf Kosten derjenigen, die diese Dialektik nicht beherrschen oder schlimmer: selbst wenn sie diese Dialektik beherrschen würden, könnten sie nicht die entsprechenden Verhaltensstrategien daraus ziehen. Gemeint sind diejenigen, die durch die Stalinschen Exekutionskommandos und Lager umkommen und nicht durch Brot, wie Brecht es formuliert. Was ist das für eine Dialektik, die den Terror der GPU und die Lager als Brot bezeichnet? Auf wessen Seite steht diese Dialektik?

‚Die Sowjetunion war vom Faschismus bedroht.' – Alle Kritik an der Sowjetunion wurde als Unterstützung des Faschismus gesehen. Nicht nur Brecht, dessen Dialektik

oftmals von süddeutscher Bauernschlauheit bzw. Schlitzohrigkeit nicht zu unterscheiden ist – auch Ernst Bloch, der Philosoph für die Unterdrückten und Beleidigten, akzeptiert diese Mechanik.

Dieses taktische Argument bringt jedoch keine Erklärung für das Verhalten von Brecht oder Bloch. Bloch rechtfertigt die Schauprozesse, noch dazu in der ihm völlig fremden Sprache der Stalinisten: „Sie (Bucharin, Rykow und ihresgleichen) haben ein großes Spiel gegen die Partei gespielt, sie haben sich mit dem faschistischen Teufel verbündet, um das Spiel zu gewinnen, und haben es verloren. Sie sind politische Verbrecher und Schädlinge großen Ausmaßes geworden und gestehen dies auch ein, aber sie sind keine Kriminellen üblichen Stils." (4)

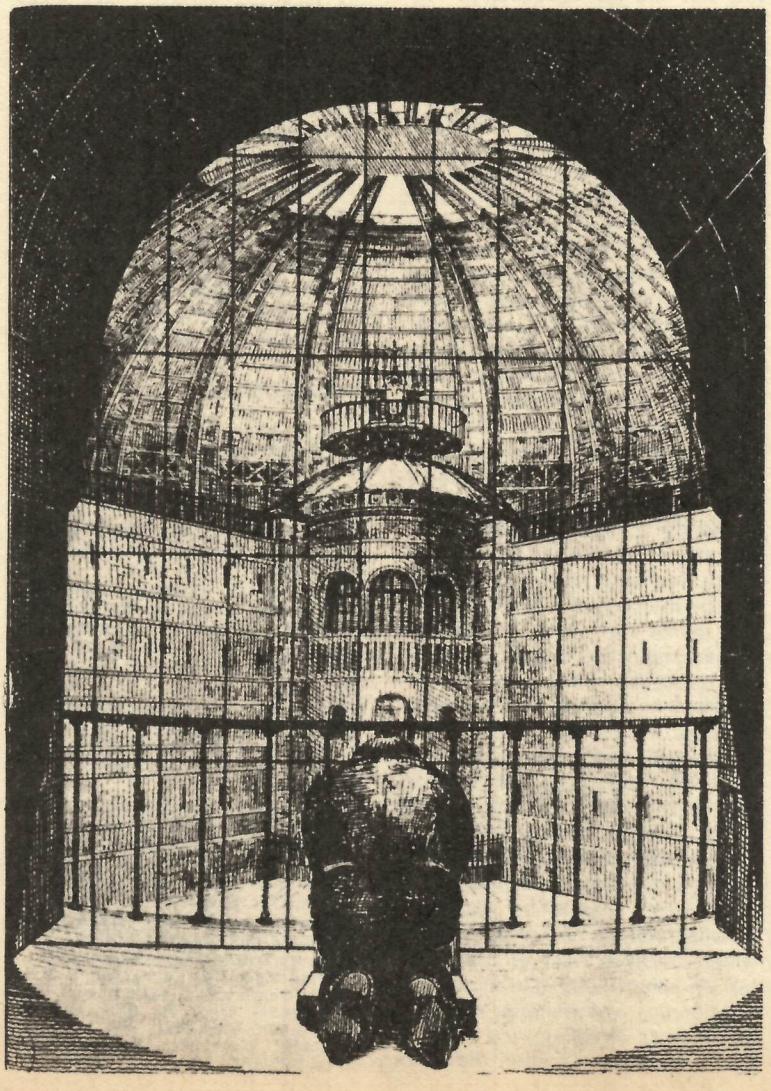
Das absurde Geständnis von Bucharin wird Bloch über die Hegelsche Kategorie des „unglücklichen Bewußtseins" verständlich und für bare Münze genommen. Noch im „Prinzip Hoffnung" stellt Bloch Stalin in eine Reihe mit Marx und Lenin: „Und Stalin, mit gleicher Energie, gleicher Liebe zu Weisheit, also gleicher Philosophie, . . . " (5). Erst mit dem XX. Parteitag beginnt seine radikale Kritik: „Aber der Fall darf auch weiter nicht auf einen einzigen Mann abgeschoben werden. Und das zu kurz, zu bündig, zu übertrieben, zu sehr nur verwirrender Sturz nach betäubender Höhe. Denn purste Bestialitäten ohne alles barbarische Beiwerk von Personenkult waren, wie erst der 20. Parteitag nach draußen ans Licht brachte, außerhalb der Schauprozesse jene Millionen lautloser Morde durch ganz Rußland hindurch, an kleinen Leuten, gutgläubigen Kommunisten, Unschuldigen, Hilflosen, nichts als Opfern." Doch auch jetzt noch hält er daran fest: „Die erkannten Barbarismen und himmelschreienden Bestialitäten können nicht dazu führen, daß man (was allen Antimarxisten ja so gelegen käme) den in Rußland begonnenen Sozialismus mit der Person Stalins, gleichsam im negativen Personenkult, so übel zusammenfallen läßt." (6) Erst sehr viel später – dazwischen liegt sein Berufsverbot in der DDR, der Mauerbau und sein Bleiben im Westen und der Einmarsch der Roten Armee mit Verbündeten in den marxistisch-plebejischen Prager-Frühling – formuliert er gegen die Lukacs-These: „Der schlechteste Sozialismus ist immer noch besser als der beste Kapitalismus.": „Der schlechteste Sozialismus ist eben kein Sozialismus mehr und ist weiter vom Sozialismus entfernt als der armseligste, lahmste Reformismus. Dann kann man sogar, wenn man die Bonner Wahl hat, liberale Scheißer vorziehen, um den Terminus technicus von heute zu gebrauchen. Der schlechteste Sozialismus, also die Arbeitslager, in die Stalin die Leute geschickt hat, ist halt keiner mehr. Wenn Sozialismus nicht gut ist, ist er kein Sozialismus." (7)

Ernst Bloch, der entschiedene marxistische Anti-Herrschaftsphilosoph, marschierte – sicherlich im aufrechten Gang – lange Zeit auf dem falschen Weg. Er selbst fragt jetzt: „Hat sich der Marxismus oder vieles oder das meiste oder einiges – das muß immer untersucht werden – im Marxismus bis zur Kenntlichkeit oder nur bis zur Unkenntlichkeit verändert? Wenn sich's bis zur Unkenntlichkeit verändert hat, läßt sich die Sache klarstellen nach kurzer Zeit. Wenn sich's bis zur Kenntlichkeit verändert hat, liegen im Marxismus bereits Prämissen, die hier Konsequenzen gefunden haben, dann ist es nicht nur eine Abirrung vom Wege." (8) Oskar Negt fragt anläßlich der Blochschen Rechtfertigung der Moskauer Prozesse noch in anderer Richtung: „Ist das Verhalten Blochs gegenüber den Stalinschen Prozessen Ausdruck der Struktur seines Denkens oder Produkt des Identitäts- und Realitätsbedürfnisses eines revolutionären Intellektuellen, der die Parteilichkeit eines moralischen Materialismus ernst nimmt?" (9) Negt versucht keine Antwort auf diese Frage – diese zu geben steht wohl Ernst Bloch selbst zu.

Fragen wir uns selbst, warum wir in der Sowjetunion gegen alle Empirie des staatlichen Terrors gegen die produzierenden Schichten einen Trotz-alle-dem-Sozialismus behaupten?

Eine Erklärung ist unsere verkürzte theoretische Einsicht: Sozialismus ist die Abschaffung des privaten Eigentums an Produktionsmitteln – verbunden mit der Möglichkeit, die gesellschaftliche Produktion nun rational zu bestimmen, d. h. nach den Bedürfnissen der Produzenten. Die große Oktoberrevolution, die ja tatsächlich die alten Herren zum Teufel jagte, mündete in den Stalinismus, in ein neues und zwar ausgesprochen terroristisches Herrschaftssystem über die Produzenten – politisch und ökonomisch. Bloch ist weiter fasziniert vom „vortrefflichen Plan" von der „Prozeßbeherrschung". Brecht schwelgt von der „großen Ordnung". Wir verweisen auf die historischen Notwendigkeiten dieses unterentwickelten Landes.

Nur sehr langsam wird erkannt, daß die Abschaffung des privaten Eigentums an Produktionsmitteln nicht identisch ist mit der Schaffung sozialistischen Eigentums, mit der Aneignung der Produktionsmittel durch die Produzenten selbst; wird erkannt, daß die staatliche Eigentumsform, die entsteht, weiter die große, freie und bewußte Assoziation der Produzenten verhindert und eine neue Herrschaftsschicht hervortreibt. Der Plan dieser neuen Herren folgt nicht den Bedürfnissen der Produzenten, ist deshalb auch nicht „Prozeßbeherrschung", muß deshalb mit Polizeigewalt den Produzenten aufgezwungen werden. Dieser Plan knechtet die Produzenten stärker und brutaler als es das Wertgesetz in einem bürgerlich-kapitalistischen System tut. Die herrschenden Klassen hier haben deshalb „das unverdiente Glück, daß ihre ‚demokratischen Freiheiten'



Verlag Neue Kritik

Herausgegeben und kommentiert von F. Böckelmann und H. Nagel. Mit Beiträgen von R. Dutschke, R. Gasché, D. Kunzelmann, B. Rabehl u. v. a.
484 Seiten mit Dokumenten, Flugblättern und Collagen, DM 29,80

Subversive Aktion war der Name einer Gruppe, die zu Beginn der 60er Jahre Kritik- und Aktionsformen entwickelte, die nach der Unterwanderung des SDS zur Auslösung der antiautoritären Revolte in der Bundesrepublik führten.

132 Seiten, DM 8,80

Dieser Band enthält nicht nur umfangreiches Material über das Zustandekommen von Verfassungsschutz-Dossiers, sondern untersucht vor allem auch die soziopsychischen Reaktionsmuster der potentiell Betroffenen.

Mit einer historischen Skizze von Joachim Schumacher, 512 Seiten, DM 29,80

Verlag Neue Kritik 6000 Frankfurt Myliusstrasse 58, (0611) 72 75 76

Verlag Association GmbH

Reihe POLITISCHE ÖKOLOGIE
Materialien zu Umwelt und Gesellschaft

Murray Bookchin
Umwelt und Gesellschaft
Erschienen 1976, 38 S., 4,–

Materialiensammlung zur
H. Strohm **Gefährdung der Bevölkerung durch Atomkraftwerke**
Erschienen 1974, 62 S., 4,–

Das Risiko Kernenergie H. Strohm, Hrsg.
Erschienen September 75, 98 S., 6,–

H. Strohm, Hrsg.
Biologische Schäden durch Atomkraftwerke und energiereiche Strahlen
Erschienen 1976, 126 S., 7,–

Schnelle Brüter und Wiederaufbereitungsanlagen
Erscheint 76, ca. 100 S., ca. 7,–

Autorenkollektiv Emsland
Absolute Sicherheit oder verbrannte Erde
Der Kampf gegen die Atommülldeponie im Emsland
Erscheint Ende 1976, ca. 90 S., ca. 7,–

Kein Atomkraftwerk in Brokdorf oder anderswo
Erscheint Herbst 1976, ca. 80 S., ca. 4,–

Umweltschutz in China Holger Strohm, Hrsg.
Erscheint 76, ca. 60 S., ca. 6,–

Friedlich in die Katastrophe
Eine Dokumentation über von H Strohm Kernkraftwerke
3. Aufl., 500 S., zahlr. Abb. 16,–

2 Hamburg 13
Postfach 13 22 51
(040) 41 74 84

sogar anfangen zu leuchten auf der Folie von Unfreiheit, wie sie im Ostblock nun verewigt wird und durch kein Tauwetter von Dauer bisher unterbrochen wurde." (10)

Die verkürzte ökonomistische Marxrezeption, die logische Faszination des Planes, treibt sich auch bei den Marxisten, die aus der Neuen Linken hervorgingen, weiter um. Angesprochen sind hier diejenigen, die nicht bereits eine offene Komplizität mit dem „größten Sklavenstaat der Geschichte" eingegangen sind, wie z. B. die Marxisten vom Projekt Klassenanalyse – einer jungen Westberliner Akademikergruppe – die den Stalinschen Terror als „Auswüchse und dogmatische Verzerrungen während zwanzig Jahren sowjetischer Politik" (11) umschreiben; angesprochen sind vielmehr die kritischen Marxisten, wie sie sich im Sozialistischen Büro oder auch auf dem linken Flügel der SPD organisiert haben. Elmar Altvater, ein Theoretiker des SB, behauptet unter Absehung der politischen Ökonomie des Arbeitslagers, daß die staatliche Planung bereits die unmittelbar gesellschaftliche Planung der Produktion bedeutet: „Die Naturbeherrschung im gesellschaftlichen Arbeitsprozeß erfährt somit eine neue Dimension, insofern als sie unmittelbar gesellschaftlich und nicht mehr privat vermittelt erfolgt." (12) Mit diesem Marxismus, der begrifflich einen Sozialismus in der SU unterstellt, aus politischem Schamgefühl aber von „Übergangsgesellschaft" spricht, kommt das SB nicht auf die Seite der Ausgebeuteten und Unterdrückten. Hier bleibt die These von Glucksmann bestehen: „Und wenn die UdSSR sozialistisch ist, auch nur ein Quentchen, dann ist der Sozialismus ein schöner Traum, dann können die Manager im Westen die Zeit für heiße Würstchen und kalte Verzweiflung einprogrammieren."

Bedeutet dieser intellektuelle Marxismus jedoch eine Komplizenschaft mit dem staatlichen Herrschaftssystem?

„Unsere Vorliebe für gelehrte theoretische Definitionen steht direkt proportional zu unserer Verachtung der Leiden der russischen Plebs und zu unserer gewollten Unwissenheit über ihren Widerstand. Das führt zu dem Verdacht, daß es zwischen der westlichen Elite und dem modernen Staat eine solche Komplizität gegenüber der Plebs gibt, daß sie noch nicht einmal mehr aneinander zweifeln können. Wenn der Staat seine Konzentrationslager sozialistisch nennt, dann heißt der Karpfen Hase." Für Glucksmann liegt der Barrikadenwechsel der marxistischen Theorie, von der Seite des plebejischen Widerstandes auf die Seite neuer antiplebejischer Herrschaftssysteme, in der Staatsauffassung: Marx muß hier wieder vor den Marxisten in Schutz genommen werden: „Daß der Sozialismus von den Führern bis zu den Massen herabsteigt, vom Staat bis in die Gesellschaft hineingetragen wird, war keine

Idee von Marx, doch gleich nach seinem Tode wird sie zum Leitgedanken der deutschen Marxistenführer."

Die selbstkritischen Überlegungen von Ernst Bloch zeigen in die gleiche Richtung: Die Abschaffung des Privateigentums bringt noch keinen Sozialismus. „Aus solcher Erfahrung folgt, daß die Abschaffung des Privateigentums von der Abschaffung der staatlichen Allmacht begleitet sein muß, und dies ist ein ganz kleiner Tribut, den der Marxismus Bakunin zu zollen hat." (13) Eine große Überraschung sind die Folgerungen, die Glucksmann aus seinen Überlegungen zieht: die Seite der revolutionären Theorie ist der Widerstand der Unterdrückten. Das Ziel, das sich in diesem Widerstand ausdrückt, ist der Wunsch, „nicht mehr unterdrückt zu sein." Glucksmann meint nun, dieser Wunsch „erscheint als ein bloß negativer Wunsch", ist es aber nicht. Denn der Wunsch, „nicht mehr unterdrückt zu sein, erweist sich als Wunsch, nicht mehr Staat zu sein. Und außerhalb des Staates beginnt man zu leben. Denn da, wo der Staat aufhört, fängt der Mensch an."

So schlicht und einfach hätte ich mir die Lösung des Problems allerdings nicht vorgestellt. Die Zerstörung des Staats ist ja immer noch eine primär negative Bestimmung der Emanzipation der Plebs. Was ist, wenn der bürgerliche oder stalinistische Staat zerstört ist? Die Frage der Organisierung der gesellschaftlich notwendigen Arbeit, wie also die frei assoziierten Produzenten (das ist meine Übersetzung von „der Plebs" – ich bin mir nicht sicher, ob Glucksmann diese Übersetzung teilen würde) „diesen ihren Stoffwechsel mit der Natur rationell regeln, unter ihre gemeinschaftliche Kontrolle bringen, statt von ihm als einer blinden Macht beherrscht zu werden; ihn mit dem geringsten Kraftaufwand und unter den ihrer menschlichen Natur würdigsten und adäquatesten Bedingungen vollziehen" (14), diese Frage ist damit nicht beantwortet. Glucksmann hat mit seiner traditionellen anarchistischen Konsequenz nur wieder das „sicherste Mittel angegeben, seine Ziele zu verfehlen", wie es Bloch in Zusammenhang mit Bakunin formulierte.

Einwände: 1. Über den Stalinschen KZs stand: „Arbeit ist Ehrensache, Ruhm, Mut und Heldentum". Über den faschistischen KZs stand: „Arbeit macht frei". Für Glucksmann ist das Stalinsche System bis heute ein staatskapitalistisches, ein faschistisches System. Diese Gleichsetzung, so schlagend die Unterdrückungsformen sie nahelegen, ist falsch, überflüssig und hilft zum Verständnis des Stalinismus nicht weiter. Es ist gerade die unterschiedliche Legitimationsideologie, die eine wesentliche Differenz ausmacht. Der Marxismus als Herrschaftsideologie ist immer noch so widersprüchlich, daß er die proletarisch-emanzipativen Seiten nicht vollständig wegfrisieren konnte. Ein Prager Frühling, die Revolte der polnischen Arbeiter, Revolten gegen den terroristischen Staat sind immer noch in dieser Ideologie enthalten. Damit ist nicht gesagt, daß der Staat in Moskau früher abstirbt als der in Paris oder Rom.

2. Solschenizyn ist nicht nur Anhänger des plebejischen Widerstandes, sondern auch des terroristischen Staats. Vergleiche seinen „Offenen Brief an die sowjetische Führung".

„Köchin und Menschenfresser" schildert eindringlich und in einer gut lesbaren Sprache das Lehrstück von der finstersten Sackgasse, in die selbst gutmeinende linke Theoretiker gerannt sind. Es ruft uns alle auf, jede Leichtgläubigkeit gegenüber unserer eigenen Theorie abzulegen, ja gerade ihr gegenüber besonders kritisch zu sein. Für die Selbstverständnisdiskussion vor allem der marxistischen Intellektuellen in der Neuen Linken ist dieses Buch der wichtigste neuere Beitrag – trotz seines bakunistischen Kurzschlusses.

CARLO SPONTI
+ SCHÖNER WOHNEN

THERAPIEFORMEN:
Darstellung von und kritische Auseinandersetzung mit :
- Gestalttherapie
- Transaktionsanalyse
- Urschrei
- Aktionsanalyse
- co councelling

Nr 26/27

noch erhältlich :
Nr. 11/12 free clinic, Kunscht und Kultur, Nr.14/15 Gewerkschaften in der Krise, Schwulenunterdrückung, Nr. 16/17 Henri Lefebvre, Duhm Kritik, Nr 18,19 Gesellschaftliche Fabrik und Studentenbewegung, Nr 20/21 People's habitat, Komiteerevolution des KBW

Je Nr. 1.-DM (+ Porto pro Ex. 50 Pf, ab 3 Ex. 70 Pf) in Briefmarken an :
Carlo Sponti Rohrbacherstr. 160, 69 Heidelberg
oder : M. Metzner Sonderkonto Nr. 364 33 - 751 PScA Karlsruhe (Abo 14.- für Förderer 20.-)
oder : fast alle linke Buchläden

Anmerkungen:

(1) W. I. Lenin, Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht, LW Bd. 27, S. 259.
(2) Bertolt Brecht, Me-ti – Buch der Wendungen, Gesammelte Werke 12, S. 530 und 524.
(3) Wolfgang Fritz Haug, Nützliche Lehren aus Brechts „Buch der Wendungen", Das Argument, Nr. 46, S. 2, 1968.
(4) Ernst Bloch, Bucharins Schlußwort, 1938, in: Vom Hasard zur Katastrophe – Politische Aufsätze aus den Jahren 1934–1939, ed. Suhrkamp, Nr. 534, S. 358.
(5) ders., Prinzip Hoffnung, Bd. I, Berlin (DDR) 1960, S. 301.
(6) ders., Politische Messungen Pestzeit Vormärz, Frankfurt/M 1970, S. 361.
(7) ders., in Gespräch mit Ernst Bloch, ed. Suhrkamp, Nr. 798, S. 140.
(8) Ebd., S. 21.
(9) Oskar Negt, Nachwort zu den Politischen Aufsätzen, a.a.O., S. 436.
(10) Gespräch mit Ernst Bloch, S. 158
(11) Projekt Klassenanalyse, Leninismus – neue Stufe des wissenschaftlichen Sozialismus?, 1. Halbbd., S. 29.
(12) Elmar Altvater, Der sozialistische Nationalstaat, in: links, Nr. 50, 1973.
(13) Gespräche mit Ernst Bloch, S. 158.
(14) Karl Marx, Das Kapital, Bd. 3, S. 828. André Glucksmann, Köchin und Menschenfresser, Über die Beziehung zwischen Staat, Marxismus und Konzentrationslager, Wagenbach Politik 67, Westberlin 1976, DM 11,50.

Politische Aufgaben von sozialistischen Naturwissenschaftlern und Technikern

Gerhard Becker
Klaas Oostlander

Naturwissenschaft und Technik gelten in dieser Gesellschaft als objektiv, wertfrei, neutral und im Prinzip fortschrittlich. Dieser Glaube wurde auch kaum erschüttert durch die Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki; es gab lediglich einige öffentliche Erklärungen gegen die militärischen und für friedliche Anwendungen der naturwissenschaftlichen Forschung. Verschiedene Giftskandale (zuletzt in Italien), vor allem der Bau von Kernkraftwerken, ließen bei einer größeren Zahl von Wissenschaftlern auch Zweifel an bestimmten friedlichen Anwendungen der Naturwissenschaften aufkommen. Dies findet seinen Niederschlag in deren wachsender Bereitschaft, sich in Bürgerinitiativen gegen die Auswirkungen verschiedener moderner Technologien zu engagieren (z. B. die Kernkraftwerke in Brokdorf oder Wyhl). In diesem Zusammenhang ist der Kongreß „Umweltschutz und industrielle Entwicklung – die Aufgaben der Wissenschaft bei der Schaffung und Erhaltung einer menschenwürdigen Umwelt" des Bundes demokratischer Wissenschaftler (BdWi) im Juni 1976 zu erwähnen, der die Unterstützung von entsprechenden Bürgerinitiativen systematisch organisieren will. Es ist allerdings bezeichnend, daß ein Teil der Wissenschaftler und der bürgerlichen Öffentlichkeit sich erst in dem Moment der inhumanen und zerstörerischen Wirkung bestimmter Technologien zuwendet, wo breitere Bevölkerungsschichten über die Industriearbeiter hinaus (die ja schon immer die Inhumanität kapitalistischer Technologie am Arbeitsplatz kennen) unmittelbar betroffen werden.

Auch der größte Teil der linken Bewegung in der BRD sah und sieht das Problem menschenfeindlicher Technologien als bloßes Problem der Anwendung von ansonsten neutraler Naturwissenschaft durch reaktionäre Kräfte, Monopole, ... an. Entsprechend wird die Kritik auf einer allgemeinpolitischen, abstrakten Ebene geführt, und es bleibt für die sogenannte wissenschaftlich-technische Intelligenz keine besondere Aufgabe im Rahmen einer sozialistischen Veränderungsstrategie. Eine ähnliche Konsequenz hatte die Diskussion um die Klassenlage der wissenschaftlich-technischen Intelligenz und deren Bewußtseinsformen, die trotz unterschiedlichster Ergebnisse keine Perspektive über den allgemeinen gewerkschaftlichen Kampf hinaus bot. Die bisherigen Ansätze für die politische Arbeit der sozialistischen wissenschaftlich-technischen Intelligenz haben entscheidende Punkte, die den bürgerlichen Charakter von Naturwissenschaft und ihrer technologischen Anwendungen ausmachen, übersehen, oder zumindest keine strategischen Konsequenzen daraus gezogen:

- ihre gesellschaftliche Funktion,
- ihre spezifisch kapitalistische Organisationsform,
- ihre Erkenntnismethoden und Denkformen.

Wir werden zeigen, daß auch in diesen Bereichen eine radikale Veränderung notwendig ist, die jedoch kein automatisches Produkt einer proletarischen Revolution ist und deshalb schon unter den jetzigen gesellschaftlichen Verhältnissen einzuleiten ist. Hieraus leitet sich eine besondere strategische Funktion der sozialistischen wissenschaftlich-technischen Intelligenz ab. Exemplarisch sollen einige spezifische politische Aufgaben aufgezeigt werden.

Um Veränderungsmöglichkeiten und deren Grenzen nicht nur zu behaupten, beginnen wir mit einer, wenn auch kurzen, historischen Analyse.

Die Funktion von Naturwissenschaft und Technik in ihrer historischen Entwicklung

Die mit dem Kaufmannskapital entstehenden Städte brachten technische Probleme hervor (besonders bau- und kriegstechnischer Art), die die Fähigkeiten und Kenntnisse der individuellen handwerklichen Einzelproduktion überstiegen. Lösungen wurden in Zusammenarbeit mit scholastischen Gelehrten gefunden. Die aus diesen und anderen Anregungen entstehende experimentelle Naturwissenschaft wirkte entscheidend bei der Zerschlagung des mittelalterlichen, feudalen Weltbildes mit und bei der Propagierung der Notwendigkeit der allseitigen Beherrschung der Natur und der universellen Entfaltung der Fähigkeiten des Individuums. Der Ursprung dieser neuen Wissenschaft garantierte zwar einen inhaltlichen Bezug auf praktische Probleme, jedoch war sie von ihrer abstrakten, mathematisierten Form her weder für deren praktische Lösung geeignet noch nötig.

In dem Maße, wie sich das Produktionskapital des Arbeitsprozesses selbst bemächtigt, wird u. a. die technische Weiterentwicklung dem unmittelbaren Produzenten entrissen. In der Hand des Kapitals dient sie nun ausschließlich der permanenten Steigerung der relativen Mehrwertproduktion. Historisch wurde die Steigerung der Produktivität der gesellschaftlichen Arbeit zunächst durch eine fortschreitende Arbeitsteilung erreicht, in deren Rahmen die Entwicklung der Arbeitsmittel immer noch auf der Erfahrung der Produzenten basierte. An einem bestimmten Punkt dieser Entwicklung war die Ersetzung von einfachen Operationen durch Maschinen möglich. Dieses Zurückdrängen der Subjektivität im Arbeitsprozeß ermöglichte schließlich die Anwendung und Fortentwicklung der theoretischen Mechanik und die Beherrschung des Arbeitsprozesses durch das Kapital. Bis zur Industrialisierung geschah dies sporadisch, wenn Profite unmittelbar und kurzfristig zu erzielen waren. Schließlich wurden die Naturwissenschaften eine notwendige Triebkraft der Produktion.

Um 1880 wurden z. B. in der chemischen Industrie erstmals systematisch Wissenschaftler eingestellt, die ausgehend von der sich in der Entwicklung befindlichen rationalen Chemie eine Technologie entwickelten, die den speziellen Kapitalbedürfnissen entsprach (Farbsynthese).

Anstatt die Arbeit von der unmittelbaren Produktion zu befreien, wird vom Kapital gegen das Ziel der universellen Entfaltung der Fähigkeit des Individuums auf der Grundlage bürgerlicher Freiheit und Gleichheit auch die Wissenschaft zur Lohnarbeit. Sie wird somit entfremdete Arbeit – wie vorher die unmittelbar produktive Arbeit – und nicht mehr von Naturerkenntnis geleitete wissenschaftliche Arbeit. Aus dieser Entwicklung ergibt sich eine spezifische Struktur der Wissenschaft und der „Produktion" von wissenschaftlicher Erkenntnis: In der Trennung von Hand- und Kopfarbeit manifestiert sich die Herrschaft des Kapitals nicht nur über die Natur, sondern auch über den Menschen. Sie erweist sich als Herrschaftsinstrument insofern, als durch die Kopfarbeit die Produktion wissenschaftlichen Charakter erhält, und die unmittelbare Arbeit zu einem bloßen Moment des Produktionsprozesses wird. Dieses zeigt sich in der vollen Entwicklung des Kapitals als technologische Anwendung der Wissenschaft und nicht mehr als Prozeß der Geschicklichkeit des Arbeiters. Die Ergebnisse der Kopfarbeit, vermittelt immer auch als Resultat des Produktionsprozesses, erscheinen in ihren Anwendungen auf den Produktionsprozeß der lebendigen Arbeit gegenüber als natürliche Eigenschaft des fixen Kapitals, als fremde Macht.

Die Teilung der Arbeit setzt sich fort in der Trennung von Wissenschaft und Technik, wobei sich auf der einen Seite aktiv konzeptive Ideologien herausbilden, die die Rezepte für die wirklich Aktiven, die Anwender, erstellen. Mit dieser Trennung setzt, ähnlich wie früher in der Arbeiterklasse, eine Teilung der Arbeit ein, die innerhalb der wissenschaftlich-technischen Intelligenz zur Schaffung eines Expertentums und zu einer extremen Parzellierung von Wissen führt.

Naturwissenschaft, die sich in der skizzierten Form in bürgerlichen Fesseln befindet – qualitativ, weil sie für den Verwertungsprozeß fungibel ist, quantitativ, da zum großen Teil aus der Revenue bezahlt –, die von ihrer Form her nicht Resultat der bewußten, direkten Auseinandersetzung mit der Natur über den Arbeitsprozeß ist, ist deshalb im Grunde ihren Anwendungen fremd. Ihre scheinbare Objektivität und „Wertfreiheit", die die Gedanken der Herrschenden zu allgemeinen, scheinbar klassenunabhängigen macht, ist nur „Reflex" des Wertes.

Es ist kein Zufall, daß Naturwissenschaft und Technik, obwohl in hochentwickelten kapitalistischen Ländern weit verbreitet, keinen Eingang in eine Kultur der Arbeiterklasse gefunden haben, was in den entfremdeten Produktionsmitteln und -prozessen und in der, in spezialisierte Bereiche aufgesplitterten und durch eine gewisse Esoterik von der Allgemeinbildung und der Alltagssprache getrennten Wissenschaft seine Erklärung findet.

Diese Naturwissenschaft – eine „reife" Wissenschaft, insbesondere gekennzeichnet durch festgelegte Methoden, die einerseits eine Verknöcherung darstellen, andererseits aber erst die notwendige Quantifizierung und Vergleichbarkeit der Natur ermöglichen – kann nur verändert werden, wenn sowohl die Anwendung als auch die „Produktionsweise" von Naturerkenntnis kritisiert wird.

Möglichkeiten und Grenzen einer sozialistischen Veränderungsstrategie . . .

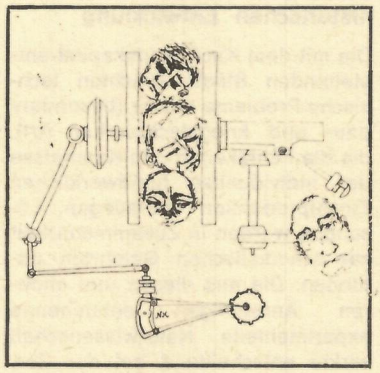
Unter der Bedingung einer geschichtlich verstandenen Wissenschaft in einer auf das Kapital gegründeten Gesellschaftsformation sind nur Wege der Veränderung akzeptabel, die die Konstitutionsbedingungen von körperlich und geistig entmenschten Wesen beseitigen. Dies erfordert eine notwendig parteiliche Theorie, deren Methode es ist, Bedingungen zu erkennen, indem diese verändert werden in Richtung auf das aufgrund der Entwicklung der Produktivkräfte Mögliche. Insbesondere sind Kritik der Institutionen und das Aufbrechen von Kommunikationsstrukturen, die für grundlegende Veränderungen Hindernisse darstellen, notwendige Voraussetzungen zur Entmystifizierung der „objektiven Rationalität" von Wissenschaft und Technik als Rationalität des Kapitals. Die wissenschaftlich-technische Intelligenz stellt ein Potential dar, das entgegen einer Verweigerungsstrategie kapitalistische Wissenschaft und Technik in allen gesellschaftlichen Bereichen in Frage stellen und systembedingte Grenzen aufzeigen kann. Es sollen hier Möglichkeiten der sozialistischen wissenschaftlich-technischen Intelligenz in der materiellen Produktion und im „öffentlichen Bereich" durch einige Ansätze konkretisiert werden.

. . . in Betrieb und Gewerkschaft . . .

Ausgangspunkt ist die Analyse der eigenen Situation, des objektiven und subjektiven Verhältnisses zu anderen Lohnabhängigen, der hierarchischen Struktur, die auf Grundlage von „Qualifikation" (instrumentalisierbares Wissen) und Lohnsystem einen Ausdruck findet in Vereinzelung, in Privilegierung, technokratischem Leistungsbewußtsein und einem technischen Fortschrittsglauben.
Aus der Vereinzelung am Arbeitsplatz ergibt sich eine erste Aufgabe, die anhand der Frage des gewerkschaftlichen Interesses der wissenschaftlich-technischen Intelligenz noch vor der Forderung nach Solidarität und Kampf gegen Lohnabbau ansetzt: In der Regel sind Naturwissenschaftler und Techniker „abgesichert" über Einzelverträge; Voraussetzung und Bestandteil eines solidarischen Vorgehens ist der Kampf für einheitliche Tarife.
Eine zweite Aufgabe, dem Kampf gegen die Hierarchie geschuldet, ergibt sich aus der kapitalistischen Form der Arbeitsteilung: der Aufgliederung in Teilarbeiten — meist repetitiv auch für Wissenschaftler —, die die Übersicht über einen Arbeitsprozeß, praktische Kreativität, eigenes Denken besonders in Alternativen und politische Verantwortung verhindert. Den Charakter dieser Art von Arbeitsteilung aufdecken, heißt die Wirkung der eigenen Arbeit auf „Untergebene" zu reflektieren, indem die widersprüchliche Funktion dieser Arbeit — die objektiv durch ideologische Ferne und tendenziell reale Zugehörigkeit zur Arbeiterklasse gegeben ist — aufgezeigt wird. Daraus resultiert eine Bildungsarbeit, die sich in der Gewerkschaft organisieren kann, aber auch anhand konkreter Arbeiten in der Produktion eine politische Aufklärung darstellt, die ausgeht von dem Auseinanderfallen von „objektiven" Resultaten der Verwertung und menschlichen Bedürfnissen. Der Widerspruch zwischen der Arbeiterklasse und der wissenschaftlich-technischen Intelligenz, der trotz der zunehmenden Proletarisierung der wissenschaftlich-technischen Intelligenz existiert, und ein Resultat von Wissenschaft und Technik als feindlicher Macht ist, nötigt zu einer Kritik, die in den eigenen Reihen anzusetzen hat und den bornierten Standpunkt des technischen Fortschrittsglaubens aufgibt.
Ein weiterer Punkt der politischen Aufklärung ist der unter privatwirtschaftlichen Verhältnissen unlösbare Widerspruch zwischen der berechtigten gewerkschaftlichen Forderung nach Sicherung der Arbeitsplätze und die den Lebensinteressen der Bevölkerung entsprechende Forderung nach Beschränkung oder Einstellung der lebensbedrohenden Kernindustrie. Dies ist auch ein in anderen Bereichen (z. B. Chemié) existierendes grundsätzliches Problem, das gesondert diskutiert werden müßte.

. . . und außerhalb des Produktionsbereiches

Die notwendige Unterwerfung immer größerer Lebensbereiche unter den Kapitalverwertungsprozeß und die spezifische Aneignung der Natur ist sowohl Voraussetzung als auch Folge der kapitalistischen Produktionsweise. Von daher bestimmt sich die zentrale strategische Bedeutung des Problems der Umweltbelastung und des Raubbaus an der Natur, das sich zu einer existenziellen Bedrohung der Menschheit entwickelt hat.
Dies ist z. B. ein Anlaß zur Entstehung von Bürgerinitiativen. Die theoretisch begründete Fixierung der sozialistischen Bewegung auf die Produktion hatte dazu geführt, daß Kämpfe in diesem Bereich lange Zeit nicht ernst genommen wurden. Trotz ihrer notwendigen Beschränktheit sind Bürgerinitiativen organisatorisch insofern zur Zeit eine Alternative, als sie nach dem Prinzip der „Betroffenheit" — welches nicht der Struktur der meisten politischen Gruppen entspricht — die Gegenwehr organisieren.



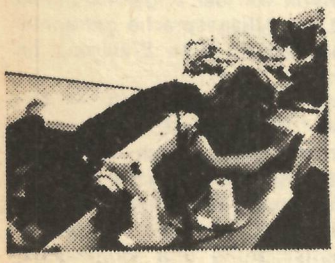
Die Problematik der Umweltbelastung bietet sich an als ein wesentlicher Bestandteil der öffentlichen Arbeit der sozialistischen wissenschaftlich-technischen Intelligenz. Bedingt durch konkrete Anlässe (z. B. Kernkraftwerk-Bau) nimmt dieser Bereich in der öffentlichen Diskussion einen breiten Raum ein und ist, da im Bewußtsein der Bevölkerung verankert, vielleicht einer der wenigen Ansatzpunkte für eine Veränderung.
Was ist zu tun? Außer Frage steht wohl, daß die Beratung z. B. von Bürgerinitiativen eine wesentliche Aufgabe der sozialistischen wissenschaftlich-technischen Intelligenz ist. Beratung und Aufklärung kann aber nicht heißen, nur die „andere Wahrheit" zu verkünden, denn diese ist auch in der Organisation und den Denkformen bürgerlicher „Wissensproduktion" entstanden und zu kritisieren. Es geht also nicht nur darum, Gegengutachten zu erstellen oder alternative Techniken zu entwickeln, sondern eine wirkliche Aufklärungsarbeit zu leisten, die ansatzweise wie folgt zu charakterisieren ist.
Die Kritik der Naturwissenschaft hat dort anzusetzen, wo z. B. die Frage der Energieproduktion nur als naturwissenschaftliches Problem angesehen wird, als Sachentscheidung, die einer Willensbildung nicht mehr zugänglich ist, da es sich angeblich um Probleme handelt, die nur mit mathematischen, exakten Methoden lösbar sind. Eine erste Aufgabe der Aufklärung wäre demnach die Kritik der Methode, die die politische Entscheidung, den Einbezug der Subjektivität, aus der Wahrheitsfindung ausschließt oder allenfalls als nachgeordnet sieht. Die Integration der Individualität, die Politisierung, beinhaltet den Bruch mit dem Postulat der Wertfreiheit, bedeutet also Partei ergreifen für die Mehrheit der Bevölkerung, wobei diese kein Objekt ist, für das etwas getan werden müßte, weil es nicht entscheidungsfähig sei. Eine Konsequenz ist hier der Bruch mit der „Fachsystematik" und ein Einbezug der Sozialwissenschaften — gegen die Bedingungen der eigenen Sozialisation — in die naturwissenschaftliche Argumentation. Eine Kritik der Methode beeinhaltet weiterhin das Studium der Institution, in der man arbeitet, welche die Emanzipation und die Befriedigung von Bedürfnissen (z. B. dem nach Naturerkenntnis, die nicht an den Verwertungsprozeß gebunden ist) verhindert.
Nach dieser notwendig vorgelager-

Spendenaufruf für Bauernhof in Brokdorf

Am Samstag, den 13. November 76, kam es in Brokdorf zur bislang größten bundesdeutschen Demonstration gegen den Bau von Kernkraftwerken.
30.000 Menschen kamen aus der Umgebung von Brokdorf und allen Teilen der BRD. Dabei entstanden Schäden in Höhe von mehreren tausend Mark an einem unmittelbar neben dem Bauplatz gelegenen Bauernhof, vor allem durch Zerstörung von Weideland und Zäunen. Der Bauer selbst ist Gegner des Brokdorfer Kernkraftwerkes.
Wenn wir gemeinsam Widerstand leisten, darf nicht einer von uns auf der Strecke bleiben!
Deshalb bitten wir die Teilnehmer der Demonstration, ebenso wie alle anderen, die diese Demonstration unterstützen, den entstandenen Schaden mit ein paar Mark beseitigen zu helfen.
Überweist das Geld bitte auf folgendes Konto: Ulrich Osberghaus, Spendenkonto Brokdorf-Hilfe, Konto-Nr. 212/0996/01, Deutsche Bank Aachen, Bankleitzahl 390 700 20.

Rotbuch 150: Bericht aus Torre Bela, einem besetzten Landgut in Portugal: über die alten und neuen Herren, ihre Beziehungen, Ängste, Hoffnungen, über Arbeit und Kampf auf diesem Stück Land. Helga Novak beschreibt die Korkeiche, den Olivenbaum, das Brachland, weil »sie nie mehr dieselben sein werden, wenn der erste prüfende und besitzergreifende Blick sich abgewandt hat«. 72 Seiten. DM 7

Marianne Herzog
Von der Hand in den Mund
Frauen im Akkord
Rotbuch Verlag Berlin



Rotbuch 155: 70 % aller Arbeit, die Frauen in Fabriken machen, ist Akkordarbeit. Was Akkordarbeit für die betroffenen Frauen heißt, wie sie ihr ganzes Leben, Denken, Fühlen beherrscht – darüber berichtet Marianne Herzog aus eigener Erfahrung. Ihr Buch zeigt, wie unmenschlich und zerstörerisch die Lebensbedingungen so vieler Frauen sind.
112 Seiten mit zahlreichen Fotos. DM 7 (Abo: 6)

ten Aufgabe erfolgt eine zweite, die Weitergabe von Wissen. Da die wissenschaftlich-technische Intelligenz mit bestimmten Bereichen der Planung näher vertraut ist, fällt ihr die Identifizierung von Problemen leichter; wesentlich ist, daß diese als gesellschaftliche ausgemacht werden. Hier müssen Kommunikationsstrukturen auf vielfältige Weise aufgebrochen werden.
Wissenschaft muß öffentlich gemacht werden, das kann z. B. heißen, daß Gutachten veröffentlicht werden und ihr Herrschaftscharakter entlarvt wird (Wissenschaftssprache, wissenschaftliche Objektivität als Grundlage politischer Entscheidung, Sachzwang etc.), daß zugleich aber auch die Inkompetenz bürgerlicher Gutachter herausgestellt wird, da die positiven Ergebnisse ihrer Beurteilungen allzu oft Funktion einer ideologischen Befangenheit im „Objektivitätspostulat" sowie des sozialen Status sind. In erster Linie bedeutet oben genannte Forderung aber, sein eigenes Wissen und die Denkformen kritisierend zu verändern durch die Vermittlung von Wissenschaft und technischen Zusammenhängen in ihren historisch-materialistischen Bedingungen. Ein solcher Ansatz verfolgt auch das Projekt SAIU an der Universität Bremen im Hinblick auf die Kernenergie. Hier ergibt sich als didaktisches Moment die Möglichkeit, die Ehrfurcht vor Naturwissenschaft und Technik sowie das durch kapitalistische Naturaneignung geprägte „Naturbild" zu zerstören. Durch eine derartige Weitergabe von Wissen ist es möglich, hierarchische Strukturen zwar nicht abzuschaffen, aber zu umgehen. Positive Momente gegen die parzellierte bürgerliche „Wissenschaftsproduktion" müssen

- das Aufgeben eines bornierten Fachwissens,
- die Kooperation mit anderen Disziplinen,
- der Einbezug sozialwissenschaftlicher Argumentation,
- die Kritik der Politischen Ökonomie

sein, ohne damit die Illusion zu verbinden, eine „sozialistische" Wissenschaft begründen zu können.

Alternative Technik

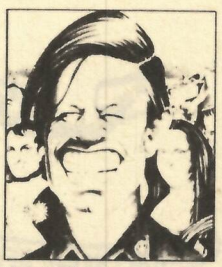
Die Strategie der Entwicklung „alternativer Techniken" wie sie von den verschiedenartigsten Produktions- und Landkommunen vertreten wird, erscheint unter den skizzierten Bedingungen illusionär. Der gesellschaftliche Grundwiderspruch wird hier auf den zwischen sogenannter harter Technik und den menschlichen Bedürfnissen verschoben. „Alternative Techniken" werden auf individueller, dezentraler, nicht vergesellschafteter Basis erstellt, bei einfacher Verallgemeinerung würden sie z. T. selbst zu harten Techniken werden und sich damit selbst ad absurdum führen. Sie können also nur dem Rückzug einiger weniger Gruppen aus einer „kaputten" Gesellschaft dienen. Zu ernsthaften Versuchen fehlen auch die Mittel, denn bei „Bedarf" entwickelt die Industrie schneller und besser die Techniken (z. B. Windkraftwerk Nasa). Darüber hinaus werden diese Techniken, unter Voraussetzung einer hochentwickelten Technologie, wiederum auf Grundlage der herrschenden Wissenschaftsorganisation erstellt und haben – teilweise in ästhetisierter Form – einen Legitimationscharakter (in einer freien Gesellschaft ist alles möglich). Nützlich sind diese Techniken nur als Beispiele gegen die Technologie der hochindustrialisierten Gesellschaften. Im Ansatz werden so Möglichkeiten anderer Denk- und Lebensformen aufgezeigt.
Ausgangspunkt dieser Betrachtung ist eine bestimmte Theorie (die jedoch nur sehr grob skizziert werden konnte). Wenn diese akzeptiert wird, bleibt sie so lange folgenlos, als der Anspruch, die Subjektivität und die Politisierung in die Wissensproduktion einzubeziehen, nicht ernst genommen wird. Konsequenzen kann eine Theorie erst haben, wenn in konkreten Situationen die beteiligten Gruppen eben auf der Grundlage einer Theorie (und der darüber zu organisierenden Diskussion) etwas ändern. Wir haben einige Handlungsmöglichkeiten aufzeigt, die auf der Grundlage der oben skizzierten Theorie durchführbar sind. Zur Zeit scheint es allerdings außer den oben als perspektivlos kritisierten Gruppen in der BRD nur sehr wenige Ansätze für die Arbeit von sozialistischer wissenschaftlich-technischer Intelligenz zu geben; die einzige uns bekannte größere Gruppe ist die „Katalyse", die selbst wieder kleinere, in verschiedenen Bereichen arbeitende Gruppen und Individuen der wissenschaftlich-technischen Intelligenz vereinigt. Perspektivisch ist eine noch zu diskutierende Organisation der einzelnen Aktivitäten der sozialistischen wissenschaftlich-technischen Intelligenz anzustreben.

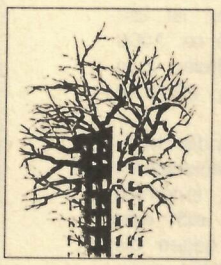
Literatur:

(1) S. Bologna . . ., Techniker als Produzenten und Produkt, und A. Dina, Techniker, Macht und Klassenkampf, Berlin 1972 (enthält die italienische Diskussion).
(2) SAIU Bremen, zum richtigen Verständnis der Kernindustrie, 66 Fragen – 66 Antworten, Berlin 1975.
(3) Protokoll der Tagung „Alternative Technik" 1976, zu beziehen über: „Katalyse", Wittenbergstr. 14–16, 4300 Essen 1.
(4) v. Greiff, Bodo, Gesellschaftsform und Erkenntnisform, Zum Zusammenhang von wissenschaftlicher Erfahrung und gesellschaftlicher Entwicklung, Frankfurt a. M. 1976.
(5) Levy-Leblond, Jean-Marc, Das Elend der Physik, Über die Produktionsweise der Naturwissenschaften, Berlin 1975.
(6) Vahrenkamp, Richard (Hrsg), Technologie und Kapital, Frankfurt 1973.

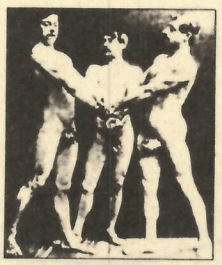
■

Wenn Sie pardon kaufen, kaufen Sie zwölf Zeitschriften:


Eine Spaß-Zeitschrift


Eine Grafik-Zeitschrift

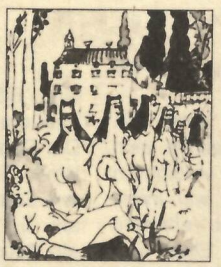
Das Organ der Königstreuen


Ein Männer-Magazin

Ein Freiheits-Manifest

Unter anderem mit Beiträgen von:
Mitscherlich ● Härtling ● Lettau ● v. Weizsäcker ● Rühmkorf ● Kluge Lenz ● Zwerenz ● Steffen ● Fetscher
Eine Literatur-Zeitschrift

Ein Organ für Durchblicker


Ein Emanzipationsblatt

Ein Cartoon-Weltblatt

Das Nonsens-Zentralorgan

Ein Film-Magazin

Ein Foto-Magazin

...und eine Menge Spaß!

linke initiativen
Schülerstreik in Kassel

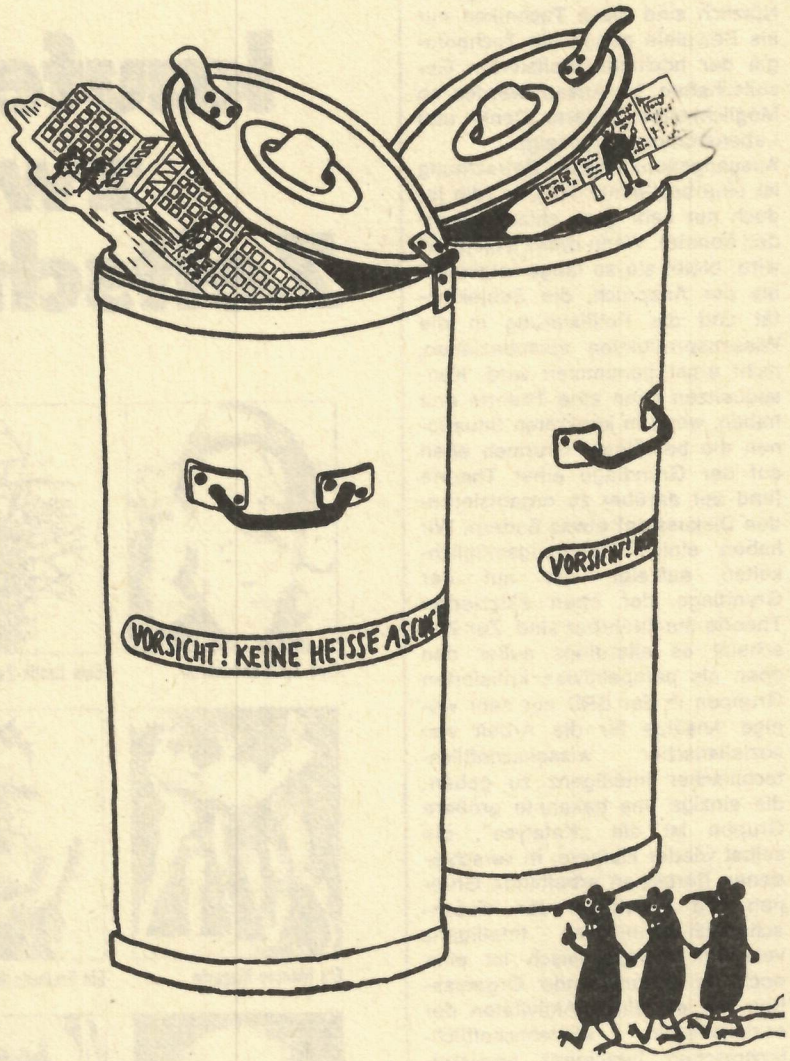
Der Anlaß für die Schülerdemonstrationen war der für den 1.2.77 angeordnete Abzug von 4 bzw. 5 Lehrern an zwei Kasseler Schulen (Herder- und Jacob-Grimm-Schule). Der Grund dafür: diese Schulen können bislang mehr als den im Landesdurchschnitt üblichen planmäßigen Unterricht durch hauptamtliche Lehrkräfte abdecken, nämlich ca. 80% gegenüber 74%. Schüler, Lehrer und Eltern dieser Schulen laufen gegen diese Zwangsversetzungen Sturm, zumal sie bekannte und beliebte Lehrer treffen sollen. Resolutionen und Verhandlungen mit dem Regierungspräsidium bleiben erfolglos; ebenso wenig offizielle Resonanz ist der ersten Demonstration von ca. 1000 Schülern der beiden Schulen zum Regierungspräsidium am 29.10.76 beschieden.

Umso größer ist allerdings die Resonanz in der Kasseler Schülerschaft, bei Eltern und Lehrern: innerhalb weniger Tage entwickelt sich eine breite Protestbewegung gegen die Misere im hessischen Schulwesen, die ihren Höhepunkt in der bisher größten Demonstration seit Kriegsende in Kassel erreicht. Am 10.11. demonstrieren über 12000 Schüler, Eltern und Lehrer von 34 Schulen aus Stadt und Landkreis Kassel für die Forderungen:

- Aufhebung des Einstellungsstopps für Lehrer,
- 100%ige Unterrichtsabdeckung durch hauptamtliche Lehrkräfte,
- keine Zwangsversetzung von Lehrern,
- 12 Stunden Berufsschule an 2 arbeitsfreien Wochentagen,
- Fahrtkostenrückerstattung für Berufsschüler.

Kultusminister Krollmann wurde ein einwöchiges Ultimatum gestellt, sich zu diesen Forderungen verbindlich zu äußern. Das Resultat war indes lediglich ein Gespräch mit Vertretern der Schüler, Lehrer und Eltern von Herder- und Grimm-Schule, das keine konkreten Zusagen brachte. Die wichtigsten Stationen dieser Entwicklung: Am 30.10. tritt die Herder-Schule in den aktiven Streik. Am 2.11. machen ca. 1000 Schüler (und Lehrer) verschiedener Kasseler Gymnasien einen "Wandertag" zum Sensenstein, wo die SPD-Landtagsfraktion unter Beteiligung Krollmanns in Klausur tagt. Die Demonstranten werden von Polizeiketten und Hundestaffeln empfangen. Krollmann lehnt – angeblich wegen Erkältung – eine öffentliche Stellungnahme ab und empfängt nur eine Delegation. Die Demonstration bezeichnet er als Werk "einzelner Drahtzieher". Weitere Schulen fassen Streikbeschlüsse, am 5.11. findet an allen Schulen ein Aktionstag und eine Demonstration mit ca. 5000 Teilnehmern statt, Stadtaktionen (Flugblatt- und Unterschriftenaktion, Liedgruppen usw.) werden unternommen; am 9.11. sind 18 Schulen im aktiven Streik.

Hervorzuheben sind neben der breiten Mobilisierung und Aktivierung der Schüler in Arbeits- und Aktionsgruppen, bei der Organisierung von Veranstaltungen, in der Erstellung und Verbreitung von Informationen usw. zwei Aspekte: zum einen die starke Beteiligung, insbesondere auch der Eltern (es gab Elternvollversammlungen, in einem Fall beteiligten sich Schüler-, Lehrer- und Elternschaft geschlossen an der Demonstration), zweitens die Mitwirkung der Berufsschüler, die sich mit eigenen Forderungen anschlossen.



Nach diesem eindrucksvollen und auch von Optimisten eigentlich unerwarteten Höhepunkt stieß die Fortführung der Protestaktionen auf Schwierigkeiten.

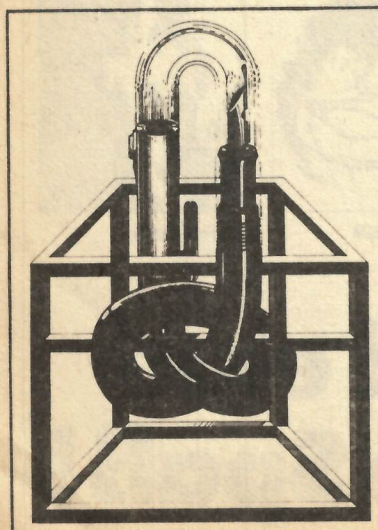
Die Perspektive war vor allem eine Ausweitung der Protestbewegung über Kassel hinaus. Der Stadtschülerrat versuchte vergeblich, über die Schülervertretungen aller hessischen Schulen einen landesweiten Aktionstag für den 3.12. zu initiieren. In einer Urabstimmung sprach sich die überwiegende Mehrheit der Kasseler Schüler (über 90%) für einen landesweiten Streik aus. Im Stadtschülerrat kam es bei der Vorbereitung für den Aktionstag und die Demonstration am 3.12. zu starken Unstimmigkeiten und z. T. handgreiflichen Auseinandersetzungen um ein Flugblatt, das erklärt, daß ein "landesweiter Streik momentan nicht machbar" sei. Die Demonstration fiel aus, der Aktionstag fand nur an einzelnen Schulen und dort meist schlecht organisiert und bei schwacher Beteiligung statt. Nicht zuletzt aufgrund der politisch-taktischen Querelen im Stadtschülerrat sind die Aktionen vorerst gestoppt.

Allein das Anwachsen der Protestbewegung zeigt deutlich, daß die drohenden Zwangsversetzungen nicht mehr als der äußere Anlaß waren. Offensichtlich hatte sich bei den Schülern, aber auch bei Lehrern und Eltern, seit langem ein solcher Unmut über die allgemeine Misere im Schulbereich aufgestaut, daß es nur noch eines kleinen Anstosses bedurfte, um den Stein ins Rollen zu bringen.

Deutlich zeigt sich, wie die Resignation und Enttäuschung über die Passivität wie sie teilweise von fortschrittlichen Lehrern zuvor geäußert wurde, falsch und unberechtigt war, mit der anscheinend der Reformabbau im Bildungsbereich, die durchgehende Verschärfung des Leistungsdrucks und der Konkurrenz, die Vereinzelung und die Auflösung sozialer Beziehungen im Zuge einer nur noch organisatorisch-technischen Schul"reform" ohne materielle, inhaltliche und soziale Ausfüllung hingenommen wurde.

Die ängstliche Befürchtung, daß alles wie ein Spuk in sich zusammenfallen würde, oder schlimmer, ein allmähliches Abbröckeln eine langwirkende Resignation bei den Schülern gegenüber demonstrativen Widerstandsaktionen bewirken könnte, wurden täglich neu von der Energie, der Spontaneität, dem Einfallsreichtum der Schüler Lügen gestraft, die hier z. T. zum ersten Mal die Erfahrung machten, welchen Spaß es macht, gemeinsam, in eigener Regie und ohne äußeren Druck Aktionen, Arbeitsgruppen zu organisieren und durchzuführen. Was dort ablief, waren Tage "alternativer Schule", in der die Schüler durch eigenes Engagement in wenigen Tagen mehr und wichtigeres gelernt haben, als sonst in einem ganzen Jahr passiven und entfremdeten Lernens.

Was auch deutlich geworden ist: die Aktionen der Kasseler Schüler verliefen zumindest in der ersten Zeit ohne jede Orientierung auf eine politische Gruppe und wurden auch von diesen nicht initiiert. Immer wieder wurde von den Schülern betont, daß "unsere Proteste ausschließlich von Schülern organisiert worden sind. Wir distanzieren uns von allen politischen Gruppen, die versuchen, unsere Probleme für ihre politischen Ziele heranzuziehen und auszunützen" (aus einem Flugblatt der Jacob-Grimm-Schule). Das rapide Anwachsen der Protestbewegung und damit die Möglichkeit breiter politischer Lernprozesse in der Schülerschaft ist wahrscheinlich überhaupt nur durch diesen Umstand zu erklären, daß die Aktionen vorerst spontan und ohne aktive Mitwirkung etablierter politischer Organisationen (von CDU bis KBW) entstanden und so eine breite Solidarisierung für die Forderungen nach mehr Lehrern, besserer materieller Ausstattung und vor allem einer humaneren Schule möglich war. Jede vorschnelle Orientierung in eine bestimmte politische Richtung, jeder Versuch, den Schülern von außen das "richtige Bewußtsein" zu vermitteln, hätte



am Beispiel Peter-Paul Zahl

EINE DOKUMENTATION
Hrsg. von E. Fried, H. Novak und der Initiativgruppe P.P.Zahl, 208 S., DM 7,-

Die Initiativgruppe P.P.Zahl hat eine Dokumentation über den „Fall" zusammengestellt. An seinem Beispiel soll gezeigt werden, wie haltlos das Feindbild des kaltblütigen Terroristen ist, der durch ein Urteil von 15 Jahren exemplarisch abgeschreckt werden soll. Der Band enthält die Urteile beider Prozesse und eine vergleichende Würdigung derselben von P.O. Chotjewitz, Zahls Reden im zweiten Prozeß, einen Beitrag von W.F. Schoeller , eine literarisch-politische Kontroverse zwischen M. Buselmeier und P.P. Zahl sowie zahlreiche Dokumente.
Zu beziehen gegen Vorauszahlung von DM 7,- auf das Postscheckkonto Eva Michel, Nr. 517714-607, PSCHA Ffm, Stichwort: P.P.Zahl, sowie in allen linken Buchhandlungen.

in diesem Entwicklungsstand mögliche Lernprozesse eher behindert. Daß der KBW dies dennoch mittels einseitiger demonstrativer Kraftakte ("Unterstützung" der Schüler durch eigene Infostände und -veranstaltungen, durch KVZ-Verkauf während der Aktionen der Schüler, die Bildung eines eigenen Streiktribunals mit höchstens 50 Schülern) versuchte, zeigte einmal mehr die falsche politische Einschätzung dieser Gruppe, komplizierte soziale und politische Prozesse der Lösung aus kapitalistischen Strukturen durch Propaganda auf eine eindeutige und korrekte Linie bringen zu können.

Von größerer Bedeutung war eine Orientierung bei Teilen der Schüler und vor allem der Lehrer auf die SPD, gerade weil sie nicht offen formuliert wurde, Parteipolitik dürfte auch eine Rolle bei den Auseinandersetzungen in den SV-Organen, vor allem im Landesschülerrat zwischen Juso-Vertretern und SDAJ-Mitgliedern gespielt haben. Die Bindung gerade führender Schülervertreter an die Jusos brachte sie in erhebliche Schwierigkeiten, richteten sich doch die Proteste vor allem gegen den Reformabbau, den die hessische SPD-Regierung im Bildungsbereich betreibt. Es wurden in diesem Zusammenhang Gerüchte kolportiert, daß einige dieser Juso-Schülervertreter von der Partei unter massiven Druck gesetzt worden seien, und es liegt der Verdacht nahe, daß das Durcheinander bei der Planung und Durchführung der Aktionen im Anschluß an die große Demonstration vom 10.11. wenigstens z. T. hier seine Ursachen hat.

Ein Beispiel für dieses Durcheinander: Auf dem Höhepunkt der Kasseler Aktionen tagte nahezu unberührt davon ganz in der Nähe auf dem Dörnberg der Landesschülerrat und diskutierte überwiegend Personalprobleme bei der Besetzung des Vorstandes. Selbst ein Gespräch mit Kultusminister Krollmann wurde nur völlig unzureichend vorbereitet, das dann auch dementsprechend verlief. Das Ziel der landesweiten Ausdehnung der Aktionen scheiterte – vorerst zumindest – organisatorisch, weil der Kasseler Stadtschülerrat und der Landesschülerrat unterschiedliche Termine ansetzten und keine einheitliche Planung über weitere Maßnahmen zustande kam. Es scheint, als sei hier die organisatorisch-politische Bindung vieler Schülervertreter an etablierte Gruppen ein Hemmschuh für die Ausweitung des Protestes gewesen.

In Kassel selbst ist nach dem chaotischen Verlauf des Aktionstages und dem Ausfall der Demonstration am 3.12. erst einmal Ruhe. Dazu hat sicher auch beigetragen, daß speziell an den Oberstufengymnasien (KMK-Modell) vor Weihnachten die Tests anfielen (zahlenmäßig sehr viel mehr als im alten System) und die Schüler dadurch ganz drastisch wieder den Zwängen des Schulalltags unterworfen wurden.

Es haben sich aber im Anschluß an die Streiktage an einigen Schulen Arbeitsgruppen gebildet, die z. T. mit Lehrern versuchen, dem Druck der Isolation und der Konkurrenz entgegenzuwirken. Sie können als ein – sicher begrenzter – Ansatz angesehen werden, die Erfahrungen aufzuarbeiten und weiter zu entwickeln. Daneben sind im Anschluß an die letzten Ereignisse Neuwahlen in den Schülervertretungen geplant, um stärker als bisher aktive und politisch weniger gebundene Schüler in die SV einzubeziehen, was angesichts der Rolle des SV als Organisationskern von Bedeutung ist. Eine entscheidende Frage ist schließlich die Ausweitung der Proteste nach den Weihnachtsferien vor allem auf andere große Städte in Hessen. Dafür bestehen angesichts einer Reihe von Aktionen in anderen Städten – über die allerdings in Presse und Rundfunk kaum berichtet wurde – durchaus Möglichkeiten. Eine derartige Fortsetzung und Verbreiterung der Protestbewegung würde mit Sicherheit auch der Bewegung in Kassel neue Energien geben.

OSKAR FRANZ

Neuer Info Arbeitsfeld Schule

Das 'Elend' des Lehrerdaseins kann nicht nur verstanden werden als ein Ergebnis starrer Strukturen der staatlichen Schule und des Staatsapparates überhaupt. Es kann auch nicht hinreichend mit den Stichworten 'drohende Berufsverbote', 'überfüllte Klassen', 'Lehrerarbeitslosigkeit', 'Überlastung' erklärt werden. Probleme am Arbeitsplatz sind häufig genug verbunden mit unzureichender Berufsqualifikation, die es über Aus- und Weiterbildung zu erlangen galt. Es gilt, pädagogische und soziologische Phantasie aufzubringen, um Formen der Lehreraus- und Weiterbildung zu unterstützen oder zu schaffen, innerhalb derer Lehrer und Lehrerstudenten zur schrittweisen Konkretisierung sozialistischer Alternativen zur herkömmlichen Schulpraxis befähigt werden. Auf diesem allgemeinen Hintergrund versuchen die Autoren des Heftes 27 des Info Arbeitsfeld Schule Konzeptionen für einen Widerstand an der Basis im Sinne einer Ausbildungsreform von unten zu beschreiben oder zu entwerfen.

Es wird versucht, die Problematik der Lehrerausbildung – insbesondere für den Bereich der Gymnasiallehrerausbildung – auf wenige Nenner zu bringen. Ein stärkeres Engagement kritischer Lehrer und Referendare im Bereich der hochschulischen Lehrerausbildung wird gefordert. Eine andere Form der Vorbereitung auf die streßüberladene zweite Ausbildungsphase stellt ein Referendarbuch dar. Autoren des "Hamburger Referendarbuches 1976" berichten kritisch von ihren Erfahrungen bei Erstellung und Vertrieb des Buches. Die Arbeitsgruppe Behindertenpädagogik geht mit einem Beitrag zur Ausbildungssituation von Sonderpädagogen auf einen bislang im Info noch nicht behandelten Bereich ein. Die Berichte über das Studienseminar Offenbach, wo sich im vergangenen Jahr zwei Referendare das Leben nahmen und die Erfahrungen in einem Anhörungsverfahren vor der Einstellung vervollständigen das Bild der heutigen Ausbildungssituation.

Und nach der Ausbildung, was dann? In dieser Ausgabe nur ein kurzes Bild: zwei Berichte aus dem Schulalltag in Baden-Württemberg, die zeigen, daß sich Widerstand gegen die vorherrschende Repression, wenn auch begrenzt und unter besonderen Umständen, auch anders als in der Form "spektakulärer Aktionen" herausbildet. Der Beitrag über die GEW in Schleswig-Holstein skizziert die Formen "gewerkschaftlicher Interessenvertretung" fernab von den Zentren Berlin, Hamburg und Frankfurt.

Häufig genug kommen aber nach der Beendigung der Ausbildung nicht einmal ein noch so schlechtes Arbeitsverhältnis und eine noch so zahnlose GEW, sondern Arbeitslosigkeit und Resignation. Der Bericht über das Treffen arbeitsloser Lehrer zeigt eine der Folgen des Pfingstkongresses und mit den Hinweisen für arbeitslose Lehrer sollen einige praktische Tips zur unmittelbaren Hilfe gegeben werden.

Der Info Arbeitsfeld Schule, Heft 27, Doppelnummer, 102 Seiten, kann gegen Voreinsendung von DM 6,– (in Briefmarken, Bargeld oder als Verrechnungsscheck der Bestellung beifügen) bezogen werden bei Verlag 2000 GmbH, 605 Offenbach 4, Postfach 591.

Redakteure verlassen betrifft: erziehung

Von z.Z. noch sechs Redakteuren beenden fünf (Hanfried Scherer, Gerold Scholz, Jürgen Zinnecker, Gustav Grauer, Helmut Becker) zur Jahreswende ihre Tätigkeit beim größten pädagogischen Fachmagazin betrifft: erziehung (b: e). Sie begründen ihren Schritt mit massiven Eingriffen des Verlegers Manfred Beltz-Rübelmann, Geschäftsführer des Beltz Verlages (Weinheim) in die redaktionelle Struktur des fortschrittlichen Monatsblattes. Wie die ausscheidenden Redakteure mitteilen, hatte es z. B. der Verleger aus politischen Gründen und gegen den Willen der Redakteure abgelehnt, den Frankfurter Gesamtschullehrer Herbert Stubenrauch als b: e-Redakteur einzustellen. Außerdem hob er wenig später das bislang von ihm akzeptierte demokratische Redaktionsmodell auf. Nach Meinung der Redakteure kann auf Grund der Verleger-Maßnahmen die bisherige bildungspolitische Ausrichtung der Zeitschrift nicht mehr gewährleistet werden. Mehrere Versuche, Kompromisse zu schließen, seien am Verleger gescheitert.

b:e-Verleger Beltz-Rübelmann hatte sich gegen die Einstellung Stubenrauchs entschieden, obwohl die fachliche Qualifikation des pädagogischen Leiters der Ernst Reuter Schule in Frankfurt von keiner Seite angezweifelt wurde. Seine Ablehnung begründete der Verleger u.a. mit einer Rücktrittserklärung des politisch engagierten Schulleiters, die in der b:e Konkurrenz-Zeitschrift päd. extra abgedruckt war. Dort hatte Stubenrauch seinen Rücktritt von der Stelle des pädagogischen Leiters mit einer scharfen Kritik der SPD-Bildungspolitik in Hessen verknüpft, einer Politik, die auf eine Abwürgung von Reformversprechen hinauslaufe.

Weiterhin werfen die ausscheidenden Redakteure dem Verleger vor, das demokratische Redaktionsmodell beseitigt zu haben. Gegen den Willen der Redaktion habe er den bisherigen Redaktionssprecher Peter Kalb zum verantwortlichen Redakteur mit Weisungsrecht ernannt. Außerdem wolle er jenen Mitgliedern der Redaktion den bisher zugestandenen Redaktionsstatus absprechen, die als "Außenredakteure" die Konzeption und Gestaltung der Zeitschrift

Merve Verlag

Luce Irigaray
Waren, Körper, Sprache
Der ver-rückte Diskurs der Frauen DM 7,-

Michel Foucault
Mikrophysik der Macht
Über Strafjustiz, Psychiatrie u. Medizin DM 9,-

N. Poulantzas/R. Miliband/E. Laclau
Kontroverse über den kapitalistischen Staat DM 9,-

G. Deleuze/F. Guattari/G. Jervis u.a.
Antipsychiatrie und Wunschökonomie DM 13,-

Louis Althusser
Freud und Lacan DM 7,-

Michel Tort
Die Psychoanalyse im historischen Materialismus

Edgar Weick(Hrsg.)
Arbeiten und Lernen
Beiträge zum italienischen Modell des Bildungsurlaubs DM 11,-

A. Hegedüs/M. Vajda/A. Heller
Die Neue Linke in Ungarn
Bd. 2 DM 12,-

Merve Verlag

zum Teil seit ihrer Gründung 1967 gleichberechtigt mitgetragen haben. Seit 3 1/2 Jahren hatte die b:e-Redaktion keinen Chef-Redakteur. Stattdessen wurden die demokratisch gefaßten Beschlüsse der Redaktion durch gewählte Sprecher gegenüber der Verlagsleitung vertreten.
Die Redakteure stellen fest: Schon früher habe der Verleger die bildungspolitische Richtung von b:e kritisiert und Eingriffsversuche unternommen. Trotz seiner Behauptung, die bildungspolitische Konzeption von b:e zu wahren, sei deutlich geworden, daß er durch personalpolitische Eingriffe Einfluß auf die Ausrichtung von b:e nehmen wolle. Es sei unverkennbar, daß b:e sich unter dem Stichwort "Öffnung zur Mitte" auf den konservativen Trend in der Bildungspolitik einstellen solle. "Die Intentionen des Verlegers machen es uns unmöglich, in Zukunft seine bisher gelegentlichen Eingriffsversuche in die redaktionelle Unabhängigkeit abzuwehren."
Kontaktadressen: Gustav Grauer, Luxemburger Str. 32, 1000 Berlin 65 und Jürgen Zinnecker, Berliner Str. 16, 6238 Hofheim.

Neue Kundgebung in Brokdorf !

"Die in der Regionalkonferenz der Bürgerinitiativen zusammengeschlossenen Bürgerinitiativen rufen alle Bürgerinitiativen auf, sich mit ihnen zusammen Anfang Februar 1977 zu einer Großkundgebung am Bauplatz des geplanten Kernkraftwerks Brokdorf einzufinden und sich entsprechend vorzubereiten." Dieser Aufruf wurde auf der koordinierenden Sitzung aller Gruppen der Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe (BUU) am 4. Dezember einstimmig verabschiedet. Schon vorher hatte es einmütige Erklärungen gegeben, daß die BUU eine Platzbesetzung auch weiterhin für ein legitimes Mittel hält, den Bau des Atomkraftwerks zu verhindern, weil man sich auf den Rechtsweg allein nicht verlassen könne...
Innerhalb der Bürgerinitiativen an der Unterelbe haben sich Arbeitsgruppen gebildet, die schwerpunktmäßig bestimmte Aufgaben wahrnehmen. Ein Ermittlungsausschuß sammelt Material, um die bevorstehenden Prozesse wegen Landfriedensbruch vorzubereiten und ein möglichst vollständiges Bild des Polizeieinsatzes zu erstellen. Auch eine Dokumentation der Ereignisse ist in Vorbereitung. In Hamburg haben sich zahlreiche Stadtteilgruppen gebildet, die Öffentlichkeitsarbeit leisten. Die gesamte Öffentlichkeitsarbeit wird zunehmend wichtiger, weil sich zur Zeit eine Beschränkung der Berichterstattung in den Medien abzeichnet. Auf Initiative der schleswig-holsteinischen CDU wird im Norddeutschen Rundfunk die gesamte Brokdorf-Berichterstattung in Funk und Fernsehen vom Verwaltungsrat überprüft...
Inzwischen liegt eine Broschüre von Ursula Mommsen zu Brokdorf vor, die im wesentlichen folgende Themen behandelt: Zum politischen Bewußtsein der Bevölkerung in agrarstrukturierten Gebieten; Ökonomischer Hintergrund zum Kernkraftwerk in Brokdorf; Umfrage in Brokdorf und Wewelsfleth "Wie denkt die Bevölkerung?"; Einschätzung des Konflikts um die Kernenergie; Strategie von Staat und Industrie. Die Broschüre kann bezogen werden gegen Voreinsendung von DM 5,– in Briefmarken oder gegen Vorüberweisung auf Postscheckkonto Hamburg Nr. 383275-202, Ursula Mommsen, Pfenningsbusch 2, 2000 Hamburg 76. Wir haben mehrfach Anfragen nach der Adresse der Zentralstelle der Bürgerinitiativen erhalten. Diese lautet: Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz e.V. (BBU), Schliffkopfweg 31a, 7500 Karlsruhe 21 und BBU-Info-Versand, Horstackerstr. 24, 6700 Ludwigshafen. Dort können auch die Adressen regionaler und lokaler Umweltschutz-Bürgerinitiativen erfragt werden.

Schwulen-Film: Rosa Winkel

Zu diesem Film: In den Konzentrationslagern der Hitler-Faschisten gab es eine Häftlingsgruppe, die von den Geschichtsschreibern bis heute gern "vergessen" wird: die Homosexuellen. Gekennzeichnet waren sie durch ein rosa Dreieck, das an der Kleidung aufgenäht war. Die Männer mit diesem "Rosa Winkel" wurden nicht nur von den Faschisten, sondern oft auch von ihren Mitgefangenen unterdrückt. Zitate und Fotos dokumentieren am Anfang des Films den brutalen Terror gegen Schwule in den Konzentrationslagern. Nach dem Krieg änderten die Herrschenden und die Bevölkerung in der BRD ihr Verhalten gegenüber Schwulen kaum. Der von den Nazis verschärfte § 175 wurde nicht verändert, KZ-überlebende Schwule erhielten bis heute keine Wiedergutmachung.
Auch nach zwei "Liberalisierungen" des § 175 in den letzten Jahren gehören Diskriminierung und Existenzvernichtung noch immer zum täglichen Leben von Homosexuellen. Vier Betroffene berichten im zweiten Teil des Films über Schwulendiskriminierung heute:
- Rechtsanwalt Otto Jänisch, Saarbrücken, wurde erst nach erheblichen Schwierigkeiten und einer Pressekampagne als Anwalt zugelassen. Damalige Stellungnahme der saarländischen Anwaltskammer: "Die etwaige Unterhaltung homosexueller Beziehungen läßt den Bewerber nicht würdig erscheinen, den Beruf eines Rechtsanwalts auszuüben."
- Werner Janik, Mitglied einer Bonner schwulen Emanzipationsgruppe, wurde von zwei Gerichten zu einer dreimonatigen Beugehaft verurteilt, weil er sich weigerte, die Namen von Mitgliedern seiner Aktionsgruppe vor Gericht zu nennen.
- Olav Meyer-Sievers, die Polizei holte den Hamburger Schüler buchstäblich aus dem Bett seines Freundes.
- Reinhard Koepp wurde in Westberlin aus dem Schuldienst entlassen, weil er sich öffentlich zu seiner Homosexualität bekannte. Obwohl Schüler und Eltern protestierten, ist er bis heute als Lehrer mit Berufsverbot belegt.

kleinanzeigen

(1/1) **Undogmatischer Jahreskalender,** DIN A2 beidseitig bedruckt! 2 Stück gegen Einsendung von DM 2,– (Briefmarken) an Jari Cuypers, Göbenstr. 5 55 Trier.
(1/2) Zeitung für eine Musik, die von unten kommt **"Unsere Stimme"** mit Beiträgen von Pete Seeger, Ton Steine Scherben, Oktober, Sparifankal, Ochs u.a. Gegen eine Schutzgebühr von DM -,20 (Briefmarken) bei Trikont Verlag, Josephsburgstr. 16, 8000 München 80
(1/3) Dokumentation zum verbotenen Theaterstück **"Der Geist von Oberzell"** – Text und die versch. Gerichtsurteile – 84 S./DM 6,–; Gegen Voreinsendung in Briefmarken oder Scheck an Studiobühne c/o Dr. Wolfgang Schulz, Neubergstr. 17, 87 Würzburg
(1/4) **AK-Kritik** – auf ca. 120 Seiten haben Genossen der Sozialistischen Hochschulinitiative Nürnberg und der Jungsozialisten Hochschulgruppe Erlangen ihre Kritik an der AK-München und der 'Marxistischen Gruppen' zusammengefaßt. Gegenstand ist die 'Programmatische Erklärung' in den Resultaten 1/74. In die Kritik fließen die an der Hochschule gemachten Erfahrungen mit ein. Bezug gegen Voreinsendung von DM 6,– (in Briefmarken) bei Munsche & Werner c/o SHI Nürnberg, Werderstr. 7, 85 Nürnberg
(1/5) **Fluchblatt** Nr. 25 enthält: Frau und Kirche – Südafrika – Emanzipation einer Gemeinde – Berichte aus dem Kirchenalltag; 40 S. Bezug: Fluchblatt-Redaktion, Madergasse 1-3, 74 Tübingen
(1/6) **Gegen-Knast** Nr. 3 – Zeitung des Informationszentrums für Gefangenengruppen – enthält Berichte und Briefe aus dem Knast – Zur Isolation – Englische Gefangenenbewegung – Medizinische Unterversorgung – Thesen zur Funktion des Knastes und Knastarbeit; ca. 35 S./ DM 1,–; Bezug gegen Voreinsendung von Briefmarken über Inga Schaefer, Brandenburgerstr. 32, 48 Bielefeld 1
(1/7) Dokumentation **"Geschichte einer Bewegung – Initiative Jugendzentrum Cuxhaven"** schildert auf 71 S. das Organisationsmodell und die Arbeit des Jugendzentrums und die Spaltung durch den KJVD. Gegen Voreinsendung von DM 4,– zu beziehen über AG SPAK Publikationen –, Friesenstr. 13, 1 Berlin 61
(1/8) **Falkenkalender 1977** DIN A 2 beidseitig bedruckt mit vielen Comics; Gegen Voreinsendung von DM 1,– (in Briefmarken) zu beziehen über SJD-Die Falken, Postfach 1923, 465 Gelsenkirchen
(1/9) **Kreuzberger Stadtteilzeitung** – Erfahrungsberichte über die Probleme von Obdachlosen. Auseinandersetzung mit der Sozialburokratie. die Arbeit von Initiativgruppen etc. Bezug über Ulrike Urban, Fuggerstr. 33, 1 Berlin 30
(1/10) **"Stärke 12"** – Jugendzeitung des Niebuller Jugendzentrums – berichtet über Atomkraftwerke. die Arbeit im JZ, Frauengruppe im JZ etc. Gegen Voreinsendung von DM 1, (in Briefmarken) zu beziehen über Jugendzentrum Niebüll, Gotteskoogstr. 22, 226 Niebüll
(1/11) **Blickpunkt Ausländer** Nr. 10/76 enthält: Welche Kultur für ausländische Arbeitnehmer? – Islam – Zur Türkei – Mieterberatung in Kreuzberg –; Gegen Voreinsendung von DM 3, zu beziehen über Centre Européen Immigres, 51 rue Vanderkindere, 1180 Bruxelles/Belgien
(1/12) **International Inhaftierte Kriegsdienstgegner** – seit 1956 stellt die WRI in Brüssel alljährlich eine Übersicht über die inhaftierten Kriegsdienstgegner zusammen. Die Liste hat den Zweck, den inhaftierten Freunden und Genossen unsere Solidarität mit dem Kampf gegen Militär und Militarismus durch einen Kartengruß oder Briefkontakt zu bekunden. Die Liste ist gegen Voreinsendung von DM 1,– in Briefmarken erhältlich bei: Karl-Heinz Seng, Daimlerstr. 13, 2 HH 50
(1/13) **Blätter des IZ3W** Nr. 57 enthält als Schwerpunktthema "Frauen in der Dritten Welt" sowie Berichte und Leserbriefe; 50 S./DM 2,50; Bezug: IZ3W, Postfach 5328, 78 Freiburg
(1/14) **Arbeiter-Kultur,** Arbeiter-Lebensweise im Königreich Württemberg. Dokumente, Fotos, Faksimiles. Ein Ausstellungsbegleitheft. 32 Seiten, gegen DM 2,50 in Briefmarken von SZ Stuttgart, Neckarstr. 178, 7000 Stuttgart 1
(1/15) Wir, die Leute vom **Öktoberdruck,** machen Satz, Umbruch, Repro von Strich und Raster bis DIN A 1. Wir drucken auch vierfarbig bis 65x92 cm, auch auf billigem Papier. Wir kümmern uns um buchbinderische Weiterverarbeitung, und wir helfen euch bei der Planung von Zeitungen, Flugblättern und Broschüren. Oktoberdruck, Telefon 030/6123256
(1/16) "Knoblauch", **sozialistische Schülerzeitung.** Zeitung für (nicht nur) den zweiten Bildungsweg in Kassel. Diesmal: Was ist unsere Schule wert?, gegen 1,50 DM in Briefmarken über "knoblauch", c/o Hessenkolleg, Witzenhäuser Str. 5, 3500 Kassel

STELLENANGEBOTE/SUCHE

(1/17) Genoss(in)e mit Buchhandlerausbildung oder langer Buchhandelserfahrung für **Buchladenprojekt** gesucht. Zuschriften an Eberhard Hoefer, Kiskerstr. 5, 48 Bielefeld 1
(1/18) **Sozialarbeiter** zum 1.7.1977/1.10.1977 von einer Dachorganisation Behinderter in Düsseldorf gesucht. Selbständige Arbeit im Freizeitbereich (regional und überregional) erforderlich. Zuschriften unter Chiffre 1/15 an Sozialistisches Büro
(1/19) Wohnheim für Behinderte sucht **Ersatzdienstleistenden.** Tel. 0611/504898
(1/20) SJD-Die Falken Köln suchen zum 1.2.1977 einen hauptamtlichen Mitarbeiter für die Organisationsaufgaben und die **Betreuung der Bildungsarbeit.** Voraussetzungen: Mindestalter 21 Jahre, abgeschlossene Berufsausbildung oder Sozialarbeiter-oder Lehrerexamen. Bewerbungen an SJD-Die Falken, Severinswall 32, 5 Koln 1
(1/21) **Sozialarbeiter/Sozialpädagoge** gesucht für ein Alternativprojekt. 2 männliche Mitarbeiter mit Erfahrungen in der Kinder- und Jugendarbeit, die sich engagiert in einem Team von 15 Kollegen/innen einbringen wollen. Spaß an intensivem Gruppendienst ist erforderlich. Informationen: Institut für Sozial- und Heilpädagogok, Großer Plan 13, 31 Celle
(1/22) Suche Lehrstelle als **Buchhändler** in einem linken Verlag oder Buchladen im Raum Hannover. Dieter Porzgen, Sen.-Meierstr. 54, 305 Wunstorf 1
(1/23) Suche **Zivildienststelle** im Raum Marburg ab Anfang 1978. Habe dann Examen in Germanistik und Politik. Zuschriften über Chiffre 1/20 an Sozialistisches Büro
(1/24) Suche Stelle als **Sozialarbeiter** ab April 1977; bin 25 J., verh., wohnortunabhängig und bringe Erfahrungen aus der praktischen Arbeit in der Familienfürsorge, der Jugendarbeit und Wohnkollektivarbeit mit, ebenso abgeschlossene Mechanikerlehre. Günter Hamburger, Hugenottenstr. 16, 68 Mannheim 71

ARBEITS-/WOHN- UND FREIZEITKONTAKTE

(1/25) Soziologiestudentin, 23 J. sucht zum 1.4.77 in Berlin Zimmer in einer **Wohngemeinschaft.** Zuschriften unter Chiffre 1/22 an Sozialistisches Büro
(1/26) **Alternativprojekt** im Raum Baden – wir möchten ein Projekt im Bereich Ausbildung/Sozialarbeit initiieren, wobei Wohnen, Beruf und Öffentlichkeitsarbeit im verbindlichen Zusammenhang einer Gemeinschaft stattfinden sollen. Wir suchen Kontakt zu ähnlichen Projekten in der BRD und zu Leuten, die solche Projekte planen. Zuschriften unter Chiffre 1/23 an Sozialistisches Büro
(1/27) Wir – Psychologiestudentin (30) und Verlagsangestellter (36) – suchen 2-3 Leute für **Wohngemeinschaft** in Hamburg. Kontakt: 040/722 1930 (abends)
(1/28) Wir – Fotograf (34) und Sozialarbeiterin (23) – suchen Menschen, mit denen wir **leben und arbeiten** können. Monika Nieswand, Sengsbank 29, 46 Dortmund 1
(1/29) Wir suchen eine 6-7 Zimmer **Wohnung** oder Haus in Ffm und Umgebung. Zuschriften an Doris Heger, Ginnheimer Landstr. 42/465, 6 Ffm 90
(1/30) Zwei Frauen und ein Mann suchen weiteres Mitglied für **Wohngemeinschaft** in Kleinstadt zwischen Minden (20 km) und Hannover (40 km) ab 1.10.1977. Haus vorhanden. Zuschriften unter Chiffre 1/27 an Sozialistisches Büro
(1/31) Wir wollen ein **Arbeitsfeld Hochschule** des SB Köln und eine Hochschulgruppe an der Uni aufbauen. Wer hat Interesse: Reinhard Kaaden, Breibergstr. 4, 5 Köln 41, Tel.: 0221/44 45 41

MATERIALIEN GESUCHT

■ Für eine Ausstellung "Bilder gegen den Paragrafen 218" Plakate, Künstlerische Arbeiten etc. (auch leihweise) Jula Dech, Steifensandstr. 5, 1 Berlin 19
■ Zum Thema: "Freizeitverhalten von körperlich behinderten Jugendlichen. Kosten werden erstattet. Mia Brink, Bergstr. 45, 58 Hagen
■ Fischer-Band "Bedingungen und Chancen politischer Sozialisation" v. W. Gottschalch, Bernd Basetn, Janesvej 41, DK-8220 Braband

TERMINE

■ Wochenendseminar für **Arbeitsloseninitiativgruppen** aus der BRD – Erfahrungsaustausch/ Möglichkeiten zum Aufbau von Selbsthilfegruppen – 28. - 30. Januar 1977 in Nürnberg. Anmeldung: Infozentrum f. jugendliche Arbeitslose, Mauthalle Zimmer 308, 85 Nürnberg
■ **SB-Gruppe Braunschweig** trifft sich jeweils donnerstags um 19.30 Uhr im "Guten Morgen" Büro in der Waabstr. 25a
■ **SB-Gruppe Fulda** trifft sich jeden Freitag im Monat in der Teestube 165, Leipzigerstr. 165, 64 Fulda-Lehnerz. Bisherige Schwerpunkte: Sozialarbeit, Gewerkschaft, Antirepression. Angesprochen sind auch die Genoss(inn)en, die in der Umgebung wohnen.
■ Demonstration und Kundgebung am 5.2.1977 in Düsseldorf und 12.2. in Hamburg "Freiheit im Beruf – Demokratie im Betrieb – Weg mit den Berufsverboten". Informationen: Initiative "Weg mit den Berufsverboten" c/o Ingrid Kurz Schanzenstr. 115, 2 Hamburg 6

Im dritten Teil des Films werden Ansätze zur Gegenwehr gezeigt:

- Szenen aus dem ersten schwulen Agitationstheater in der BRD, "Brühwarm – ein schwuler Jahrmarkt", vertiefen noch einmal die Absicht des Films, die direkte Linie der Schwulenunterdrückung vom Faschismus bis heute herauszuarbeiten:
- die Therapieszene beschreibt jeden Versuch, Schwule zu "heilen", als brutalste Folter;
- das Parkbankgespräch zwischen einem ehemaligen KZ-Schergen und einem ehemaligen Bundesverfassungsrichter zeigt, daß der Geist von "damals" auch heute noch die Geschicke unseres Staates lenkt.

Wie Schwule sich in Aktionsgruppen organisieren, zeigt schließlich ein Gespräch mit einer Braunschweiger Schwulengruppe.

Symbol der internationalen Schwulenbewegung ist heute der Rosa Winkel – eine Erinnerung daran, wohin Schwulenunterdrückung führen kann, wenn Schwule nicht aktiv für ihre Rechte kämpfen. Und: Schwulenunterdrückung betrifft jeden, denn Sexualunterdrückung war schon immer ein Mittel zur Beherrschung von Menschen.

Format 16 mm, schwarzweiß, Magnetton; Länge 48 Minuten; Kontaktadresse: Detlef Stoffe, Gerichtstr. 15, 4800 Bielefeld 1, Telefon 0521/68717.

Chile-Komitees und KBW

Das Westberliner Chile-Komitee hat zwei Mitglieder des KBW ausgeschlossen:

–weil der KBW einen großen Teil der bisherigen Chile-Solidaritätsarbeit heute als bürgerlich-imperialistisch diffamiert und bekämpft;

–weil der KBW jedes breitere Bündnis antifaschistischer und antiimperialistischer Kräfte verhindert;

–weil der KBW häufig genug gezeigt hat, daß er nicht bereit ist, sich an Mehrheitsentscheidungen zu halten, wenn sie seinen politischen Vorstellungen nicht entsprechen.

Es ist das erste Mal, daß das Chile-Komitee Mitglieder ausschließt. Das letzte Mittel des Ausschlusses war aber in diesem Fall nicht zu vermeiden, wollte man nicht die Weiterarbeit des Komitees überhaupt unmöglich machen...

Seit dem Putsch in Chile hat die Solidaritätsbewegung in Übereinstimmung mit allen Parteien der chilenischen Linken die Forderung aufgestellt, der Militärjunta in Chile keinerlei wirtschaftliche oder politische Unterstützung zu gewähren. Sie hat damit das Ziel verfolgt, die Junta international zu isolieren, dadurch ihre politische Stabilisierung im Inneren zu erschweren und die Verantwortung der internationalen Monopole und ihrer politischen Vertreter für die brutale Unterdrückung und Ausbeutung der chilenischen Arbeiterklasse bloßzustellen.

Der KBW hat diese bislang auch von ihm getragene Politik im ersten Halbjahr '76 aufgegeben und damit die Chile-Solidaritätsbewegung gespalten. Er betrachtet nunmehr die Forderung nach wirtschaftlichem Boykott der Junta als "Rechtsabweichung": Chile sei ein "vom Imperialismus ausgebeutetes Land", und mit Boykottforderungen mache man sich letztlich zum Handlanger der Imperialisten in deren Bemühen, Chile zu knebeln und auszubeuten; soweit solche Forderungen an die BRD-Regierung gerichtet werden, mache man die Chile-Solidarität zu einem Anhängsel des Imperialismus.

Indem also die Junta hinterrücks in eine allgemeine Solidarität mit dem "armen Land" Chile einbezogen wird, setzt sich der KBW außerstande, noch praktische Solidaritätsarbeit für den chilenischen Widerstand zu leisten. Solidarität reduziert sich auf verbale Anklagen gegen den Imperialismus. Die mit den Gesetzen der Logik nicht zu fassende Argumentation des KBW wird erst begreifbar auf dem Hintergrund seiner unkritischen Übernahme der Drei-Welten-Theorie der VR China, nach der heute "der Hauptwiderspruch" zwischen den beiden "Supermächten" auf der einen und den von beiden Imperialismen unterdrückten Ländern der 3. Welt auf der anderen Seite verläuft...

Eine solche Theorie vermag revolutionäre Politik nur noch als Machtpolitik im Weltmaßstab zu begreifen. Die Auseinandersetzung zwischen Klassen im Innern einzelner Länder wird damit sekundär im Verhältnis zur Auseinandersetzung zwischen Staaten. Danach hat sich linke Politik den außenpolitischen Bedürfnissen des kommunistischen Weltzentrums China unterzuordnen – eine Funktionalisierung nationaler Bewegungen für die Zwecke einer Globalstrategie, wie sie früher von der Komintern durchgesetzt wurde. Es ist daher kein Zufall, daß mit der Theorie der "neudemokratischen Aufgaben" der Revolution in den Ländern der 3. Welt wieder eine Phasentheorie verschrieben wird, wie sie lange von den Moskau-orientierten KP´s vertreten wurde und z.T noch wird.

Im Rahmen seiner Kehrtwendung in der Chile-Politik hat der KBW auch eine "Korrektur" in der Einschätzung der SPD und der Gewerkschaften vorgenommen. Die Tatsache, daß die Chile-Solidaritätsbewegung bislang darauf bedacht war, diese Sektoren in den Kampf gegen die Junta einzubeziehen, sie zu praktischer Solidarität aufzufordern und gleichzeitig die Widersprüchlichkeit ihrer Politik zu kritisieren, wird jetzt vom KBW dazu benutzt, "nachzuweisen", daß man sich zu einem "Anhängsel der SPD-Politik" mache. Daß die Politik der SPD als Regierungspartei in krassem Widerspruch steht zu dem,

Portugal-Solidarität

Die materielle Unterstützung aus dem Portugal-Solidaritäts-Fonds des Sozialistischen Büros für Basisprojekte der portugiesischen Linken wurde in den letzten Monaten, wenn auch "auf kleiner Flamme" fortgeführt. Vor allem folgende Projekte wurden unterstützt: 2.000 DM an die Gemeinde Barao de Sao Joao zur Unterstützung des Baus eines Gemeindezentrums; 2.000 DM an die Arbeiter einer Reparaturwerkstatt-Kooperative in Lagos; 1.000 DM an die Kooperative Victoria do Povo als Beihilfe zur Anschaffung von Pumpen zur Bewässerung von Feldern; 2.000 DM an den Kindergarten der Lisnavearbeiter in Almada; 7.000 DM an die Landwirtschaftskooperative Quebradas zur Reparatur landwirtschaftlicher Maschinen und zum Einkauf von Wintersaat.

DM 3.000 gingen an die unabhängige linke Wochenzeitung "Gazeta", die seit April 1976 erscheint. "Gazeta" entstand als Gegeninformationsmedium (die verstaatlichte Presse wurde nach dem 25. November 1975 von Linken gesäubert und verbreitet mehr oder weniger die offizielle Regierungsmeinung) aus ehemaligen "Republica"-, Radio- und Fernsehjournalisten. Die "Gazeta" ist gegenwärtig ein unersetzliches, aktuelles Informationsorgan mit einer Auflage von ca. 22.000 Exemplaren. Die Zeitung ist autonom und wird weder von den Parteien, noch mit staatlichen Krediten unterstützt und befindet sich ständig in einer mehr als prekären Finanzlage. Obwohl die redaktionellen Aufwendungen minimiert sind (kleines Büro, unentgeltliche Redaktionsarbeit, kein Telex) sind Papier, Druckkosten, Vertrieb etc. immer noch teurer als die Verkaufseinnahmen. Der Unterstützungsbetrag von DM 3.000 aus dem Portugal-Solidaritäts-Fonds des SB wurde überwiesen, als uns Anfang Dezember 1976 ein dringender Aufruf der "Gazeta"-Redaktion erreichte, da das Geld gerade noch für die nächsten drei Nummern ausreiche und die Fortführung der Zeitung existenziell bedroht sei.

Der Arbeitsausschuß des SB hat beschlossen, das bisherige Portugal-Sonderkonto auszuweiten und zukünftig als "Portugal-Spanien-Solidaritätsfonds" weiterzuführen. Spenden, die bisher für Portugal-Solidarität eingingen, werden bis sie aufgebraucht sind ausschließlich für Projekte in Portugal verwendet. Zukünftig eingehende Spenden werden (soweit nicht ausdrücklich eine besondere Zweckbestimmung angegeben wird) in den gemeinsamen Portugal-Spanien-Solidaritätsfonds eingebracht und je nach Anforderungen zur Unterstützung linker Basisaktivitäten in Portugal oder Spanien verwendet. Spenden sind einzuzahlen an Portugal-Spanien-Solidaritätsfonds, Sonderkonto Michael Schwelien, Bank für Gemeinwirtschaft, Niederlassung Offenbach, Nr. 17455702.

DIE LINKE OPPOSITION IN DER SOWJETUNION 1923 - 1928
Herausgegeben und eingeleitet von Ulf Wolter
Gesamtwerk: 6 Bände
Bei Bestellung des Gesamtwerks pro Band DM 1,- Ermäßigung.
Bereits erschienen:
Band I, 540 S., DM 26,80
Band II, 560 S., DM 26,80
Band III, 620 S., DM 29,80
Band IV, 520 S., DM 26,80

Deutschland deine Beamten
Ein Lesebuch
mit Beiträgen von Dronke, Heine Weerth, Fontane, H. und T. Mann, Hesse, Tucholsky, Weinert, Seghers Kluge, Böll, Zahl, u.v.a.
180 Seiten – DM 9,80

Helmut Fleischer
SOZIALPHILOSOPHISCHE STUDIEN
Zur Kritik der marxistisch-leninistischen Schulphilosophie
192 Seiten – DM 7,80

ALLGEMEINER KONGRESS DER ARBEITER- UND SOLDATENRÄTE DEUTSCHLANDS
Stenographische Berichte der Tagung vom 16. – 21. Dez. 1918
220 Seiten - Format DIN A 4 – DM 24,80

KRITISCHE BIBLIOTHEK DER ARBEITERBEWEGUNG
Richard Müller
GESCHICHTE DER DEUTSCHEN REVOLUTION – 3 Bände
Band I, Vom Kaiserreich zur Republik, 220 S. – DM 8,80
Band II, Die Novemberrevolution, 296 S. – DM 12,80
Band III, Der Bürgerkrieg in Deutschland, 260 S. – DM 9,80

Roy Medvedev
SOLSCHENIZYN UND DIE SOWJETISCHE LINKE
Eine Auseinandersetzung mit den drei Bänden des Archipel GULag und andere Schriften.
100 Seiten – DM 7,80

KRITIK DER POLITISCHEN ÖKONOMIE
Nr. 3/4 Reform und Revolution in Portugal
Nr. 5 Portugal – Grenzen der Revolution?
Nr. 8/9/10 Spanien – Die zweite Revolution?
Nr. 11/12 USA / Südafrika
Einfachheft DM 6.-; Doppelheft DM 9.-; Dreifachheft DM 15.-
Abo. 4 Nrn. DM 21.- (incl. Porto)
PschKto BlnW 47006 - 104

Armanski, Penth, Pohlmann
LOHNARBEIT IM ÖFFENTLICHEN DIENST DER BRD
Staatstreue oder Klassenkampf?
362 Seiten – DM 19,80

DIE LANGEN WELLEN DER KONJUNKTUR
Beiträge zur marxistischen Konjunktur- und Krisentheorie von Parvus, Kautsky, Kondratieff, Trotzki und Mandel
272 Seiten – DM 14,80

edition prinkipo

Die neue Broschüre vom Aktionskomitee gegen Berufsverbote:
Gewerkschaften und Berufsverbote / 80 Seiten – DM 4,–

Bitte fordern Sie unseren Katalog unter Beifügung einer 50-Pfg-Marke an: Verlag Olle & Wolter, Postfach 4310, 1000 Berlin 30

olle&wolter

was diese Partei als Anspruch und Versprechen proklamiert, und daß die Gewerkschaften ihren Protest allenfalls verbalradikal artikulieren, ansonsten aber kaum praktische Initiativen entwickeln, kann und soll nicht geleugnet werden. Die hieraus für die Linke in der BRD sich ergebenden Probleme sind jedoch nicht durch Hände-weg-Appelle und auch nicht durch plakatives "Entlarven" zu lösen. Die Linke kann und muß versuchen, die Widersprüche sozialdemokratischer und bürgerlich-liberaler Politik zu einem Ansatzpunkt ihrer Argumentation und ihres politischen Handelns zu machen.

SPD und Gewerkschaftsbürokratie werden nicht dadurch "entlarvt", daß ihre Erklärungen gegenüber der Junta als "purer Betrug der Massen in der BRD" begriffen werden. Damit wird die SPD, werden die Gewerkschaften falsch beschrieben. Wenn wir uns weigern, in jedem SPD-Mitglied, in jedem Juso und jedem Gewerkschaftsfunktionär einen "imperialistischen Agenten" zu sehen, so heißt das freilich keineswegs, daß wir sie als Revolutionäre begreifen. Das entspräche weder ihrem Selbstverständnis noch unserer Einschätzung ihrer politischen Positionen und Funktionen. Jedenfalls besteht zwischen ihnen und der Pinochet-Diktatur keine Identität – dies zu behaupten, wäre absurd. Für uns kommt es darauf an, diese Sektoren in unsere Solidaritätsarbeit einzubeziehen, um hier sowohl Vermittlungs- als auch Polarisierungsprozesse zu initiieren. Denn erst in dem Maße, wie sich die konkreten Widersprüche und Grenzen in der Politik dieser Sektoren herausstellen und nachweisen lassen, können tatsächlich auch sozialdemokratische Illusionen abgebaut werden.

Die vom KBW beschworene Unabhängigkeit der Chile-Komitees wird nicht durch abstrakte Abgrenzung erreicht, die bestenfalls zur Isolierung, meist jedoch zur Diskreditierung sozialistischer Politik überhaupt führt, sondern nur dadurch, daß wir eine Politik entwickeln, die in der Lage ist, SPD, Gewerkschaften und Liberalen mehr als bloße Sprechblasen und verbale Kraftmeierei entgegenzusetzen.

CHILE-KOMITEE WESTBERLIN

In einem Artikel "Die richtige Grundlage für die Arbeit des Chile-Komitees schaffen" wendet sich ein Mitglied der KBW-Fraktion im Kieler Chile-Komitee gegen die Meinung der grossen Mehrheit des Komitees, weiterhin für die Forderung nach wirtschaftlicher Isolierung der chilenischen Junta einzutreten. Dabei geht aus dem Artikel nirgends hervor, daß es sich dabei um die Ansicht einer Minderheit im Komitee handelt. Die Forderung nach Boykott der Junta war bisher immer unumstritten gewesen und ist auch Bestandteil der Plattform des Komitees. Noch im Juni dieses Jahres hatten wir einstimmig konkrete Aktionen dazu beschlossen und unsere Delegierten zur Delegiertenkonferenz der westdeutschen Chile-Komitees beauftragt, diese dort zu vertreten. Nichts Böses ahnend hatten wir 2 KBW-Mitglieder dazu bestimmt. Für diese anscheinend selbst überraschend, gab dann die Leitung des KBW die neue Direktive heraus, die Forderung nach Boykott der Junta zu streichen. Entgegen ihrem ausdrücklichen Auftrag stimmten nun "unsere" Delegierten entsprechend dieser neuen Anweisung des KBW. Diese Auseinandersetzung hat in den letzten Monaten die Arbeit des Komitees schwer gelähmt, so daß eine endgültige Klärung dringend nötig ist.

Die Argumente des KBW erscheinen auf den ersten Blick einfach und logisch:

–Der Hauptwiderspruch ist der zwischen Chile als kleinem, vom Imperialismus ausgebeuteten Land auf der einen und dem Imperialismus auf der anderen Seite.

–Forderungen, wie keine Kredite, keine Umschuldungen (was im Effekt das gleiche ist) und Boykott der Exportgüter schwächen Chile und arbeiten damit dem Imperialismus in die Hände, denn

–die Junta wird das fehlende Geld durch eine verschärfte Ausbeutung des Volkes eintreiben.

Der Hauptfehler liegt darin, daß hier der Widerspruch zwischen Arbeiterklasse und Volk in Chile und den imperialistischen Staaten einerseits, Imperialisten und ihren Handlangern andererseits verschoben wird auf einen Gegensatz zwischen Industrieländern und Ländern der 3. Welt. Die Junta braucht die Unterstützung der Imperialisten, um sich gegen das chilenische Volk zu behaupten, die Imperialisten brauchen die Junta, um Chile in ihrem Sinne auszubeuten. Der Kampf gegen den Imperialismus und der Kampf gegen die Junta sind nicht zu trennen; sie sind die gleiche Sache. Gelingt es, die Imperialisten an einer weiteren Unterstützung der Junta zu hindern, können wir dem chilenischen Volk eine Hilfe in seinem schweren Widerstandskampf geben. Alles Geld, das die Junta durch Kredite und Exporterlöse zusätzlich erhält, verwendet sie zum Ankauf von Waffen oder zur Bezahlung ihrer Generäle, Folterknechte und anderen Diener, die sie zur Unterdrückung und als Rest einer sozialen Basis braucht.

Nicht ein Pfennig davon kommt dem chilenischen Volk zugute. Durch die totale Unterdrückung ist es dem chilenischen und ausländischen Kapital schon jetzt möglich das Volk maximal auszubeuten, eine weitere Steigerung ist kaum denkbar. Wenn eines Tages eine fortschrittliche Regierung in Chile die Streichung aller Schulden fordert, hindert uns nichts daran, diese Forderung nach Kräften zu unterstützen.

Mit seiner unsinnigen Forderung hat sich der KBW von allen Kräften des chilenischen Widerstands isoliert. Es gibt keine Gruppe der chilenischen Linken, von der Einheitsgewerkschaft CUT über KP bis zum MIR, die nicht entschieden den wirtschaftlichen Boykott der Junta fordert. Sie wie auch die schottischen, schwedischen und italienischen Arbeiter, die Boykottaktionen durchgeführt haben, werden sicher erstaunt sein zu hören, daß sie alle nur dem Imperialismus in die Hände gearbeitet haben...

CHILE-KOMITEE KIEL

Neue Ungereimtheiten des KBW

...Falsch ist es zu glauben, die BRD-Regierung unterstütze die Junta, z.B. durch Kredite, Umverschuldungen oder Entwicklungshilfe, wie es in den falschen Parolen zum Ausdruck kommt. Denn das Verhältnis des BRD-Imperialismus und seiner Regierung zur Junta von Chile ist kein freundschaftliches, sondern ein Verhältnis wie zwischen einem Herrn und seinem Hund, wobei der Hund an der Kette liegt und Gefangene bei der Zwangsarbeit überwacht. Das Ziel der Imperialisten ist es, die Rohstoffe Chiles (Kupfer, Holz, Uran usw.) sowie die billige chilenische Arbeitskraft auszuplündern und auszubeuten. Die Junta sorgt für die Durchführung dieses Programms durch faschistische Unterdrückung und Entrechtung der chilenischen Volksmassen...

Tanzt die Junta nicht nach der Pfeife der Imperialisten, dann drohen diese mit Kreditentzug. Das liefe dann darauf hinaus, daß z.B. die Junta ihre Schulden beim Ausland sofort zurückzahlen müßte. Aber führt das nun zu ihrem Sturz? Keineswegs, denn die Junta wird dafür sorgen, daß sie das nötige Geld durch noch schärfere Ausbeutung der Volksmassen eintreibt, indem sie die Steuern erhöht und die sozialen Leistungen vollständig einschränkt. Man sieht, durch Entzug von Krediten (wie es übrigens einige westeuropäische imperialistische Länder bereits taten dadurch, daß sie die Umschuldungsverhandlungen boykottierten) wird nicht etwa die Junta zu Fall gebracht, sondern das chilenische Volk noch tiefer in Hunger und Elend gestürzt! Das kann aber nicht unser Ziel sein! Die Opportunisten im Komitee wollen sich an den Herrn, den BRD-Imperialismus wenden und ihn auffordern, den Freßnapf des Hundes höher zu hängen. Dem Herrn selber wollen sie nicht ans Leder, was sich darin ausdrückt, daß sie den Klassenkampf der Arbeiterklasse hier gegen den Imperialismus für überflüssig halten. Die Arbeiterklasse führt allerdings diesen Klassenkampf im eigenen Land gegen die Imperialisten und ihren Staatsapparat mit dem Ziel, ihre Herrschaft zu stürzen und den Sozialismus aufzubauen. Dies ist neben der direkten materiellen Unterstützung des Widerstandskampfes des chilenischen Volkes der Beitrag der westdeutschen Arbeiterklasse zum proletarischen Internationalismus...

(Aus "Die richtige Grundlage für die Arbeit der Chile-Komitees schaffen", Bezirksbeilage Holstein der "Kommunistischen Volkszeitung" Nr. 45/76)

Die Kampagne der Münchener Justiz gegen das BLATT

In der Verfolgung des politischen Gegners in der BRD macht sich seit einiger Zeit eine neue Tendenz breit: kriminalisiert wird nicht mehr nur sogenanntes "handlungsorientiertes Unrecht", also Taten, bei denen tatsächlich etwas passiert ist, es Tote, Verletzte oder sonstwie Geschädigte gegeben hat, sondern die strafrechtlichen Sanktionen werden ausgedehnt auf den Bereich der Meinungsäußerung, bestraft wird die bloße Gesinnung, selbst wenn sie sich nicht in bestimmten anderen Straftatbeständen konkretisiert hat.

Beispiele für diese Ausdehnung der staatlichen Repressionsmaschinerie sind auf der Gesetzgebungsebene die Neueinführung bzw. verschärfte Anwendung von §§ wie 88a, 90a (Verunglimpfung des Staates), § 138 (Nichtanzeige geplanter Straftaten), aber auch die volle Ausschöpfung und Ausdehnung der sonstigen allgemeinen Strafbestimmungen gegen "linke Täter". Die sich so eröffnende Möglichkeit der Bestrafung von Meinung/Gesinnung etc. trifft naturgemäß Verlage, Zeitschriften, Zeitungen und Buchhandlungen am stärksten.

Prototypisch für diese Entwicklung ist die Kampagne der Münchener Justiz gegen die seit über 3 Jahren erscheinende Zeitschrift BLATT, Stadtzeitung für München". Es handelte sich hierbei zunächst um eine reine Informationszeitschrift, die über Kino-, Theater-, Musikprogramme und Veranstaltungen im Raum München berichtete. Die zunächst kleine Auflage stieg allmählich an, und das BLATT entwickelte sich zu einem Forum für verschiedenste, nicht parteigebundene Gruppenansätze, von

Wichtiger Pozeßbeginn

Wir haben in "links" mehrfach über die Haftbedingungen von Karl-Heinz Roth berichtet und die Haftverschonungskampagne unterstützt. Der Termin für den Prozeßbeginn gegen Karl-Heinz Roth und Roland Otto wurde jetzt kurzfristig bekanntgegeben: Montag, 17. Januar 1977 vor der 11. großen Strafkammer des Landgerichts Köln, Appellhofplatz 1, 5000 Köln 1, Vorsitzender: Dr. Draber. Es sollten deshalb die Aktivitäten der Haftverschonungskampagne verstärkt unterstützt werden. Wegen Nachfragen wendet euch an das Unterstützungsbüro, Glasstr.80, 5000 Köln 30. Zur Abdeckung der umfangreichen finanziellen Belastungen wird Geld gebraucht. Spenden sind zu überweisen auf das Konto Karl-Heinz Roth, Hamburger Sparkasse, Konto Nr. 1238/495590.

der "Roten Hilfe" über Bürgerinitiativen bis zu makrobiotischen Wohngemeinschaften wird verschiedenen Gruppierungen die Gelegenheit gegeben, sich selbst darzustellen. Verstärkt wurde neben dem Veranstaltungs- und Informationsteil auch über politische Prozesse, Anwaltsgesetze, Berufsverbote und andere politische Themen berichtet. Als diese Themen zunahmen und die Auflage und Verbreitung über Kioske, Buchläden, Theater, Kinos und Kneipen ständig anstieg – die Auflage liegt derzeit bei 12000 Exemplaren alle 14 Tage –, setzte die Reaktion von Polizei, Staatsanwaltschaft und Gerichten ein. Seit etwa eineinhalb Jahren sehen sich die verantwortlichen Redakteure der Zeitschrift einer Flut von Ermittlungsverfahren und Prozessen ausgesetzt; bereits dreimal wurde eine Ausgabe beschlagnahmt.

Einige Beispiele: Zur Beschlagnahme des 68. BLATTes führte eine Zeichnung im Anzeigenteil, die aus der französischen Tageszeitung Libération ausgeschnitten war und einen langhaarigen Mann zeigte, der einen undefinierbaren Gegenstand wirft; daneben steht "right on". Hierin wurde eine Anstiftung zur Brandstiftung gesehen. Die Tatsache, daß auf Beschwerde der Verteidigung das Landgericht die Beschlagnahme aufhob und eine strafbare Handlung verneinte, hinderte die politische Abteilung der Staatsanwaltschaft nicht, jetzt Anklage gegen den verantwortlichen Redakteur zu erheben.

Exemplarisch ist auch die Anzeige gegen den Redakteur des 57. BLATTes, die inzwischen auch zur Anklage zugelassen wurde. Hier wurde in einer Karikatur, die im Stil von Walt-Disney-Comics gezeichnet war, die Aufforderung zu einer strafbaren Handlung gesehen. Die Anklageschrift gesteht zwar die "verschleierte Form", in der die Aufforderung zu Straftaten geschieht, zu, meint aber, daß durch den Comic eine Stimmung erzeugt wird, in der ähnliche Straftaten gedeihen können. Andere würden aufgefordert, Automaten des Münchner Verkehrsverbundes so zu beschädigen, daß sie nicht mehr ordnungsgemäß funktionieren. Der Verteidiger hat in seiner Einwendungsschrift gegen die Anklage versucht, die Absurdität deutlich zu machen, indem er ironisch auf die Straftaten hinwies, die der Staatsanwalt noch übersehen hatte. So hieß es hier etwa: "Bei der Frage, ob durch die Bildgeschichte zu strafbaren Handlungen aufgefordert wird, hat die Staatsanwaltschaft die bildliche Darstellung der Täter außer acht gelassen. Offensichtlich handelt es sich um Mitglieder einer der bekanntesten kriminellen Vereinigungen der Welt, die Panzerknakkerbande (in der Bildgeschichte fälschlicherweise Automatenknacker). Dies hätte den federführenden Herren der Staatsanwaltschaft aus ihrer eigenen Kinderzeit und der Lektüre der berüchtigten Donald-Duck-Bildgeschichte des anderweitig posthum zu verfolgenden Disney, Walt bekannt sein müssen. Die Panzerknackerbande hat sich bekanntlich zusammengetan, um den allseits beliebten und geachteten Unternehmer Duck, Dagobert, einer absolut staatserhaltenden Figur, sein Eigentum zu stehlen. Eine Vereinigung aber, deren Ziele und deren Tätigkeit darauf gerichtet sind, Straftaten zu begehen, nennt das StGB 'kriminelle Vereinigung'. Schon aus der Abbildung der Mitglieder dieser kriminellen Vereinigung läßt sich somit schlagend nachweisen, daß zu einer strafbaren Handlung aufgefordert worden ist...".

Aus der Flut der Verfahren gegen die Redakteure des BLATTes sollen einige Zitate und die Reaktion von Staatsanwaltschaft und Gericht hierauf vorgetragen werden:

Ein Bericht über die Lorenz-Entführung enthielt die Formulierung: "Beiseite vom Riesenrummel um die bisher glänzend gelungene Befreiung der politischen Gefangenen Siepmann, Becker, Kröcher-Tiedemann, Pohle und Heißler haben wir hier einige Hintergrundinformationen um die in diesem Fall reichlich bedrohliche Informationstaktik der baye-

Zum „Fall" Peter Schult

Peter Schult, seit Jahren in der Münchner Roten Hilfe aktiv, ständiger Mitarbeiter der Stadtzeitung "BLATT" und Autor zahlreicher Beiträge in der Zeitschrift "Autonomie", wurde am 7. Oktober vor einem Münchner Gericht in erster Instanz zu 2 Jahren und 3 Monaten Haft verurteilt. Begründung: "Mißbrauch eines Kindes".

Am 21. Juni letzten Jahres traf Peter Schult in der Münchner S-Bahn ein 9-jähriges Mädchen, das von zu Hause weggelaufen war. Sie erzählte ihm ihre Geschichte: von einem Elternhaus, in dem es ständig Prügel gibt, die Brüder probieren ihre pubertierende Sexualität an ihr aus, ständig wird ihr mit Einweisung ins Heim gedroht. Sie hat Angst, möchte nicht mehr nach Hause zurück. Peter Schult nimmt sie mit in seine Wohnung, läßt sie bei sich übernachten. Am nächsten Morgen rät er ihr, zusammen mit einer ihrer Lehrerinnen, zu der sie Vertrauen hat, wieder zu ihren Eltern zurückzukehren. Wenn sie wolle, könne Sie sich auch wieder bei ihm melden, vielleicht könnten er und andere dann weiterhelfen.

Das Mädchen verabschiedet sich, wird jedoch schon kurze Zeit danach von einer Polizeistreife aufgegriffen. Sie gerät in die Verhörmühle. Daraus entsteht der Vorwurf, Peter Schult habe sie mißbraucht! Kurz darauf wird er verhaftet und sitzt über zwei Monate in Untersuchungs-Haft. Aufgrund eines lange verzögerten Gutachtens wird Peter Schult bei der ersten Haftprüfung auf freien Fuß gesetzt.

Wenig später, am 29. September, wird der Prozeß eröffnet. Derselbe Staatsanwalt, der zuvor die Erstellung des Gutachtens ständig hinauszögerte und so eine Entlassung aus der U-Haft verzögerte, kommt nun plötzlich mit einem neuen Gutachten. Mehrere Zeugen stellen im Verlauf des Prozesses den traurigen Lebenslauf des Mädchens dar, es ist danach durchaus vorstellbar, daß sie unter Druck – sei es der Polizei oder der Eltern – eine falsche Aussage gemacht hat. Das Gericht folgt fast vollständig der Argumentation des Staatsanwalts, der Kindesmißbrauch als Straftatbestand erfüllt sieht und verurteilt Peter Schult zu zwei Jahren und drei Monaten Haft ohne Bewährung. Peter Schult vor Gericht: "Es geht hier in meinem Falle nicht in erster Linie um ein sexuelles Problem – denn ich habe die mir vorgeworfenen sexuellen Delikte nicht begangen –, sondern einzig um meine politischen Aktivitäten, um meine Tätigkeit bei der Roten Hilfe, um meine Artikel und Aufsätze gegen die Justiz, gegen den Strafvollzug. Dafür wurde ich verurteilt".

Der Verdacht, daß der Vorwurf des "Kindesmißbrauches" nur ein vorgeschobener war, wird umso mehr bestätigt, sieht man die Begleitumstände an, unter denen Peter Schult verhaftet wurde.

• Seit wann wird ein "Sittlichkeitsverbrecher" von einem bewaffneten Polizeiaufgebot von fast 10 Mann verhaftet? In dieser Stärke kamen die Polizisten am 26. Juni morgens um 4.30 Uhr und umstellten das Gartenhaus, in dem Peter Schult wohnt!

• Warum steht in den Akten mehrmals der Vermerk: "Sofort das BKA und BLKA verständigen!" (BKA = Bundeskriminalamt, BLKA = Bayerisches Landeskriminalamt).

Peter Schult selbst hat in einer Erklärung aus dem Gefängnis heraus (siehe BLATT Nr. 80) Gründe genannt, die seiner Meinung nach Anlaß dafür waren, ihn zu kriminalisieren und zu verurteilen: "Zunächst, weil ich über fünf Jahre hinweg aktive Arbeit innerhalb der Roten Hilfe mache. Sowohl im Knast als auch außerhalb. 2 1/2 Jahre im Knast, d.h. der gemeinsame bundesweite Hungerstreik mit den Genossen der RAF gegen die Isolationshaft, d.h. 1973 der Hungerstreik in Kaisheim gegen den mittelalterlichen Strafvollzug in Bayern, d.h. die ersten Ansätze einer kollektiven politischen Gefangenenbewegung im Knast, deren Auswirkungen bis zum heutigen Tage anhalten, d.h. gemeinsame Dokumentationen der Gefangenen in Kaisheim, die so etwas wie eine Gegenöffentlichkeit herstellten, so daß sich schließlich der bayerische Justizminister selbst nach Kaisheim bemühen mußte, um nach dem Rechten zu sehen, d.h. die Versetzung des damaligen Anstaltsleiters Bauer. Als ich im Februar 1974 aus dem Knast kam, hatten mich die Staatsschutzbehörden auf die Liste der RAF-Sympathisanten gesetzt. Und dann 2 1/2 Jahre aktive Mitarbeit in der Roten Hilfe außerhalb des Knastes, d.h. Teilnahme am Tribunal gegen den Strafvollzug in der BRD, d.h. Teilnahme am Tribunal gegen die Erschießung Günther Jendrians, d.h. Aktionen vor den Knästen gegen Unterdrückung und Ausbeutung im Knast, d.h. zahlreiche Artikel gegen den Strafvollzug in der BRD ('Gefängnis - Staat der Gewalt' u.v.a.), d.h. zahlreiche Artikel im BLATT gegen die unmenschlichen Haftbedingungen von Karl Heinz Roth, Gertraud Will, Werner Waldhoff, Roland Otto u.v.a., d.h. Berichte über Prozesse, Anklagen gegen Gefangenenmißhandlungen, d.h. Briefe und Besuche in den Knästen, bis mir der Zugang zu fast allen bayerischen Gefängnissen verwehrt wurde, bis meine Briefe alle angehalten wurden, d.h. Teilnahme am Tribunal anläßlich des Todes von Holger Meins, d.h. Vorbereitung und Organisierung zahlreicher Veranstaltungen zum Tode von Ulrike Meinhof und das hieß letzten Endes Überwachung und Bespitzelung, zahlreiche Hausdurchsuchungen (angefangen mit der 'Winterreise' im Herbst 74), einige Verhaftungen und 7 Ermittlungsverfahren".

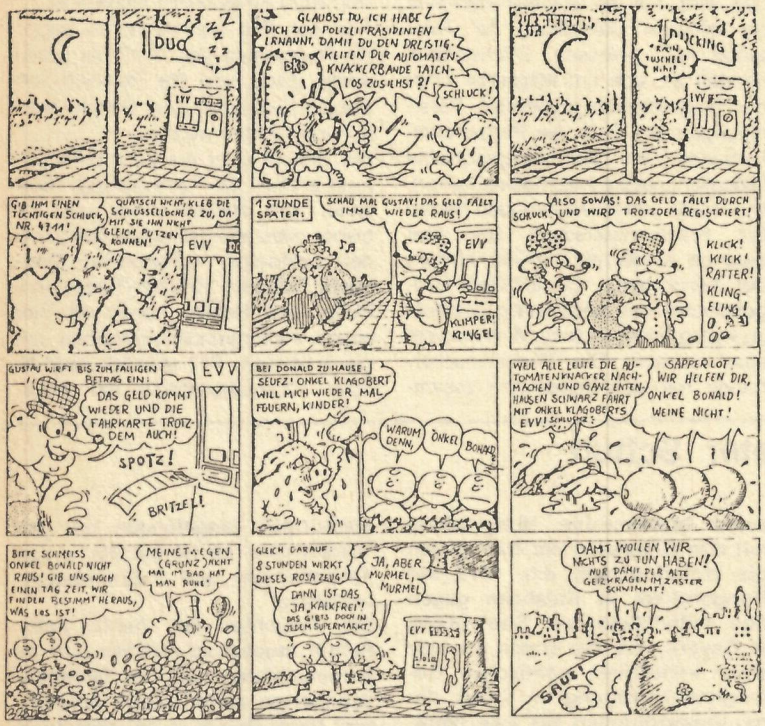
Die Absichten der Justiz, Peter Schult mudtot zu machen, ihn zu kriminalisieren und zu isolieren, scheiterten nicht zuletzt deshalb, weil Peter Schult in der Münchner Linken einen solidarischen Rückhalt fand. Dieser wichtige solidarische Zusammenhalt ist jedoch durch die neuerlichen Anschuldigungen zerrissen worden. Allzu viele waren danach umstandslos bereit, Argumente und Anschuldigungen der Justiz zu übernehmen und Peter Schult als "Außenseiter" zu ächten. Besonders Eifrige forderten gar seinen Ausschluß aus der "Münchner Linken", konkreter seine Aufkündigung als Mitarbeiter am BLATT (Münchner linke Stadtzeitung mit einer derzeitigen Auflage von über 12.000, an der Peter Schult seit Jahren aktiv mitarbeitet).

Peter Schult ist homosexuell, dazu hat er sich schon vor Jahren öffentlich bekannt. Dies wird ihm nun von Teilen der Münchner Linken angelastet. Es ist schlimm zu sehen, wie Verdächtigungen der Justiz ausreichen, um den ganzen unverdauten und unverarbeiteten Wust an bürgerlicher Moral wieder hochkommen zu lassen.

Es liegt daher nahe, daß Peter Schult aufgrund seiner politischen Aktivitäten verurteilt wurde. Für uns sind die haltlosen Anschuldigungen und noch viel weniger Peter Schults Bekenntnis zur Homosexualität ein Anlaß, ihm jetzt die Solidarität zu verweigern. Schreibt an Peter Schult, Stadelheimer Str. 12, 8000 München 90. Spendenkonto für die Revision und die Öffentlichkeitsarbeit an Rechtsanwälte Arnold und Wolf, Kto. Nr. 6021018/01 Deutsche Bank München, Münchener Freiheit.

HELMUT ORTNER

rischen Staatsbehörden erhalten". Obwohl dieser Satz eindeutig zeigt, daß es den Verfassern lediglich um Darstellung von Hintergrundinformationen geht – der ganze folgende Artikel befaßt sich damit –, bekam der verantwortliche BLATT-Redakteur einen Strafbefehl über 80 Tagessätze à 40.– DM wegen Billigung von Straftaten. In der Amtsgerichtsverhandlung wurde diese Strafe



Wegen dieser Karikatur aus BLATT Nr. 57 wurde Anzeige gegen den verantwortlichen Redakteur erstattet und zur Anklage zugelassen!

bestätigt, lediglich die Höhe des Tagessatzes gesenkt. In der Berufungsverhandlung wurde das Urteil bestätigt, obwohl eine gesetzliche Neuregelung seit 1.5.76 Billigungen von Straftaten nur verurteilen läßt, wenn der "öffentliche Frieden" gestört ist.

Die Formulierung in einer anderen Ausgabe der Zeitschrift, "den neuesten Coup landete der ein wenig senile Weißwurstpräsident Goppel, als ihm aufgetragen wurde, die kranke Brühne nach 12 Jahren Knast endlich zu begnadigen..." führte zu Strafbefehlen über 60 und 100 Tagessätzen à 30.– DM gegen Redakteur und Verfasser des Artikels. In der Hauptverhandlung forderte der Staatsanwalt Strafen von 200 bzw. 150 Tagessätzen wegen Beleidigung. Verurteilt wurde zu 50 bzw. 60 Tagessätzen. Inzwischen ist das Urteil wegen formaler Mängel aufgehoben. Der Fall wird in erster Instanz neu verhandelt.

Das 58. BLATT setzte sich mit der Beschlagnahme des Bommi-Baumann-Buches "Wie alles anfing" auseinander. In dem Artikel hieß es: "Druckerei und Trikont sind durch diese ungeheuerliche Bücherstürmerei z.Z. arbeitsunfähig gemacht" und "es ist dabei wohl gar nicht so sehr darauf angekommen, gegen ein bestimmtes Buch vorzugehen, als gegen den ganzen Personenkreis, der notwendig ist, ein Buch an den Leser zu bringen" und hierdurch "solle politisch unliebsame Literatur mundtot gemacht werden und die ökonomische Existenz ihrer Produzenten und Verkäufer regelrecht vernichtet werden". In diesem Vorwurf sah die Staatsanwaltschaft eine Staatsverleumdung nach § 90a StGB, der verantwortliche Redakteur wurde dann auch nach dieser Vorschrift bestraft (hier wird der "Rechtsstaatsapparat grundsätzlich angegriffen"). Ebenfalls zu einer Anklage und einer Verurteilung zu 70 Tagessätzen à 20.– DM vor dem Amtsgericht

links

München führte die Formulierung: "Justiz und Polizei sind nun einmal zum Schutz der herrschenden Gesetze da und alle bisherigen Gesetze enthalten einen hohen Anteil Interesse der Gruppen, die ihre Machtposition und ökonomische Grundlagen schützen wollen. Wer diesen Machtinteressen Widerstand leistet, wird von Justiz und Polizei verfolgt...".

Die Kampagne gegen das BLATT wird neuerdings auch gegen die Verbreiter geführt – ein offensichtlicher Versuch, den hohen Verbreitungsgrad zu beschneiden, indem man Kiosk- und Ladenbesitzer einschüchtert. In vielen Läden, Kiosken und Kinos erschienen vor ein paar Wochen Polizisten, verwiesen auf einen richterlichen Beschluß, nach dem das BLATT Nr. 79 zu den "jugendgefährdenden Schriften" gehöre und erklärten, daß nunmehr Strafverfahren gegen die Verkäufer eingeleitet würden wegen Verkaufs jugendgefährdender Schriften. Mehrere Verkäufer trauten sich daraufhin nicht mehr, das 80. BLATT zu verkaufen. Grund für diese Maßnahme war ein Artikel über "Päderastie", der anläßlich eines Münchener Prozesses verfaßt worden war.

Beschlagnahme, Strafverfahren, hohe Strafen man könnte es Nötigung, Einschüchterung, Geschäftsschädigung nennen, geschähe es nicht in justizieller Form. Die Stilisierung des BLATTes zu einer allumfassend zu verfolgenden Zeitschrift (findet die Polit-Abteilung der Staatsanwaltschaft nichts, muß eben die "Sitte" weitersuchen) verfolgt das Ziel, die Zeitung in ihrem "Programm" einzuschränken, d.h. politisch zu neutralisieren, sei es, daß man wegen der vielen Verfahren auf Selbstzensur hofft oder darauf baut, der Ruf sei bald ruiniert, so daß Anzeigen, Verkauf an Kiosken etc. ausbleiben.

Da bei politischen Prozessen und bei politisch motivierter Zensur mehr der Grundsatz der Opportunität als der Grundsatz der Gleichheit zu herrschen scheint, was sich u.a. daraus ergibt, daß Staatsanwälte und Gerichte nicht auf die Idee kommen, Zeitungen und Bücher anderer Herausgeber/Verlage, in denen weit "kriminelleres" als im BLATT steht, zu beschlagnahmen oder strafrechtlich zu verfolgen, ergeben sich neben der Ausschöpfung formal juristischer Positionen unter anderem als Möglichkeit der Gegenwehr die Herstellung einer breiteren Öffentlichkeit, der Versuch, "Prominente" als Herausgeber und Verantwortliche i.S. der Pressegesetze zu finden, wenn möglich eine große Anzahl (siehe Bommi Baumann-Buch 2.Aufl.) und die Solidarisierung durch Abdruck der betreffenden Artikel in anderen Zeitungen und Zeitschriften.

JÜRGEN ARNOLD
WERNER DIETRICH

IMPRESSUM

Herausgeber- und Redaktionsadresse: Arbeitsgruppe Sozialistisches Büro, 605 Offenbach 4, Postfach 591, Hohe Straße 28 (Souterrain), Telefon 0611/83 25 93 • Redaktion "links" zur Zeit Andreas Buro, Egbert Jahn, Roland Roth, Eva Senghaas-Knobloch (presserechtlich verantwortlich für diese Ausgabe), • Verleger, Vertrieb und Anzeigen: Verlag 2000 GmbH, 605 Offenbach 4, Postfach 591, Hohe Str. 28 (Souterrain), Telefon 0611/83 25 93. Verlagssekretär: Klaus Vack. Erscheinungsweise monatlich. Bezugspreis: Einzelexemplar: DM 1,80, Jahresabonnement DM 20,– zuzüglich DM 5,– Versandkosten, einzuzahlen an Verlag 2000 GmbH, Postscheck Frankfurt Nr. 61041-604; Girokonto Bank für Gemeinwirtschaft, Zweigstelle Offenbach, Nr. 17412695 • Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion. Mit Namen gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für Überschriften und Zwischentitel ist die Redaktion verantwortlich. Für Beiträge in "links" wird kein Honorar bezahlt. Redaktionsschluß ist jeweils der 5. vor dem Erscheinungsmonat • Druck: hbo-druck, Bensheim • Beilagenhinweis: Einer Teilauflage liegen bei: Prospekt „Broschüren des SB – Herbst 1976"; Prospektkarte „links" + „express"; Prospektkarte „Jetzt abonnieren!"; Rechnung für „links"-Abonnement 1977; „links"-Extrablatt: Doppelprospektkarte "Informationsdienst Arbeitsfeld Schule".

Bestellschein

(bitte gut leserlich schreiben)

An den Verlag 2000 GmbH, 605 Offenbach 4, Postfach 591

Ich abonniere ab 1. 1. 1977 „links" sozialistische Zeitung

Bezugspreis für 1977 DM 25,– (einschl. Versandkosten)

Das Abonnement läuft weiter, wenn es nicht bis zum 30. November zum Jahresschluß gekündigt wird.

Vor- und Zuname: _____

Postleitzahl und Wohnort: _____

Straße: _____

Datum: _____ _____

Unterschrift